gesammelte Flugschriften

DDR '90

DM 5.-
Heft 3
März 90



<u>Originaldokumente der DDR-Opposition</u>

Initiative Vereinigte Linke

13.Autonome Gruppe
Rote Rosa
AG Bildung und Erziehung (VL_5)
Betriebsgruppe
Bund unabhängiger Sozialisten
Die Nelken

Berlin (DDR), Potsdam, Freiberg, Leipzig, Erfurt, Rostock, Halle

herausgegeben vom AStA der TU Berlin (West)

gesammelte Flugschriften DDR - Originaldokumente der DDR-Opposition - Nr.3, März 1990

herausgegeben vom AStA der Technischen Universität Berlin (West) Marchstr. 6 , D-1000 Westberlin 12
erstellt von der Iniatiative für eine Vereinigte Linke
Technische Gestaltung, Produktion und Vertrieb: AStA TU
V.i.S.d.P: Claus Vogt c/o AStA TU

Heft 1: Grundsatzdokumente von Oppositionsgruppen
erstellt vom herausgeberkollektif

Heft 2: Lilo - Dokumente der Frauenbewegung in der DDR
erstellt von Lila Offensive (Lilo)

Heft 3: Dokumente der Vereinigten Linken
erstellt von der initiative Vereinigte Linke

Einzelheft 5.- DM - Bearbeitungspauschale 5.-DM - Händleranfragen erwünscht
Bestellungen nur per Vorüberweisung auf Konto:
D. Sternel Sonderkonto Nr.514306-104, PostGiro Berlin BLZ 100 100 10
Auf dem Einzahlungsformular: Absender, wieviel und welche Hefte.
Auch spätere Hefte können schon bestellt werden.

in Westberlin erhältlich an folgenden Stellen:
AStA TU, 1/12, Marchstr.6. Öffnungszeiten 11-14.00 Uhr.
fast alle anderen Asten
AL-Basisbüro, 1/62, Badensche Str. 29, 12-18.00 Uhr
JuSo-Landesbüro, 1/65, Müllerstr.163. 9-13.00 Uhr
Mehringhof (Buchladen "Schwarze Risse") 1/61, Gneisenaustr. 2

Spendenkonto der Vereinigten Linken
Helga Wolf - Vereinigte Linke
Kto. 353 160 20 80
Berliner Bank (West)

Vorwort des Herausgebers

Das für Januar angekündigte Heft "Leipzig" mußte leider ausfallen. Die dortigen Ereignisse sind zu kompliziert, als daß sie durch unsere FreundInnen in Ostberlin hinreichend widergespiegelt werden könnten. Stattdessen erscheinen mit diesem Heft (und einiger Verspätung) Dokumente der Initiative Vereinigte Linke. Wir hoffen, damit allen Leipzig-Interessenten einen ebenso interessanten Ersatz zu bieten und entschuldigen uns bei allen, die sich schon auf Leipzig-Dokumente gefreut hatten.

Die Dokumente wurden uns von der Medienverantwortlichen der Vereinigten Linken zur Verfügung gestellt, mit der Bitte die weitere Auswahl nach redaktionellen Gesichtspunkten vorzunehmen. Wir hielten es für besser, alle Texte zu nehmen und sie etwas kleiner zu drucken. Hoffentlich hat die Lesbarkeit nicht zu sehr gelitten.

Inhalt

Service: Was gibt's noch zum Thema DDR

telegraph: Originalbeiträge der Oppositionellen Gruppen der DDR

Eine der Hauptpublikations- und Informationsweitergabemöglichkeiten dür die linke Opposition waren die monatlich erscheinenden "Umwelblätter" der Umweltbibliothek (Ost-Berlin). Seit September '89 gibt die Redaktion der "Umweltblätter" in direkter Nachfolge die Wochenzeitschrift "telegraph" heraus. In ihm sind Sichtweisen und Stellungnahmen der "ewigen" Opposition zur Politik zu finden.

Wir bieten Euch folgendes an: telegraph 1 mal/Woche 1.-DM /Ex. (zzgl. Porto)
Auf Anfrage sind die bisher erschienenen telegraphen komplett erhältlich. Exemplare der "Umweltblätter" sind ebenfalls erhältlich: Umweltblätter 6.-DM /Ex. (zzgl. Porto). Ab 5 Exemplaren gibt es 30 % Rabatt.

Bestellungen an: Kopie M 99 Manteufelstr. 99, D-1000 Berlin 36.
Überweisungen an: Bert Schlegel Kto. 424674-105 beim PGA Berlin BLZ 100 100 10

Teilt uns mit, was Ihr gerne hättet und wohin. Die Spenden und Überschüsse des Vertriebs werden zur Auflagenerhähung und zur Existenzsicherung des Telegraphs verwendet.

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61
Alternative Liste, Badensche Str. 29, 1000 Berlin 31
Goldrausch Frauennetzwerk e.V., Potsdamer Str.139, 1000 Berlin 30

Spendenaufruf - Rüber mit der Kohle!

Eine Chance für die linke und alternative Bewegung in der DDR

Längst sind die etablierten Parteien und die Industrie der BRD dabei, das Bedürfnis der DDR-Bevölkerung zur Kooperation für eigene wirtschaftliche und politische Interessen zu instrumentalisieren, die DDR schlichtweg über den Tisch zu ziehen.

Die vielfältigen neuen linksalternativen Initiativen, Organisationen und Projekte brauchen jetzt unsere Unterstützung!

Wir wollen jene unterstützen, die
- die sozialen Errungenschaften der DDR erhalten wollen und sich auf dieser Grundlage für ökologische und soziale Lebens- und Arbeitsformen in der DDR einsetzen.
- selbstverwaltete und herrschaftsfreie Strukturen als Basis für eine Demokratisierung der DDR schaffen wollen.
- die für einen humanistischen und ökologischen Internationalismus und gegen alten und neuen Nationalismus streiten.

Die Gruppen, Initiativen und Organisationen brauchen dringend Material. Von Büromaterialien, Schreibmaschinen und Kopierern bis zu Druckkapazitäten wird alles benötigt.

Selbstbestimmung darf keine leere Worthülse sein; deshalb soll ein demokratisch legitimierter Beirat in der DDR über Förderungswürdigkeit und Mittelvergabe entscheiden. In diesem Beirat sind VertreterInnen von: Demokratie jetzt, Grüne Liga, Initiative Freiden und Menschenrechte, Neues Forum, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauendachverband.

Die Alternative Liste stellt hierzu treuhänderisch folgendes Sonderkonto zur Verfügung:
AL / Solikonto DDR, Sparkasse, BLZ 100 500 00, Kto-Nr.: 079 001 9990

Der Umbruch in der DDR

Meinungen, Analysen, Dokumente und Planspiele

Januar 1990, ca. 140 Seiten A4, 3.- DM Unkostenbeitrag

Fachschaftsrat Geschichte der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Domplatz 20-22, 4400 Münster.

Vorwort - Initiative Vereinigte Linke

Anfang September 1989 fand in Böhlen ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, darunter Christen und Marxisten, statt. Auch Mitglieder der SED waren anwesend. Von diesem Treffen ging die Initiative für eine vereinigte Linke in der DDR aus ("Böhlener Plattform").

Die Initiative "Vereinigte Linke" (IVL), die sich auf ihrem 1.Arbeitstreffen am 25./26.11.1989 konstituiert hat und inzwischen in 12 Bezirksstädten der DDR arbeitet (Mitwirkung an Runden Tischen, Sprecherräte, Bürgerkomitees, Betriebsgruppen etc.) tritt ein für die sozialistische Umgestaltung der DDR auf der Grundlage:
- des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln als vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung
- der Selbstbestimmung der Produzenten als Basis für Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit
- des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freien Entfaltung der Individualität jedes Gesellschaftsmitglieds
- alle zu erkämpfenden Rechte gelten im weltweiten Kontext.

Die IVL ist ein linkes Aktionsbündnis für Parteien, Gruppen und Einzelpersonen, die für einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus eintreten. Sie will mit allen Kräften des Landes zusammenarbeiten, die auf direkte Demokratie, basisdemokratische Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle, vor allem in den Betrieben, orientieren. Sozialistische Demokratie bedeutet nach dem Verständnis der IVL mehr als parteienzentrierter Parlamentarismus, in dem die Bürger ihren Willen bloß mit Wahlzetteln manifestieren können. Sie bedeutet vielmehr, die eigenen Angelegenheiten nicht mehr aus der Hand, nun etwa in die von mehreren Parteien zu geben. Garantien für die politische Unumkehrbarkeit des Aufbruchs unseres Landes zum Sozialismus kann, so meint die IVL, die breite Volksbewegung nur selbst schaffen. In den Betrieben wird die Entscheidung über die Zukunft nicht nur der Arbeiter, sondern auch über die Chancen des Sozialismus in unserem Land fallen.

Die IVL vertritt den Standpunkt, daß nur auf der Grundlage basisdemokratischer Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch mit westlichem Kapital, einer souveränen sozialistischen Entwicklung in unserem Lande dienen kann. Betriebsräte als Instrumente der Selbstverwaltung, territoriale Räte und andere breit zu entwickelnde Formen der unmittelbaren Interessenvertretung gehen weit über die Wiedererlangung gewerkschaftlicher Rechte hinaus.

Die Vereinigte Linke ist weder gegen Wahlen noch gegen Wirtschaftskooperation auch mit dem Westen. Aber sie tritt entschieden gegen blindes Vertrauen in parlamentarische Mechanismen und gegen Manipulation mit Volksvermögen durch Managerwillkür auf. Deshalb setzt sich die IVL dafür ein, daß noch vor den Wahlen Beauftragte der Volkskontrollausschüsse, Bürgerkomitees, unabhängigen Arbeiterkommissionen und Betriebsräteinitiativen zu einem landesweiten VOLKSKONGRESS zusammentreten, beraten und ihre Forderungen stellen. An diesen konkreten Forderungen der Werktätigen müssen sich dann Parteien und gesellschaftliche Organisationen orientieren.
Die Initiative "Vereinigte Linke" erklärt sich für:

- eine vertraglich auszugestaltende Verantwortungsgemeinschaft
beider deutscher Staaten für Frieden und Zusammenarbeit in ganz Europa in der Welt
- die uneingeschränkte Anerkennung der Souveränität zweier deutscher Staaten einschließlich deren Staatsbürgerschaft
- den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider deutscher Staaten auf dieser Grundlage
- die sozialistische Perspektive der DDR.

Erklärung der Vertreter der Initiative "Vereinigte Linke" zu den Ergebnissen des ersten Gesprächstags am "Runden Tisch"

Die Gespräche am "Runden Tisch" beginnen in einer Zeit erneuter Zuspitzung der andauernden Krise in unserem Land. Die von Modrow geführte Regierung bleibt den Beweis schuldig, daß ihre gesetzgeberischen und anderen Aktivitäten einem Konzept folgen, welches einem freiheitlichen und demokratischen Sozialismus den Weg ebnet. Je mehr die politischen Kräfte des Landes die Aussicht auf eine solche Perspektive verwässern, werden die Stimmen gegen den drohenden Ausverkauf der DDR leiser und die für einen Anschluß an die BRD lauter. Unter letzteren lassen sich zunehmend rechte Kräfte vernehmen. Die SED-Parteibasis wird noch lange um die Wiederherstellung politischer Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit einer von korrupten und machtbesessenen Führern mißbrauchten Partei ringen müssen. Mit der fehlenden demokratischen Legitimation der Volkskammer hat auch die Regierung keine demokratische Grundlage. Angesichts dieser Situation sehen wir, daß die Bevölkerung mangels anderer Alternativen immer nachdrücklicher freie Wahlen fordert. Dabei wächst der Zorn der Bürger über den erkennbar werdenden Umfang von Machtmißbrauch und Korruption und über die Versuche, ihn zu verschleiern. Die ausbrechende Erbitterung richtet sich gegenwärtig vor allem gegen die Nachfolgeeinrichtung des verfassungsfeindlichen Ministerium für Staatssicherheit.

Wir wollen aber die Aufmerksamkeit vor allem auf Vorgänge in der Wirtschaft unseres Landes lenken: Vielerorts beginnen die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatsleitungen in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsabschlüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten. Viele Werktätige befürchten, daß sie selbst ebenso wie die maroden Produktionsanlagen des Landes als Konkursmasse unbefragt in die Transaktionen der neuen Verwalter einbezogen werden. Immer mehr Menschen spüren, daß ihre Zukunft und vor allem ihre soziale Sicherheit auf dem Spiel steht.

In Wirtschaft und Politik fallen schon in den nächsten Wochen und Monaten die Würfel, sofern es den Mächtigen gelingt, materielles "Recht" und vollendete Tatsachen zu schaffen! Daran werden auch Wahlen im Mai kaum etwas ändern können.

Die "Vereinigte Linke" will mit allen Kräften des Landes zusammenarbeiten, die auf direkte Demokratie, basisdemokratische Formen der Volkssouveränität und Volkskontrolle vor allem in den Betrieben orientieren. Nur so wird internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, auch mit westlichem Kapital, einer souveränen sozialistischen Entwicklung in unserem Land dienen können. Ansonsten wird ein Ausverkauf mit allen Konsequenzen und in erster Linie zu Lasten der arbeitenden Menschen beginnen.

Wir wenden uns also weder gegen Wahlen noch gegen Wirtschaftskooperation. Um so entschiedener sind wir aber gegen blindes Vertrauen in parlamentarische Mechanismen und gegen Manipulationen mit Volksvermögen durch Managerwillkür. Wichtig ist, ob es gelingt, daß noch vor den Wahlen Beauftragte der Volkskontrollausschüsse, Bürgerkommitees, unabhängigen Arbeiterkommissionen und Betriebsräteinitiativen zu einem landesweiten Volkskongress zusammentreten, beraten und ihre Forderungen stellen. Keine politische Kraft in unserem Land wird mit ihrem Programm an diesen Forderungen vorbeikommen. Jeder wird dann auch zu den Wahlen besser einschätzen können, wer auf seiner Seite steht.

Wir bedauern, daß es beim ersten Gespräch am "Runden Tisch" nicht durchsetzbar war, die Situation in der Wirtschaft zu erörtern.

Wir bedauern, daß auch von uns getragene Auffassungen vom "Runden Tisch" aus nur die Gestalt von Forderungen an eine legitimationsarme Regierung annahmen und die Haltungen der vertretenen politischen Kräfte für die Bevölkerung nicht deutlicher wurden.

Trotzdem sehen wir den "Runden Tisch" als eine Chance an, daß für die Bevölkerung klarer wird, welchen Charakter und welches Ausmaß die Krise unseres Landes hat und wie die verschiedenen Lösungsvorstellungen aussehen. Bis jetzt wurde nur auf Stimmungen in der Bevölkerung reagiert. Es zeigte sich, daß die am Tisch sitzenden Vertretern alter und neuer Parteien ausschließlich auf Parlamentarismus setzen. So hoffen etwa die Vertreter der SED, daß mit der Verabschiedung einer Wahl-, Parteien- und Vereinigungsgesetzgebung sowie einer neuen Verfassung die Funktion von Bürgerkommitees in den Kontrollvollmachten des Parlaments aufgelöst werden können. Wir meinen dagegen, daß die Entwicklung von Formen unmittelbarer Demokratie und direkter Volkskontrolle nicht im Gegensatz zum Parlamentarismus steht. Wohl aber wird dann "Regieren" für das Volk mehr bedeuten, als sich über Parteien für oder gegen eine Regierung auszusprechen. Wir meinen auch, daß eine Betriebsrätebewegung nicht im Gegensatz zum Kampf um die Wirtschaftlichkeit von Betrieben steht – es sei denn, man verabschiedet sich von den politischen und ökonomischen Inhalten dessen, was in der DDR die sozialistische Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus werden könnte.

Annett Seese, Thomas Klein ~~8.7.1989~~ 3.12.1989

Presseerklärung der Vertreter der Initiative "Vereinigte Linke" zu den Ergebnissen des "Runden Tisches" vom 18.12, 22.12. und 27.12.1989

Am 7.12.1989 wurde vom "Runden Tisch" aus die Offenlegung der wirtschaftlichen, finanziellen und ökologischen Situation des Landes durch die Regierung gefordert. In einer Presseerklärung vom 8.12. wiesen die Vertreter der "Vereinigten Linken" darauf hin, daß "vielerorts ... die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatsleitungen beginnen, in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsabschlüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten." Die Wirtschaftsministerin Frau Luft erklärte am 22.12. am "Runden Tisch", die Regierung stehe angesichts zunehmender Forderungen nach Ablösung von Betriebsdirektoren fest hinter diesen Direktoren. Inzwischen haben die Regierungsparteien CDU und LDPD die Perspektive des Sozialismus aus ihrer politischen Programmatik verabschiedet. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wächst, ob und wie mit der Modrow-Regierung noch an dieser Perspektive festgehalten werden soll. Auch deshalb werden die Stimmen nach einer Wiedervereinigung mit der kapitalistischen BRD lauter.

Am 18.12. fehlten aussagefähige Regierungsvertreter am "Runden Tisch" und die Forderung vom 7.12. blieb uneingelöst. Die Vertreter aller Regierungsparteien sind ihrer besonderen Verantwortung für die unverzügliche Einlösung dieser Forderung nicht gerecht geworden. Vor allem infolge der massiven Proteste von Vertretern der Opposition konnte dann am 22.12. eine außerordentliche Anhörung der Wirtschaftsministerin Frau Luft und anderer Regierungsvertreter anberaumt werden.

Nicht nur unserer Auffassung nach waren die gegebenen Informationen weder hinreichend, noch konkret genug. Ein nach der Anhörung vorgelegter umfangreicher Katalog ungeklärter Fragen der Opposition zur Wirtschaftslage und zur Wirksamkeit der angekündigten Sofortmaßnahmen insbesondere zum Schutz der Wirtschaft vor dem Ausverkauf subventionierter Güter und Dienstleistungen belegen dies erschöpfend. Die Ministerin versicherte, DDR-Unternehmen würden weder auf die Anteilsmajorität bei joint ventures (welche die Gültigkeit des Arbeitsrechts der DDR garantiere) verzichten, noch seien laufende Kontakte bereits zu Verträgen gediehen, da die gesetzlichen Grundlagen fehlten. Am gleichen Tag wurde bekannt, daß der DDR-Automobilbau mit dem VW-Konzern Wolfsburg auf der Grundlage 50-50 bereits einig sei.

Die von den Vertretern der "Vereinigten Linken" gestellten Fragen nach dem Konzept der Regierung sind unbeantwortet geblieben. Wenn am 3.1. am "Runden Tisch" erneut in Anwesenheit von Regierungsbeauftragten über Wirtschaftsfragen gesprochen wird, haben die Ressortminister schon über ein Stabilisierungsprogramm für die Produktion, den Binnenmarkt, die Staatsfinanzen und die Außenwirtschaft für 1990 beraten. Wie das Staatseigentum durch *Demokratisierung* in Volkseigentum verwandelt werden kann, scheint die Regierung kaum zu beschäftigen. Richtungsweisende Gesetze zur Kapitalkooperation sind aber angesichts startbereiter westlicher Unternehmen schon für die nächste Zeit angekündigt worden. In der Staatlichen Plankommission denkt man sogar schon über inländisches Kapital nach und die Regierung hat durch Suspendierung von Beschränkungen für private Wirtschaftsunternehmen unter Hinweis auf ins Haus stehende Verfassungsänderungen bereits den Weg gewiesen. Fragen nach offenbar laufenden Verhandlungen über die Errichtung von Kernkraftwerken durch BRD-Firmen blieben unbeantwortet. Ein neues Energiekonzept für die DDR ist jedoch frühestens im April 1990 angekündigt - ebenso ein volkswirtschaftliches Strukturkonzept und Programme für eine neue Umweltpolitik.

Was ist von alledem zu halten?

Hier beginnt eine geschäftsführende Übergangsregierung auf gesetzgeberischem Wege vollendete Tatsachen der Veränderung unseres Wirtschafts- und Sozialgefüges zu schaffen. Ohne Strukturkonzepte drohen Entscheidungen zu fallen, die etwa unsere Energiepolitik über die Köpfe der Werktätigen und am "Runden Tisch" vorbei auf Jahrzehnte festlegen. Was anfangs noch wie ein Notprogramm zur Sanierung unserer am Boden liegenden Volkswirtschaft auch mit Hilfe ausländischen Kapitals aussah, nimmt nun Formen an, die solche Kapitalkooperation zu den Bedingungen des Westens als tragende Säule einer "Wirtschaftsreform" erscheinen lassen. Entpuppt sich die Modrow-Regierung als der politische Arm eines technokratischen Reformflügels, der nur zu gern die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens vollziehen möchte? Werden hier die ökonomischen Fundamente einer Wiedervereinigung gelegt?

Die Gelegenheit scheint günstig. Immer mehr auch neue politische Kräfte des Landes verwässern die Perspektive eines sich auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an den Hauptproduktionsmitteln entwickelnden sozialistischen Gemeinwesens und geben Ängsten vor Arbeitslosigkeit und dem Abbau

sozialer Sicherheit Nahrung. Freie Wahlen erscheinen als das politische Allheilmittel der Demokratisierung. Doch am 6.Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein - trotz freier Wahlen.

Angesichts dieser Situation erneuern und bekräftigen wir unsere Bereitschaft, mit allen an der Perspektive eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus festhaltenden Kräften unseres Landes zusammenzuarbeiten. Wir bekräftigen unsere Überzeugung, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongress aus Delegierten der Bürgerkommitees, Volkskontrollausschüsse und Betriebsräteinitiativen zusammentreten sollte. Wir begrüßen es, daß nun auch der Vorsitzende des Parteivorstands der SED-PDS, Dr. Gregor Gysi, unsere Forderung nach sofortiger Bildung von Betriebsräten teilt.

Der "Runde Tisch" ist in eine Krise geraten. Am 27.12. wurde über die ganze Sitzungsperiode und buchstäblich bei jedem Tagesordnungspunkt die unzureichende Arbeitsfähigkeit des Gremiums infolge Abwesenheit auskunftsfähiger Regierungsbeauftragter angemahnt. Wir appellieren eindringlich an die Vertreter der Regierungsparteien, ihrer Verantwortung endlich gerecht zu werden. Ein "Runder Tisch", degradiert zum Debattierklub, verkommt sonst zum scheindemokratischen Ablenkungsmanöver. Die Bevölkerung hat nicht nur ein Recht darauf, zu wissen, was die Regierung will, sondern auch darauf, wo die politischen Kräfte dieses Landes stehen.

28.12.1989

Bernd Gehrke
Thomas Klein

FÜR DIE BZA: PRESSEERKLÄRUNG DER VERTRETER DER "INITIATIVE FÜR EINE VEREINIGTE LINKE" (THOMAS KLEIN, BERND GEHRKE) AM RUNDEN TISCH VOM 28.12.1989 - 40 ZEILEN A 65 ANSCHLÄGE: BEGINN D. TEXTES:

Presseerklärung der "Vereinigten Linken" (VL) zum "Runden Tisch"
Am 8.12. wiesen die Vertreter der VL darauf hin, daß "vielerorts die von SED-Richtlinien befreiten Betriebs- und Kombinatsleitungen beginnen, in Ausnutzung der Agonie der Gewerkschaften selbstherrlich Entscheidungen zu treffen, kommerzielle Kontakte mit potentiellen ausländischen Kapitalgebern aufzunehmen und unkontrolliert Vertragsablüsse in Erwartung signalisierter gesetzgeberischer Schritte der Modrow-Regierung vorzubereiten." Inzwischen haben die Regierungsparteien CDU und LDPD die Perspektive des Sozialismus aus ihrer politischen Programmatik verabschiedet. Die Unsicherheit in der Bevölkerung wächst, ob und wie mit der Modrow-Regierung noch an dieser Perspektive festgehalten werden soll. Nach Auffassung der VL waren die von der Wirtschaftsministerin Frau Luft am 22.12. gegebenen Informationen zur Wirtschaftslage unzureichend. Von der VL gestellte Fragen nach dem Konzept der Regierung sind unbeantwortet geblieben. Wie das Staatseigentum durch *Demokratisierung* in Volkseigentum verwandelt werden kann, scheint die Regierung kaum zu beschäftigen. Richtungsweisende Gesetze zur Kapitalkooperation sind aber angesichts startbereiter westlicher Unternehmen schon für die nächste Zeit angekündigt worden. In der Staatlichen Plankommission denkt man sogar schon über inländisches Kapital nach. Fragen nach offenbar laufenden Verhandlungen zum Beispiel über die Errichtung von Kernkraftwerken durch BRD-Firmen blieben unbeantwortet. Hier beginnt eine geschäftsführende Übergangsregierung auf gesetzgeberischem Wege vollendete Tatsachen der Veränderung unseres Wirtschafts- und Sozialgefüges zu schaffen. Ohne Strukturkonzepte drohen Entscheidungen zu fallen, die etwa unsere Energiepolitik über die Köpfe der Werktätigen und am "Runden Tisch" vorbei auf Jahrzehnte festlegen. Was anfangs noch wie ein Notprogramm zur Sanierung unserer Volkswirtschaft auch mit Hilfe ausländischen Kapitals aussah, nimmt nun Formen an, die solche Kapitalkooperation zu den Bedingungen des Westens als tragende Säule einer "Wirtschaftsreform" erscheinen lassen. Entpuppt sich die Modrow-Regierung als der politische Arm eines technokratischen Reformflügels, der nur zu gern die Anpassung an ein System kapitalistischen Wirtschaftens vollziehen möchte? Am 6.Mai könnten die Entscheidungen bereits gefallen sein - trotz freier Wahlen. Die VL bekräftigt deshalb ihre Überzeugung, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongress aus Delegierten der Bürgerkommitees, Volkskontrollausschüsse und Betriebsräteinitiativen zusammentreten sollte.

(nie erschienen/red)

Pressemitteilung

Am 9. Dezember 1989 hat sich in Leipzig der "Bund Unabhängiger Sozialisten" gegründet.
Er versteht sich als konsequent sozialistisch, demokratisch, ökologisch, emanzipatorisch und internationalistisch.
Er betrachtet sich als Teil der Initiative "Vereinigte Linke" und will mit allen linken und sozialistischen Kräften solidarisch und gleichberechtigt zusammenarbeiten.
In einem Aufruf des Bundes heißt es: "Alle Kräfte, die sich für eine wirklich sozialistische Alternative zu Stalinismus und Kapitalismus auf dem Boden der DDR einsetzen, müssen sich jetzt sammeln, denn unser Land ist in einer Existenzkrise." Ferner heißt es: "Es muß ein Bund geschaffen werden, der basisdemokratisch organisiert ist und ohne autoritäre Zentrale alle sozialistischen Kräfte zur Aktion vereint."
Der Bund Unabhängiger Sozialisten will vielfältige Formen direkter Demokratie durch Volksentscheide, Volkskontrollausschüsse und Betriebskomitees unterstützen.

Kontaktadressen:

Berlin: Jutta Braband, Alte Schönhauser Str. 46, 1054 Berlin, Tel. Berlin 2828088 (ab 16.30 Uhr)
Frank Friedrich, Stendaler Str. 45, 1150 Berlin, Tel. Berlin 5619389 (ab 16 Uhr)
Ulrich Schmidt, Plauener Str. 7, 1092 Berlin, Tel. Berlin 3764308

Dresden: Andre Krabbe, Lönsweg 12, 8019 Dresden

Leipzig: Ina Grille, Silbermannstr. 3, Leipzig 7031, Tel 4011731
Anett Seese, Simildenstr. 10, 7030 Leipzig
Lutz Graf, Erdmannstr. 5, 7031 Leipzig
Kontakttelefon Leipzig 209700

Rostock: Björn Boewe, Wilhelm-Pieck-Ring 13-15, Zi. 904, 2500 Dresden
Christoph Kelz, Budapester Str. 72 (bei Fiebrau), 2500 Dresden

Schwerin: Michael Reizke, August Bebel Str. 15, 2757 Schwerin
Andreas Poppe, Mecklenburger Staatstheater, Alter Garten, 2751 Schwerin
Tel. Schwerin 882143

Cottbus: Michael Apel, Töpferstr. 4, 7500 Cottbus, Tel. Cottbus 22273 (10 - 15 Uhr)

Karl-Marx-Stadt: Swantje Frühauf, Jahnstr. 19, 9023 K.-M.-Stadt

Halle: Thomas Kupfer, Leopoldstr. 7, 4020 Halle
Rainer Fürstenberg, Reilstr. 48, 4020 Halle

Freiberg: Silke Kurt, Winklerstr. 22/24, 9200 Freiberg, Tel. Freiberg 514119
Jens Richnow, Winklerstr. 20/18 9200 Freiberg

Weitere inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit

Wir sammeln das Schriftgut

- der oppositionellen Bewegung in der DDR, ihre Zeitschriften und andere Publikationen und Zeugnisse ihrer Arbeit vor dem September 1989
- der oppositionellen Bewegung nach dem September 1989
- speziell aller innerhalb der 'Initiative für eine Vereinigte Linke' arbeitenden Gruppen sowohl vor als auch nach dem September 1989

Wir bitten die oppositionellen Gruppen in der DDR, uns die Geschichte ihrer Bewegung in einer selbst gewählten Form mitzuteilen bzw. sich an der Aufarbeitung dieser Geschichte zu beteiligen.

Wir sammeln alle im Ausland erschiene Literatur ehemaliger DDR-Bürger, ob nun Schriftsteller oder Wissenschaftler oder Autor von Lebensberichten.

Wir wollen Kontakte zu aus politischen Gründen in den Westen abgeschobenen bzw. gegangenen DDR-Oppositionellen herstellen.

Wir werden jene Literatur sammeln, die die jahrzehntelange internationale Diskussion über alternative Sozialismusvorstellungen widerspiegelt.

Wir sammeln Zeugnisse vergangener bzw. vorhandener Versuche kommunemäßiger Lebensgestaltung in unserem Land.

Wir werden mit Forschungseinrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen zusammenarbeiten, die bezüglich unserer Intention Sozial- bzw. mündliche Geschichte betreiben.

Wir sehen die Perspektive, eine unabhängige Forschungseinrichtung der alternativen Bewegung zu etablieren und haben deshalb mit der Gründung des Zentrums und der Schaffung einer arbeitsfähigen Arbeitsgruppe begonnen.

Wir streben die angebrachte Veröffentlichung von Ergebnissen unserer Arbeit an. Dieser Problemkatalog muß u.E. durch die beginnende Arbeit modifizierbar sein.

Für ein "Linkes Dokumentationszentrum"

Die Geschichtsgruppe innerhalb der 'Initiative für eine Vereinigte Linke' hat ein 'Linkes Dokumentationszentrum' gegründet.

Wir wollen für eine sozialistische Perspektive die allgemein wenig bekannten Wurzeln und Erfahrungen bisheriger oppositioneller Bewegungen und Alternativen zum 'Stalinismus' in das Bewußtsein unserer Gesellschaft bringen und die öffentliche Diskussion darüber beginnen.

Die offizielle Geschichtswissenschaft hat die Aufarbeitung der Geschichte dieser Bewegungen und ihrer Unterdrückung bisher kaum berücksichtigt bzw. arrogant ignoriert. Diese Aufarbeitung kann nur durch die breite Einbeziehung von Betroffenen und Zeitzeugen geschehen.

Deshalb werden wir Erlebnisberichte, Erinnerungen von Zeitzeugen, Prozeßberichte sowie Namen sammeln und veröffentlichen. Das Zentrum macht sich zugleich zum Sachwalter von Fällen politisch Repressierter und engagiert sich dafür, daß deren Rehabilitierung nicht auf einen schreibtechnischen Vorgang reduziert wird.

Wir bitten daher alle Betroffenen, 'Zeugen', Besitzer privater Archivsammlungen sowie Interessenten um Bereitstellung von Informationen und Material sowie um persönliche Zusammenarbeit.

Wir haben internationale Kontakte zu ähnlichen Initiativen aufgenommen und sind an der Zusammenarbeit mit allen interessierten Gruppen vor allem in der DDR interessiert.

Berlin, den 8. Dezember 1989

Adresse für Zuschriften

Beate Bormann
PSF 114
Berlin
1080

Demo für friedliche Entwicklung

Berlin. BZ

Am 19. Dezember findet in Berlin eine Demonstration gegen Linksradikale, Anarchisten, Terroristen, Rechtsradikale, Republikaner und andere Neofaschisten und gegen alle, die den friedlichen, gewaltfreien Entwicklungsprozeß stören wollen, statt. Treffpunkt: 18.00 Uhr, Weltzeituhr, Alexanderplatz.

PROVOKATION IN DER BERLINER ZEITUNG!

16.12.89

Anläßlich des Besuches Kohls in der DDR, haben die linken Kräfte zur gewaltfreien Anti-Kohl-Demo aufgerufen. Wir wollen Kohl klar machen, daß er nie Kanzler von einem Großdeutschland werden wird und daß wir alle auf seine Vorschläge verzichten können. Friedlich und gewaltfrei wollen wir diesen Ausverkauf der DDR verhindern. Weiteres Anliegen der Demo ist der konsequente Kampf gegen Faschismus und Ausländerhaß. Darüber berichtet die BZ nichts, veröffentlicht wird aber ein Aufruf (siehe oben), in dem die Linkskräfte und die Rechten in einen Topf geworfen werden.
Von der bürgl. Presse in Westeuropa ist man dies ja gewöhnt. Aber das nun die BZ in die gleiche Kerbe haut, ist sehr bedenklich und empörend.
Linksradikale, Autonome u.a. Gruppen des linken Spektrums sind derzeit die einzigen die konsequent gegen Imperialismus, Faschismus, Ausländerhaß, Wiedervereinigung und Ausverkauf antreten.
Deshalb sind wir sauer, daß man uns mit den Totengräbern der DDR (Nazis, Anarchisten u. Kohl-Fanclubs u.s.w.) auf eine Ebene stellt. Wir hoffen und fordern, daß die linke Szene bald mehr Raum in den Massenmedien bekommt!
Die Berliner Zeitung hat sich zwar von der SED getrennt aber Anzeichen deuten darauf hin, daß die Berliner Zeitung ins Fahrwasser des Springer-Verlages gerät. Wir hoffen, daß die Belegschaft des Berliner Verlages dies verhindert und daß der Berliner Verlag als Volkseigentum erhalten bleibt.

M.R.F.

WOLLT IHR DIE BANANENREPUBLIK?

Habt Ihr das Recht auf Mitbestimmung in Euren Betrieben gefordert, um von Daimler Benz, Springer und Krupp entlassen zu werden?

Habt Ihr das Machtmonopol der SED gebrochen, um Euch von der Macht der Monopole regieren zu lassen?

Macht Ihr der Politbürokratie die Privilegien streitig, um sie anderen zu geben?

Habt Ihr der Stasi den Laufpaß gegeben, um Euch den Verfassungsschutz ins Land zu holen?

Wollt Ihr die Warteschlangen vor den Läden gegen Warteschlangen vor den Arbeits- und Sozialämtern eintauschen?

Wollt Ihr in Zukunft Euren Wohlstand auf Kosten der Dritten Welt aufbauen?

Habt Ihr den Waffenhandel von KoKo aufgedeckt, nur um den von MBB ins Land zu lassen?

Ward Ihr jahrelang stolz darauf, daß in unserem Land mit den Nazis abgerechnet wurde, um jetzt den Republikanern Tür und Tor zu öffnen?

Beginnt Ihr Umweltbewußtsein zu entwickeln, um es in Plastiktüten zu ersticken?

Wollt Ihr Mietwucher und Obdachlosigkeit auch hier?

Seid Ihr auf die Straße gegangen, um Euch jetzt BRDigen zu lassen?

WIR NICHT!

Demo Zum Kohlbesuch
Für den Erhalt der Souveränität der DDR !
Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!
Treff 19. 12. 1989,
17.00 Alexanderplatz
Demonstration
18.00 Platz der Akademie Kundgebung
Studentische Anti-Wiedervereinigungsinitiativen Berlin

Rückseite: s. hintere Umschlagseite

Was bringt Kohl?

- 10 Stufen auf dem Weg zur halben Kolonie;
- Deutschland-Taumel ohne Perspektive für die Nachbarn;
- Billiglohnland DDR.

Wir sehen und hören täglich:

- Regierungsverhandlungen ohne Legitimation;
- Ausverkauf unserer Betriebe;
- Rufe nach Wiedervereinigung.

Wir haben die Chance, etwas Neues zu beginnen:

- Selbstverwaltung in Betrieben und Gesellschaft;
- Selbstbestimmtes Leben in Solidarität;
- Teilhabe und Verantwortung für alle.

Demonstration zum Kohl-Besuch

Für den Erhalt der Souveränität der DDR!
Gegen Ausverkauf und Wiedervereinigung!

19.12.1989 **Treffpunkt:**
17.00 Uhr Alexanderplatz zur Demo
18.00 Uhr Platz der Akademie, Kundgebung

Kirche von Unten · Initiative Frieden und Menschenrechte · Studentische Anti-Wiedervereinigungsinitiativen Berlin · Grüne Partei · Vertreter der Initiative »Für unser Land« · Initiative Vereinigte Linke · Umweltbibliothek Berlin · Autonome Antifa · Initiative für unabhängige Gewerkschaften · Lila Offensive · Mitglieder des Neues Forums Berlin · Bürgerbewegung Demokratie jetzt

OFFENER BRIEF AN ALLE MTGLIEDER DER SED

Wir wenden uns an alle Mitglieder der SED, weil ihre Partei in besonderem Maße Verantwortung trägt für die politische Aufwertung des unmenschlichen diktatorischen Regimes in Rumänien.

Jahrelang sind die realen Verhältnisse in Rumänien über die offizielle Berichterstattung der DDR Medien verzerrt worden. Noch anläßlich des Staatsbesuches Ceausescus zum 40.Jahrestag der DDR wurde der "hohe Stand der Freundschaft und kameradschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien, Staaten und Völkern" beschworen.

Wenn heute festgestellt wird, daß die SED eine bürokratisch deformierte und anmaßend geführte Partei war, die dem Anspruch Sozialismus nicht gerecht wurde, so trifft dies erst recht auf das Selbstherrscherregime Ceasescus in der RKP zu.

Ceausescu, der sich "Conducator" (Führer) nennen läßt, führt seit Jahren Krieg gegen das eigene Volk.

Grundlegende Menschenrechte - in der rumänischen Verfassung verankert, in internationalen Pakten niederlegt und von Rumänien ratifiziert - werden massiv verletzt.

Drastische Sparmaßnahmen in allen Lebensbereichen - Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik und einer ehrgeizigen Gigantomanie der politischen Führung - werden seit Jahren der Bevölkerung aufgezwungen.

Die Lebenslage der rumänischen Bevölkerung hat sich in den letzten zehn Jahren katastrophal verschlechtert. Selbst Grundnahrungsmittel sind rationiert. Die allgemeine Korruption demoralisiert zunehmend die Menschen, besonders jene mit niedrigem Einkommen.

Das staatlich angeordnete Energiesparprogramm brachte für die Bevölkerung gesundheitsgefährdende Beschränkungen in der Versorgung mit Wärme, Energie, Wasser und Gas.

Vielfach wurden Löhne und Gehälter nicht voll ausgezahlt und so die Werktätigen für bürokratische Mißwirtschaft und Fehlplanung haftbar gemacht. Die fortschreitende Aushölung der sozialen Sicherheit zeigt sich auch in der katastrophalen Verschlechterung der medizinischen Betreuung und der Einschränkung des Krankengeldes. Weil es keine gesetzlich festgelegten Mindestrenten gibt, liegen die Bezüge nicht weniger Menschen weit unter dem Existenzminimum.

Besonders diskriminiert werden Frauen, weil sie aus bevölkerungspolitisch motivierten Gründen unter Strafandrohung gezwungen werden, mindestens vier Schwangerschaften auszutragen. Verhutungsmittel sind verboten. Und dies geschieht in der Verantwortung eines Staates, der außerstande ist, für die Grundbedürfnisse von Kindern zu sorgen.

Der fortschreitende Abbau ohnehin drastisch beschränkter politischer und kultureller Rechte der Bevölkerung wirkt sich besonders krass auf die Lage der nationalen Minderheiten im Land aus.

Die ungarische Minderheit ist zur Leidtragenden der partei- und regierungsoffiziellen rumänischen Kampagne gegenüber einer ungarischen Lesart der Geschichte Siebenbürgens geworden.

Die geplante Zerstörung von 600 Dörfern und historischen Stadtkernen beraubt die Menschen ihres Kulturraumes.

Der fortdauernde, massive Druck und die ständige Überwachung durch den allgegenwärtigen und allmächtigen Staatssicherheitsdienst Securitate bedrohen nicht nur Bürgerrechtler, sondern alle Bürger. Durch willkürliche Reisebeschränkungen, Übernachtungsverbot für Ausländer bei Privatpersonen und beschrängte Telefoniermöglichkeiten ins Ausland soll die Bevölkerung isoliert werden.

Ceausescu behandelt "sein" Volk wie Leibeigene.

Es handelt sich hier um eine Alleinherrschaft ohnegleichen - mitten in Europa. Und die meisten europäischen Regierungen und Politiker sehen unbeteiligt zu.

Hinter der vielfach betonten "führenden Rolle der RKP" verbirgt sich nichts anderes als die Diktatur einer korrupten Familienclique.

Deshalb müßten gerade Mitglieder einer sich erneuernden SED mit an der Spitze einer Bewegung zur völkerrechtlichen Ächtung dieses Regimes stehen. Es ist eine Schande, daß die damalige SED-Führung den Namen Karl Marx mißbraucht hat, um einen solchen despotischen Diktator auch noch mit dem Karl-Marx-Orden zu ehren.

Eine sich erneuernde SED hat jetzt die Pflicht, sich ihrer Schuld am rumänischen Volk bewußt zu werden und diese Schande zu tilgen. Solche Haltung bedeutet nicht "politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates", sondern ist Ausdruck der Solidarität mit einem unterdrückten Volk.

Uns kann das Schicksal der Menschen eines Landes nicht gleichgültig sein, dessen Regierende IM NAMEN DES SOZIALISMUS das Volk demoralisieren, entmündigen und diskriminieren.

Wir rufen alle SED-Mitglieder auf:

- nur solche Delegierte zum außerordentlichen Parteitag zu wählen, die sich auch für eine deutliche Politik der DDR in Abgrenzung zu den Menschenrechtsverletzungen in Rumänien einsetzen!
- bei den bevorstehenden Strukturveränderungen in der SED auch dafür Sorge zu tragen, daß sich solche Lobhudeleien, wie die der menschenverachtenden Politik Ceausescus, nicht wiederholen!
- schon jetzt als SED-Mitglieder deutliche Zeichen der Richtigstellung über die wahren Verhältnisse in Rumänien in unseren Medien zu setzen!
- nicht länger zu dulden, daß der Name SOZIALISMUS durch Personenkult, Autokratismus und Menschenrechtsverletzungen diskreditiert wird!

Eine neue Politik der SED wird erst glaubwürdig, wenn auch ein Wandel ihrer Beziehungen zu den Bruderparteien mit den nötigen Konsequenzen erfolgt.

Initiative "Für eine Vereinigte Linke"

(Verlesen auf der Kundgebung des VBK-Berlin am 19.November 1989)

22.12.1989

Appell

Mit großer Freude und Erleichterung haben wir die Nachricht vom Sturz der Ceausescu-Clique erfahren, die in der Niederschlagung friedlicher Demonstrationen des aufbegehrenden Volkes ihre ganze Menschenverachtung und Brutalität unverhohlen offenbarte.
Nun eröffnen sich Möglichkeiten der grundlegenden demokratischen Erneuerung der Gesellschaft auch in Rumänien.

Mit unserer tätigen Solidarität wollen wir ein Zeichen unserer Verbundenheit mit dem befreundeten und notleidenden rumänischen Volk setzen.

Wir appellieren deshalb an alle Parteien, gesellschaftlichen Organisationen, Initiativgruppen und Religionsgemeinschaften sowie an alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, Spenden für eine Solidaritätsaktion zugunsten des rumänischen Volkes auf das Konto 444 - Kennwort "Rumänien" - zu leisten. Über den Spendeneingang und die Verwendung werden wir gemeinsam Kontrolle ausüben und öffentlich informieren. Wir wenden uns an die Regierung der DDR mit der Bitte, uns beim Kauf und Versand lebenswichtiger materieller Güter in Höhe der eingehenden Spendensumme zu unterstützen.

Unsere Solidarität dem rumänischen Volk!

Solidaritätskomitee der DDR
Initiative "Solidarität für Rumänien"
Mahnwache vor der rumänischen Botschaft in Berlin
Vereinigte Linke
Neues Forum
Unabhängiger Frauenverband

ca. 3.1.1990 /red.

Liebe Landsleute in der DDR,

Eure Wirtschaft kraucht am Boden. Auch wir wolllen sie wieder auf Trab bringen: Ihr laßt uns ein paar Jahre investieren, dafür sichert Ihr uns Besitz, Absatzmärkte und also Gewinn ohne zeitliche Begrenzung. Am besten eignen sich dafür zunächst joint ventures, die bedeuten nämlich absolute Garantie für uns und keine Möglichkeit der Umkehr für Euch! (Von anderen Formen der Kooperation sprechen wir nicht so gern, denn sie versprechen Euch zu viel.)

Haben wir joint ventures abgeschlossen, müssen wir selbstverständlich darauf achten, daß der erworbene Besitz nicht an Wert verliert, also werden wir gemeinsam modernisieren. Da wir jedoch mehr Erfahrung und nun auch ein gewichtiges Recht auf Entscheidung haben, sagen wir Euch, wo und wie wir rationalisieren. Vieles wird sich dann ändern. Möglich, daß einige Leute Schwierigkeiten bekommen. Aber, keine Sorge, das trifft Euch nicht, die Ihr arbeiten könnt. Es wird nur Leistungsschwache treffen, also:

- Arbeiter und Angestellte, die älter als 50 Jahre sind
- Frauen, deren Kinder zu oft krank sind
- Beschäftigte, die nicht im Schicht-System und am Wochenende arbeiten wollen
- Undisziplinierte, die ihre Pausen überziehen
- Arbeiter und Angestellte, die mehr als zwei Wochen im Jahr krank sind

eben alle, die sich in unseren joint ventures den notwendigen Normen des freien Marktes nicht unterordnen können.
Für Euch aber, die Ihr übrigbleibt, werden herrliche Zeiten anbrechen. In einigen Jahren, wenn unsere Investitionen sich beginnen auszuzahlen, werden wir zunächst an Euch denken, später müssen wir wieder mehr an uns denken!
Wir hoffen, es ist deutlich geworden, daß wir an einer Deutschen Einheit innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht interessiert sind, die käme uns viel zu teuer.
Also: Joint ventures sind die beste Voraussetzung für uns, Euch in Trab zu versetzen. Ihr werdet staunen, in welchem Tempo Ihr rennen könnt!

Aus dem Goldenen Westen grüßen Euch ganz froh gestimmt, verbunden mit der Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit zu unserem Vorteil,

Eure künftigen Herren

In deren Auftrag verfaßt von der 13. Autonomen Gruppe in der Initiative für eine Vereinigte Linke

INITIATIVE "FÜR EINE VEREINIGTE LINKE" BERLIN

1. Wie steht die VL zur Frage der "deutschen Einheit"?

Wir treten ein für die Verteidigung der Souveränität der DDR gegenüber allen Forderungen nach einer schnellen "Wiedervereinigung" als Angliederung an die BRD. Damit verteidigen wir die Chance einer wirklichen Alternative zum Kapitalismus im Sinne einer Gesellschaft der sozialistischen Freiheit und Demokratie. Selbstbestimmung heißt für uns nicht Unterwerfung unter das politische und wirtschaftliche System des Kapitalismus, sondern eigenverantwortliche Gestaltung unserer Zukunft. Ebensowenig wollen wir den stufenweisen Ausverkauf zu den Bedingungen des Auslandskapitals: Die Verwandlung der DDR in ein Billiglohnland und eine verlängerte Werkbank der BRD. Wir wollen die schnelle Aufnahme von Verhandlungen mit der BRD über die langfristige Ausgestaltung des Grundlagenvertrags im Sinne einer Vertragsgemeinschaft entsprechend dem Grundsatz "Zwei Staaten - eine Nation" bei gegenseitiger staatsrechtlicher Anerkennung. Wir wollen die Entwicklung enger wirtschaftlicher und politischer Beziehungen bei Ausbau aller Aspekte des gemeinsamen nationalen Zusammenhangs und die Ausarbeitung eines verbindlichen Rahmens zur Wahrnehmung gesamtdeutscher Verantwortung, insbesondere für den Frieden. Wir unterstützen eine gemeinsame Garantieerklärung beider deutscher Staaten für die polnische Westgrenze.

2. Wie steht die VL zur "Alternative Plan- oder Marktwirtschaft"?

In der DDR ist nicht die Planwirtschaft gescheitert, sondern ein als "Planung" getarntes System bürokratischer Kommandowirtschaft. Dies ist eine besonders schädliche Form von Planlosigkeit, weil ein auf riesige Apparate gestützter Dirigismus die verheerenden Folgen seines Handelns durch penetrante Erfolgspropaganda verschleierte. So brauchen wir nicht etwa weniger, sondern mehr Planung - jedoch eine ökonomisch begründete, mit Wert- und Freisregulativen arbeitende, auf betrieblicher Selbstverwaltung gestützte bedürfnisgerechte Wirtschaftsregulation, die sich auch über die Ausnutzung von Marktmechanismen verwirklicht. Neben der verantwortungsbewußten zentralen Planung infrastruktureller Bereiche müssen Marktregulative wirken, die bedarfsgerechte Produktion insbesondere von Massengütern und Proportionalität sichern. Der Staat soll nicht mehr dirigierend, sondern regulierend auf die betriebs[illegible]ftliche Planung selbstverwalteter U[illegible]nmen einwirken. [illegible] im [illegible]wirtschaftlichen Sinne wird sich so "von unten nach oben" unter zentral beeinflußten Rahmenbedingungen durchsetzen. Die Scheinalternative "Plan- oder Marktwirtschaft" wird von den Befürwortern einer "sozialen Marktschaft" in der jetzt stattfindenden Diskussion benutzt, um einen alles andere als sozialen Kapitalismus als "die Lösung" auch für die DDR anzubieten.

3. Was hält die VL von einer Währungsreform in der DDR?

Sofortige Währungsreform in der DDR hin zu voller Konvertibilität der Mark ohne parallelen Leistungsanstieg in der Wirtschaft hieße heute Abwertung der Währung, Entwertung von Löhnen und Spareinlagen und Preisanstieg. Eine "Reform" der Wirtschaft nur über Geldmechanismen und ohne dämpfende Staatsregulation ist eine unkontrollierte Schocktherapie. Dies hieße Aufgabe der DDR statt Sanierung ihrer Wirtschaft - also ihre Auslieferung an die Wirtschaftsübermacht der BRD. Hier würden die Folgen bisheriger bürokratischer Mißwirtschaft auf Europa abgewälzt, statt daß in europäischer Kooperation die DDR aus eigener Kraft diese Folgen beseitigt. Wir wollen schrittweise eine im Volk diskutierte Konzeption des Abbaus von verschwendungs- und effektivitätshemmenden Subventionen durchführen und die Angleichung der wichtigsten Industriepreise an die des Weltmarkts vornehmen. Dies darf nicht auf Kosten der sozial Schwachen geschehen. Die Erreichung einer Teilkonvertibilität der Mark über einen gesamteuropäischen Währungsfond würde den Wechselkurs stabilisieren und einen Entwicklungskredit mit freier Verfügung ermöglichen und zum erforderlichen Leistungsanstieg beitragen.

4. Was hält die VL von einem EG-Beitritt?

Ein Stabilisierungsverbund osteuropäischer Länder, das als "Schuldnerkartell" die Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit mit der EG prüft, wird die guten Möglichkeiten, die das westeuropäische Währungssystem auf der Grundlage der ECU bietet, nutzen können, wenn Bereitschaft zu beiderseits vorteilhafter Kooperation besteht. Wir stehen einer engen Zusammenarbeit der RGW-Länder mit der EG positiv gegenüber und setzen die Priorität auf die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen in einem reformierten RGW. Ein einseitiger EG-Beitritt der DDR mit allen Konsequenzen würde heute nichts anderes, als den nominellen Verlust der wirtschaftlichen Handlungsfreiheit unseres Landes bedeuten.

5. Wie denkt man in der VL über einen Austritt der DDR aus der WVO?

Für uns ist die Perspektive nicht der einseitige Austritt, sondern eine Auflösung beider Blöcke als Resultat (nicht als Voraussetzung) politischer Entspannung, vertraglich geregelter kontrollierter Abrüstung und auf Defensivkonzepte umgestellter Militärdoktrinen beider Seiten. Ein paralleler Austritt beider deutscher Staaten (also die Neutralität) ist aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung von BRD und DDR in ihren Bündnissen weniger realisierbar, als die genannte Lösung. Die deutsche Chance liegt in der Rolle des Schrittmachers in Europa bei forcierten (auch einseitigen) Abrüstungsschritten.

6. "Wer sichert den Staat"

Heute gilt: Keine Staatssicherheit, kein nationales Sicherheitsamt und bis zu den Wahlen auch kein Verfassungsschutz. Zu schützen ist in erster Linie das Volk und nicht der Staat. Wir haben uns im Innern nicht nur vor rechtsextremen und faschistischen Kräften, sondern auch vor dem in Kadern des ehemaligen MfS personifizierten Stalinismus zu schützen! Der legitime Schutz der Verfassung kann sich wirksam nur auf die basisdemokratisch organisierte Volksbewegung und Rechtssicherheit im Innern stützen. Ein Verfassungsschutz ist nicht nur unter Parlamentskontrolle zu stellen, sondern seine Verselbständigung als Apparat ist durch Volkskontrolle zu verhindern. Ist dies gesichert, so kann auch eine solche Einrichtung zum Schutz der Verfassung beitragen. Die Notwendigkeit eines Nachrichtendienstes zur

Gewährleistung äußeren Sicherheit versteht sich für uns von selbst und muß wie die Armee ebenso der Kontrolle unterworfen sein.

7. Ist die Umwelt zu retten?

Die Rettung der Umwelt wird, wenn sio noch möglich werden soll, in letzter Minute erfolgen! Dies erfordert ein neues Denken, das Länder- und Systemgrenzen überschreitet und die Menschen als Notgemeinschaft handlungsfähig machen muß. Nur dann wird dies gelingen. Und die Möglichkeiten liegen auf der Hand, wenn etwa an eine koordinierte Umlenkung der Mittel zur Rüstungsproduktion gedacht wird, falls solche Reserven sich im Vollzug weltweiter Abrüstung erschließen. Diese Mittel können zur Welthungerbekämpfung und zur technologischen Modernisierung im Namen der "ökologischen Vorbeugung" (ressoucensparendes Wirtschaften, Ablösung umweltzerstörender Technologien ect.) eingesetzt werden, wenn dies gemeinsam mit einem Druck von unten, durch ökologische Basisbewegungen auf die Regierungen, einhergeht. Somit ist der Kampf um unsere Umwelt nicht nur ein administratives, technologisches oder ideologisches Problem, sondern vor allem ein politischer Kampf, in dem wirtschaftliche Sonderinteressen nur zu oft und immer noch den Schaden vergrößern.

8. Wer rettet unsere Städte?

Kommunale Selbstverwaltung und Mittelumlenkung aus staatlicher Verfügung in die Kommunen können allen, die unmittelbar Leidtragende der Verwahrlosung städtischer Infrastruktur sind, helfen. Sie sind als Hauptbetroffene der Folgen organisierter Verantwortungslosigkeit am besten in der Lage, mit diesen Mitteln das Richtige zu tun. Die Städte sind auf Dauer nur durch die Initiative der in ihnen lebenden Menschen zu retten und dann auch lebenswert zu erhalten, selbst wenn zentrale Sonderfonds und internationale Hilfe jetzt vielen nicht zu Unrecht als das einzige (weil letzte) Mittel erscheint.

9. Was bleibt vom Sozialismus?

Unser Land ist über lange Zeit dem Diktat selbstherrlicher Bürokraten ausgeliefert gewesen, die ihre Mißwirtschaft mit unerträglicher Sozialismusdemagogie verbrämten. Eine der verheerendsten Konsequenzen des Mißbrauchs dieses Begriffs ist, daß viele Menschen in unserem Land den Stalinismus mit Sozialismus zu identifizieren begannen. In der großen Koalition von Kohl bis Honnecker hieß es, es gäbe keine Alternative zwischen Kapitalismus und eben jenem als "Sozialismus" auftretenden Stalinismus. Wir sagen: Jene Alternative ist auch heute noch SOZIALISMUS; ein Sozialismus der Freiheit und der Demokratie, ein auf Volkssouveränität beruhendes Gemeinwesen selbstverwalteter Betriebe und Kommunen, deren Räte unmittelbar die Interessen der Menschen vertreten. Er ist heute das einfache, was nach vierzig Jahren Stalinismus nur noch schwerer zu machen sein wird.
Er ist nicht gescheitert, weil er noch nicht begonnen wurde. Wird er begonnen, beginnt die konkrete Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus.

10. Abrechnen oder vergessen.?

Wer dio eigene Erfahrung vergisst, liefert sich wiederum aus. Wer die Alternative zu Kapitalismus und Stalinismus, also den Sozialismus, will, wird nicht vergessen dürfen, was Stalinismus ist, sondern begreifen müssen, wie er möglich wurde. Er ist wder die Erfindung zynischer Technokraten der Macht, noch gesetzmäßiges Resultat bisheriger Anstrengungen für eine sozialistische Alternative. Man wird ihn als geschichtliches Produkt benennbarer Ursachen begreifen, dessen Wurzeln weit in die Geschichte dieses Jahrhunderts zurückreichen und der nicht unabwendbar war. Nur so kann man mit ihm abrechnen. Diese Abrechnung hat eine andere Logik, als die Abrechnung mit den Sachwaltern dieses Systems. Sie ist mehr, als die Bestrafung der Schuldigen. Sie trägt dazu bei, daß er nie wieder möglich wird.

(20.1.90
erscheint im Sonderheft des Sterns zu den DDR-Wahlen/red)

BZ 21/22.1.90

Statt Souveränität ausländisches Kapital

Wer wegen Krankheit fehlt, kann seinen Arbeitsplatz verlieren

Die Volkskammer hat am 12. Januar bei nur zwei Stimmenthaltungen eine Änderung der Verfassung beschlossen, so daß ausländisches Kapital nun in der DDR Produktionsmittel besitzen darf. Die gleiche Volkskammer, die sich bei Abstimmungen bis zum Oktober 1989 einig war, ist sich jetzt schon wieder einig. Sie verschenkt ein zweites Mal ihre Souveränität. Ausländisches Kapital wird künftig bestimmen, an welcher Stelle investiert, modernisiert und rationalisiert wird. Ausländisches Kapital wird festlegen, welche Betriebsteile unretabel sind, wo Arbeitsplätze gestrichen werden.

Vieles wird sich ändern: Beschäftigte, die nicht im Schichtsystem und am Wochenende arbeiten wollen, werden ebenso Schwierigkeiten bekommen wie Eltern, deren Kinder zu oft krank sind, wie Arbeiter und Angestellte, die älter als 50 Jahre sind oder mehr als zwei Wochen im Jahr wegen Krankheit fehlen. Und das wird nur der Anfang sein!

Indem die Volkskammer sogenannte Joint ventures ermöglicht hat, stehen andere Formen der Kooperation, die uns mehr Rechte gesichert hätten, gar nicht mehr zur Debatte. Die Konzernherren und Firmenchefs nutzen selbstverständlich jene Arten der Zusammenarbeit, die ihnen größtmöglichen Einfluß und Profit garantieren. Betriebs- und Kombinatsdirektoren der DDR machen mit ihnen gemeinsame Sache und verlangen die Änderung des Arbeitsrechts, unter anderem mehr Möglichkeiten zur Bestrafung und Disziplinierung. Sie sehen sich schon als Wirtschaftsbosse, sie werden jedoch höchstens Filialleiter sein.

Betrogen aber sind wieder die Werktätigen, oder hatten beispielsweise die Leitungen der volkseigenen Kombinate ROBOTRON und IFA vor Abschluß ihrer neuen Verträge das Einverständnis der Belegschaften eingeholt?

Warum lügen Journalisten, wenn sie von Joint ventures reden und uns suggerieren, es handele sich nur um Möglichkeiten der Investition (Aktuelle Kamera 12. 1. 90)? Joint ventures bedeuten anteiligen Besitz!

Selbst das Fallen der 49 %-Klausel ist längst beschlossene Sache, denn schon heißt es: „In Ausnahmefällen kann der ausländische Anteil über 49 % betragen." In diesem Zusammenhang sind wir uns übrigens sicher, daß den westdeutschen Konzernen eine Wiedervereinigung innerhalb der nächsten Jahre gar nicht so recht ist sie haben mehr davon, wenn sie uns vorher noch eine Weile zu Billiglöhnen arbeiten lassen. Dagegen gibt es nur eine Chance, die wir aber jetzt und sofort nutzen müssen: Das staatliche Eigentum muß gesellschaftliches werden. Also, wählen wir Räte, bilden wir Genossenschaften, verwalten wir die Betriebe selbst. Dann können allein wir entscheiden, ob und wie wir mit dem Kapital zusammenarbeiten.

Herr Modrow hat wiederholt angekündigt, daß es keinen sozialen Abstieg der Menschen in der DDR geben wird. Aber die Erhöhung der Preise für Kinderbekleidung bedeutet dabei eine Stufe.

Wir fordern die sofortige gesetzliche Verankerung der scala mobile, das heißt die automatische Anpassung der Löhne und Gehälter, des Kindergeldes und der Renten an die Inflationsrate!

13. Autonome Gruppe in der Initiative Vereinigte Linke

P. S.: Ein bemerkenswerter Satz der letzten Woche stammt von Frau Ministerin Nickel: „Für die Bevölkerung erfolgen in den nächsten Tagen keine weiteren Preiserhöhungen."

Vielen Dank, Frau Nickel!

Die Rechnung mit dem Kindergeld geht bei Preisvergleich nicht auf

Sozialabbau beginnt bei Frauen und Alleinerziehenden

Wieder einmal sind wir mit beschlossenen Maßnahmen der Regierung konfrontiert, die einen ersten Schritt in Richtung Sozialabbau manifestieren, der vor allem zu Lasten der in der Regel ohnehin schlechter verdienenden Frauen mit Kindern geht. Die in den Zeitungen vom 13. 1. 1990 angeführten Beispiele für den Abbau der Subventionen bei Kinderkleidung und -schuhen sehen in der Mehrzahl Preiserhöhungen über 100 Prozent vor. Die beigefügten Erläuterungen suggerieren einen vollständigen finanziellen Ausgleich durch eine Erhöhung des Kindergeldes.

Die veröffentlichte Gegenüberstellung von 2,05 Milliarden Subventionen zu 2,1 Milliarden Zuschüsse zum Kindergeld läßt sich nicht erklären, wenn aus einem ersten Preisvergleich (Vergleichszeitraum 1 Jahr für ein Schulkind) ein Mehraufwand von 1000,— M hervorgeht, dem ein Zuschuß von 540,— M jährlich gegenübersteht.

Ganz besonders wird sich dieses Ergebnis verfehlter Wirtschaftspolitik auf die soziale Situation Alleinerziehender auswirken, die häufig auf Grund ihrer familiären Situation zu den schlechter verdienenden Berufsgruppen gehören (z. B. weil sie nicht in Schichten arbeiten können, begrenzte Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung haben und wegen Krankheit der Kinder finanzielle Einbußen in Kauf nehmen müssen).

Da außerdem weitere Preiserhöhungen (z. B. Mieten und Grundnahrungsmittel) zu erwarten sind, die sie wiederum vorrangig belasten werden, protestieren wir entschieden gegen einen Abbau von Subventionen zu Lasten der sozial Schwachen.

Wir fordern:

1. Bevor entsprechende Maßnahmen und Verordnungen beschlossen werden, müssen die Betroffenen in Zukunft die Möglichkeit erhalten, ihre Erfahrungen und Vorstellungen in eine breite öffentliche Diskussion einzubringen.

2. Um soziale Härten für Alleinerziehende zu verhindern, verlangen wir eine den Preiserhöhungen entsprechende Anhebung der monatlich zu zahlenden Unterhaltskosten. Dabei sollte ein Mindestbetrag festgelegt und eine Staffelung entsprechend dem Nettoverdienst des/der Zahlenden erfolgen.

3. Darüber hinaus fordern wir für alle eine adäquate Anhebung des Kindergeldes, da die Preiserhöhungen bei Kinderbekleidung und Schuhen nicht durch den Zuschuß von 45,— M bzw. 65,— M ausgeglichen werden. Gegenüber dieser einfachen Staffelung schlagen wir vor:

- 0— 4 Jahre 70,— M
- 5— 8 Jahre 80,— M
- 9—13 Jahre 100,— M
- ab 14 Jahre 140,— M

Außerdem fordern wir eine automatische Anpassung des Kindergeldes an die Inflationsrate.

Lila Offensive (UFV)
Rote Rosa (VL)

(wegen Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

Erklärung der Vertreter der "Vereinigten Linken" zu den Gesprächen über eine Beteiligung der Opposition an der Regierungsverantwortung

Die Modrow-Regierung hat am 22.1.1990 weitreichende Zusammenarbeitsangebote an die Adresse der nicht in der Volkskammer vertretenen Parteien und politischen Bewegungen am "Runden Tisch" gemacht.
Daß diese Angebote bis hin zur direkten Regierungsbeteiligung reichten, ist nicht nur Ausdruck der Krise dieser Koalition, sondern auch Ausdruck der sich vertiefenden Krise im Land selbst als Folge der Politik dieser Regierung: Einerseits wuchs der Zorn in der Bevölkerung über die halbherzige Abrechnung mit den Auswüchsen des Stalinismus. Andererseits wächst das Mißtrauen gegenüber der SED als führender Koalitionspartei, welche die Chance, sich an die Spitze einer konsequenten Abrechnung mit ihrer eigenen Vergangenheit zu setzen, verpaßt hat. Und zum Dritten hat diese Regierung bis in den Januar hinein den Versuch unternommen, auf eigene Rechnung, an der Öffentlichkeit und am "Runden Tisch" vorbei Reformen "von oben" zu realisieren. Das Ergebnis ist auch hier nur wieder, daß die Verunsicherung wächst und die sozialen Ängste zunehmen.

Wir sehen die Modrow-Regierung als politischen Arm einer technokratischen Reformströmung, die Marktwirtschaft und Kapitalimport als Sanierungskonzept und uneingeschränkten Parlamentarismus als politisches System favorisiert. Das Ergebnis bisheriger Politik dieser Regierung ist eine neue gesamtgesellschaftliche Krise: Die kommunalen Strukturen beginnen unter anderem infolge zu spät begonnener Aufklärung des Wahlbetrugs vom Mai 1989 zu zerfallen und fortschreitender Autoritätsverlust der Exekutive auf allen Ebenen ist ebenso zu konstatieren, wie zunehmende Mißachtung geltenden Rechts. Die CDU destabilisiert trotz augenscheinlicher Krisenmerkmale die Regierung zusätzlich. Mehr und mehr steht nun die staatliche Souveränität der DDR auf dem Spiel und diese Souveränität wird mit dem Fortschreiten dieser Krise von verschiedenen politischen Strömungen des Landes selbst immer deutlicher in Frage gestellt. Die Modrow-Regierung ist vor dem Druck von Rechts aus dem In- und Ausland immer weiter zurückgewichen.
In dieser Situation wurde die Opposition aufgerufen, die politische Basis der Regierung breiter zu machen.

Die "Vereinigte Linke" konnte an den Gesprächen über die Möglichkeiten der Übernahme von Regierungsmitverantwortung seitens der Opposition nur mit dem Ziel teilnehmen, mit allen bereitwilligen Kräften ein Bündnis für eine Alternative zu dieser Regierungspolitik zu erreichen. Wir werden nicht zusehen, wenn unser Land in Perspektivlosigkeit verharrend sich an den Meistbietenden verkauft. Auf lange Sicht kann eine solche Alternative nur in der Herausbildung eines neuen Selbstbewußtseins für die Chance eines eigenständigen demokratischen Wegs der DDR sein. Wir sehen in den demokratischen Bürgerbewegungen des Landes Verbündete, mit denen Fortschritte auf diesem Weg möglich werden können. Doch in diesen Tagen haben politische Destabilisierung, soziale Ängste und nationalistische Aktivitäten bis hin zu rechtsradikalen Ausschreitungen gefährlich zugenommen. Hier sind alle demokratischen Parteien und Bewegungen, namentlich die der Opposition, gefordert, schlimmeres zu verhindern.

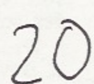
Aber die Opposition war inzwischen einem rasanten Differenzierungsprozeß unterworfen. Der "Demokratische Aufbruch" fordert inzwischen offen die Reprivatisierung auf breiter Ebene und orientiert auf die Wiedervereinigung lieber heute als morgen. Die "neuen Kader" der SPD scheinen in erster Linie die Macht über einen Wahlsieg und weniger einen Konsens mit den Bürgerbewegungen zu wollen. Die Vorgespräche am "kleinen Runden Tisch der Opposition" vom Freitag, dem 26.1. haben in aller Deutlichkeit gezeigt, daß der Riß zwischen Parteien und Bürgerbewegungen nicht mehr zu kitten ist. Mit der "Vereinigten Linken" jedenfalls ist in der deutschen Frage und auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik kein Konsens mit bedingungslosen Verfechtern eines kapitalistischen Gesamtdeutschland zu haben. Wir werden aber unsere Bemühungen um ein basisdemokratisches Bündnis mit den Bürgerbewegungen deshalb nicht in Frage stellen, sondern eher verstärken.

Am vergangenen Freitag gelang es, nach zäher und kontroverser Debatte einen Kompromiß zwischen Bürgerbewegungen einerseits und den neuen Parteien "Demokratischer Aufbruch" und SPD andererseits zu erreichen: Die Opposition reagierte auf die Aufforderung Modrows nach Regierungsbeteiligung mit dem Angebot, den "Runden Tisch" als öffentliches Organ der Kontrolle aufzuwerten in Richtung einer Zusammenarbeit von Regierung und Volkskammer bei Gesetzgebungsverfahren. Außerdem wurde die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten für eine Parteiunabhängige Personalregierung vom "Runden Tisch" aus vorgeschlagen. Ein solches Ergebnis konnte angesichts der Krise im Land und der Differenzen in der Opposition als Erfolg gewertet werden, obwohl wir im Namen der "Vereinigten Linken" mehrfach scharf kritisierten, daß es am Freitag nicht gelang, zu erreichende Ziele einer von der Opposition zu unterstützenden Personalregierung auch nur zu diskutieren.

Am Sonntag nun wurde der gemeinsame Vorschlag der Opposition von Ministerpräsident Modrow und den Vertretern der Koalitionsparteien abgelehnt. Modrow qualifizierte den Vorschlag der Opposition als den Versuch der Installierung einer "Doppelherrschaft" und kündigte einen Vorstoß für Neuwahlen der Volkskammer schon für den 18.März an.

Wir haben für die "Vereinigte Linke" in der nachfolgenden Aussprache ausdrücklich das gemeinsame Votum der Opposition vom Freitag bekräftigt und bedauern, daß alle Bürgerbewegungen nacheinander diesen Ausganspunkt aufgaben. Unter den neuen Voraussetzungen eines zu erwartenden vorgezogenen Wahltermins sehen wir die Übernahme von Regierungsverantwortung durch die Opposition für eine Stabilisierung der Lage bis zu den Wahlen als Kompromiß an, der dem Ernst der entstandenen Lage im Land Rechnung trägt.

Berlin, den 29.01.1990
Thomas Klein, Bernd Gehrke



(wegen Nichtreproduzierbarkeit abgetippt / red)

Positionspapier der Arbeitsgruppe "Bildung und Erziehung" der Initiative für eine "Vereinigte Linke" (VL5)

Die VL 5 besteht aus aktiven und passiven Berliner Lehrern, Erziehern und Eltern, welche eine marxistische Weltanschauung vertreten und sich der Initiative für eine Vereinigte Linke angeschlossen haben. In unserer Arbeit haben wir uns mit dem Arbeitspapier von Hoffmann und Tiedtke sowie einem Positionspapier von Blum und Müller auseinandergesetzt. Desweiteren haben wir ein Dokumentationszentrum "Volksbildung" geschaffen.

Wir setzen uns für ein tragfähiges Bildungs- und Erziehungskonzept ein, das sich an den gesellschaftlichen Gegebenheiten orientiert. Wir gehen davon aus, daß die grundlegende Umgestaltung der Bildung und Erziehung erst durch die revolutionären Veränderungen in unserem Land möglich wird. Der Satz M.Honeckers: "Ohne klares Gesellschaftskonzept kein klares Bildungskonzept..." (Pädagogoscher Kongreß 1989, S.3), ist eine Aussage, der nicht zu widersprechen ist. Demzufolge kann die Schule als staatlich institutionierte Form von Bildung und Erziehung nie besser sein, als der jeweilige Stand der gesellschaftlichen Entwicklung es ermöglicht.

Ein künftiges Bildungs- und Erziehungskonzept kann nur dann Erfolg haben, wenn es auf Grundlage einer breiten Diskussion und Mitarbeit aller Gesellschaftsschichten erarbeitet und im Konsens verabschiedet wird. Um die Mitarbeit aller Interessierten zu gewährleisten, müssen noch eine Reihe von Voraussetzungen geschaffen werden, die wir in folgenden sehen:
- Demokratisierung der Schulen, Kindergärten und der Heime der Jugendhilfe
- Abschaffung des Einzelleiterprinzips (Abwählbarkeit von Direktoren)
- Schaffung von unabhängigen Vertretungen der Kinder und Jugendlichen, der Eltern, der Lehrer/innen sowie Erzieher/innen
- Erarbeitung konkreter Rechtsgrundlagen für die Schüler/innen, Eltern, Erzieher/innen, Lehrer/innen, die in der Verfassung verankert einklagbar sein müssen.

Die zu schaffende Rechtssicherheit ist einer der Kernpunkte für eine wirkliche Demokratisierung der Bildung und Erziehung, wie der Demokratisierung unserer Gesellschaft überhaupt. Voraussetzung für Rechtssicherheit ist, daß unabhängige Gremien (legislative, exekutive) existieren bzw. geschaffen werden. Zukünftig muß ausgeschlossen sein, daß eine Personalunion entsteht.

Gegenwärtig wird die freiheitliche Bildung und Erziehung in unserem Land gefordert. Aber was ist darunter zu verstehen? Nach unserem Verständnis heißt das, Bedingungen zu schaffen, in denen "...die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung für die freie Entwicklung aller wird." (K.Marx) Freiheitliche Bildung und Erziehung heißt:
- keine Vermittlung von doktrinären Ideologien jeglicher Art
- Meinungsstreit ohne Ausgrenzung oder Bewertung
- Bildungsinhalte, die die Wesenskräfte menschlicher Kultur vermitteln, um die individuelle Selbstverwirklichung zu befördern
- Anwendung unterschiedlicher Lernmethoden - der Schüler hat die Wahl, welcher Methode der Aneignung des Lerngegenstandes er den Vorzug gibt.

Militaristische, rassistische, faschistische sowie doktrinäre Bildungsinhalte sehen wir nicht als freiheitlich an. Das heißt für uns aber nicht, sich mit solchen Gedanken und Vorstellungen nicht auseinanderzusetzen. Wir schließen uns den Auffassungen von Tiedtke und Hoffmann an:

"Das Problem der Macht und der Identitätsverlust der Erziehungssubjekte

Bisherige erziehungswissenschaftliche Analysen konkreter Erziehungsprozesse konnten aus ideologischen Gründen kaum zu den grundlegenden Ursachen von Deformation in der Erziehungspraxis vordringen. So wie die Schulpolitik ging auch die Wissenschaft davon aus, daß die hohen kommunistischen Erziehungsideale das Handeln von LehrerInnen und ErzieherInnen a priori in den Dienst der 'guten Sache' stellten. Damit wurdem dem erzieherischen Prinzip unausgesprochen das amoralische stalinistische Prinzip unterlegt, nach dem der Zweck die Mittel heiligt. Die übermäßige Politisierung der Schule und hier erzwungene weltanschauliche Bekenntnisse führten dazu, daß erzieherische Verhältnisse zu reinen

Machtverhältnissen deformiert wurden. Dabei reicht das Spektrum der Machtausübung von der Zensierung über Disziplinierungsmaßnahmen bis zur Anwendung von Zwang.
Forderungen von LeherInnen nach mehr und differnezierten Straf- und Disziplinierungsmöglichkeiten verweisen auf die im Denken fixierte Ausrichtung auf Machtausübung, die den postulierten Erziehungsidealen entgegengesetzt ist. Deshalb halten wir das Problem der Macht für ein Kardinalproblem der theoretischen und empirischen Analyse des realen Erziehungsprozesses.
Die Aufhellung der bewußt und unbewußt gebrauchten Macht im gesellschaftlichen Subsystem Schule könnte bei beginnender Forschung und im Kontext mit einem neuen Erziehungsverständnis zu veränderten Strukturen und Erziehungsinstrumentarien führen."
(aus: Die Krise des politischen Systems in der DDR und unsere Verantwortung für eine grundlegende Erneuerung von Bildungspolitik, Schulpolitik und pädagogischer Wissenschaft.)

Hieraus läßt sich ableiten: Veränderungen im Bildungswesen werden nur dann möglich sein, wenn bestehende Machtstrukturen und Abhängigkeitsverhältnisse aufgebrochen werden. Bei dieser Aufgabe ist die ganze Gesellschaft gefordert.

Betrachtet man verschiedene Äußerungen, wwie künftig Bildung und Erziehung gestaltet werden sollte genau, so wird man oft den Eindruck nicht los, die beste Form der Schule sei eine solche, die alle Probleme von unseren Kindern so lange wie möglich fernhält. Wir meine, eine solche Auffassung ist falsch. Die Schule als gesellschaftliche Institution kann Widersprüche nicht aufheben. Die gesellschaftlich wirkenden Triebkräfte und Widersprüche müssen auch in der Schule uneingeschränkt aufgezeigt werden. Erst dadurch kann die Welt als veränderbar erkannt werden. Jede idiografische oder nomothetische Betrachtungsweise, die die Wirklichkeit bzw. die Aktivität des Subjektes eingrenzt, ist abzulehnen. Nicht Ideen bzw. Gesetze bestimmen zwangsläufig die Entwicklung der Gesellschaft, sondern die Tätigkeit der konkret-historischen Persönlichkeiten. Ziel der Bildung und Erziehung ist ein: "Mensch, der sich durch eine Diktatur seines eigenen Gewissens positioniert, sich in Bewegungen einläßt und sich aus dem Funktionsmechanismus "Funktionieren" in den Verhaltenskodex "Agieren" emanzipiert." (Tiedtke/Hoffmann, s.o.)

Die gesellschaftliche Entwicklung muß ihren Ausdruck in der Dialektik zwischen Allgemein- und Spezialbildung finden. Das heißt fortwährendes Setzen und Lösen widersprüchlicher Seiten, z.B. Informatik und musische Erziehung - Wahl- oder Pflichtfach?

Wir treten für die Förderung aller Kinder und jeder Gruppen ein, die gegenüber anderen benachteiligt sind (z.B. Behinderte, Heimkinder).
Wir sind für die uneingeschränkte Förderung aller Interessen und Begabungen (eine ähnlich starke Förderung wie ehemals beim Leistungssport).
Die Möglichkeit des zweiten Bildungsweges muß erhalten und ausgebaut werden. Wir sind gegen die Einrichtung von Privatschulen und gegen elitäre Bildung.
Grundsätzlich zu überdenken sind die herrschenden Vorstellungen über Kinder und Jugendliche in ihren Reduktionen bzw. in den Defizitmodellen (vgl. Wessel, K.F.).
Gleichfalls sind psychologische und pädagogische Theorien (z.B. Lerntheorien) zu überprüfen und die Ergebnisse sowjetischer Autoren (Leontjew, Schukschina, Usnadze, Praugisvwili, Boschowitz) zur Bereicherung heranzuziehen. Die Autonomie der Schulen (Möglichkeit des eigenen Erziehungsstils bei festgelegten Bildungsinhalten) ist zu gewährleisten. Hierdurch kann die Tragfähigkeit moderner Erziehungskonzepte und Erziehungsstile in der Praxis überprüft werden.
Die Schulen sind von selbständigen territorialen Verwaltungseinheiten finanziell und materiell zu tragen. Internationale Erfahrungen zeigen, daß jede investierte Mark einen drei- bis vierfachen Gewinn einbringt.Das Prinzip der Kontrolle muß durch die Volkskammer, unabhängige Arbeitsgruppen, demokratische Parteien, Organisationen und Initiativen verwirklicht werden (z.B. Volksinitiative Bildung, unabhängige Elternvertretung).

Wir halten es für unbedingt notwendig, "...bisher geltende bildungspolitische Prinzipien neu zu überdenken und öffentlich zu diskutieren." (Tiedtke/Hoffmann,s.o)
Dies umfaßt:
- Einheitlichkeit
- Lebensverbundenheit
- Staatlichkeit
- Weltlichkeit
- Persönlichkeitsentwicklung

rot, grün, kooperativ: (aus der Märkischen Volksstimme vom 20.1.90 /red)

Potsdamer VEREINIGTE LINKE

für eine frische DDR

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

Die ,,VEREINIGTE LINKE" ist keine neue Partei. Sie ist eine Sammlung, die allen offen steht. Wir wollen mit neuen und bewährten Ideen für eine selbständige, gesunde DDR eintreten.

Wir sind mit anderen demokratischen Kräften für:
- Freiheit des einzelnen im Sinne der Freiheit aller,
- Mitmenschlichkeit und soziale Gerechtigkeit,
- Sicherung/Verbesserung des Gesundheits- und Sozialwesens,
- eine Bildungsreform,
- gesellschaftlich geförderte freie Kultur,
- einen Rechtsstaat mit neuer Verfassung,
- eine ökologische Revolution,
- eine weltweite Friedensordnung,
- für Überwindung von Neofaschismus/Ausländerfeindlichkeit,
- die Durchlässigkeit und Wahrung der europäischen Grenzen.

Im Bewußtsein einer akut bedrohten Welt setzen wir eigene Schwerpunkte.Dabei ist uns bewußt:
* Wir leben in der Region mit der höchsten Dichte an Waffen.
* Unsere natürliche Umwelt stribt. Sie wird bald keine hochentwickelten Lebensformen (z.B. den Menschen) mehr erhalten können.
* Mehr und mehr Menschen leben in Not. Die Unterschiede zwischen wenigen reichen Staaten und dem Rest werden immer bedrückender.

Neuordnung unserer sozialen Sicherung

(1) Ein enges soziales Netz und gezielte Subventionen sind erforderlich, um besonders die nicht voll leistungsfähigen Bürger zu schützen.
(2) Leistungsprinzip ? - Ja!, doch nur verbunden mit der Frage: Leistung für wen ? Leistung darf nicht auf menschlichem Verschleiß, vergeudeten Rohstoffen oder auf beeinträchtigten Lebensbedingungen beruhen.
(3) Nichts gegen eine Wohlstandsgesellschaft mit hoher Lebensqualität, doch nicht auf Kosten Dritter oder der Umwelt.
(4) Das Recht auf Arbeit/Teilzeitarbeit ist festzuschreiben.
(5) Soziale Eigen-/Bürgerinitiativen sind gesellschaftlich zu fördern.
(6) Wirkliche Chancengleichheit von Frauen und Männern muß erlebbar sein. Weiblichkeit darf nicht zu einer Ware werden.
(7) Eine kluge, intensive Aufklärung, die ungesunden Produktions-/Lebensweisen entgegenwirkt, ist gesellschaftlich zu unterstützen.
(8) Für den Bürger sind weitreichende Verbraucherrechte zu sichern.
(9) Die Wirtschaft legt die Grundlage, doch Menschenrechte und die Bewahrung der Natur begrenzen die Rechte der Wirtschaft.

Wirtschaftliche Fragen

(1) In unserer Wirtschaft sollen neue Formen von Gemeineigentum vorherrschen, durch die persönliche Initiativen gefördert werden.
(2) Privatbesitz an Produktionsmitteln sollte sich durchschaubar entfalten können. Dieser Gewerbe- und Kleinproduktionsbesitz darf nicht zu politischen Zwecken gebraucht werden.
(3) Jedes Einkommen muß in einem vertretbaren Verhältnis zu der dafür erbrachten Leistung stehen.
(4) Die Wirtschaft darf nicht "dem freien Spiel der Kräfte am Markt" überlassen werden. Sie ist nach gesamtgesellschaftlichen Interessen strategisch zu regulieren. Neben hoher Eigenverantwortung erfordert dies auch eine demokratisch legitimierte, kompetente zentrale Lenkung - d.h., eine praxisnahe Planung hat Planbürokratie abzulösen.
(5) Das wichtigste Planungs- und Erfolgskriterium darf nicht die Gewinnmaximierung sein. Vielmehr sind die vorhersehbaren Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeiten auf die Lebensqualität der Bevölkerung maßgeblich.
(6) Unsere Wirtschaft wie auch unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit sollten vornehmlich auf langlebige, wartungsarme, umweltverträgliche und "intelligente" Produkte ausgerichtet werden.
(7) Unsere Außenbeziehungen sind breit zu fächern, um die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Welt stärker zu nutzen. Die BRD darf hier nicht erdrückend vorherrschen.
(8) Kapitalimport und -export haben einer breiten Mitbestimmung aller Betroffenen zu unterliegen.

Gesellschaftliche Strukturen

(1) Die politische Macht in der DDR soll vom Volk
- ausgehen;
- ständig kontrolliert werden;
- unmittelbar zu beeinflussen sein.
(2) Demokratie erschöpft sich nicht im Parlamentarismus.
(3) Gesetzgeberische Entscheidungen müssen auf drei Ebenen fallen können auf der kommunalen, der regionalen und nationalen Ebene.
(4) Ein Minderheitenschutz soll gewährleistet sein.
(5) Unter unseren Bedingungen scheint ein 2-Kammernsystem demokratische Prinzipien am besten zu sichern:
* VOLKSVERTRETUNGEN - Sie bilden sich durch freie, geheime, direkte Wahlen. Die Mandate werden zum einen durch unmittelbar gewählte Kandidaten besetzt, zum anderen über Kandidatenlisten von Parteien und Listenvereinigungen.
* VOLKSKONGRESSE - Sie bilden sich unmittelbar aus Betriebs-, Studenten-, Soldaten- und Volkskontrollräten, aus Bürgerinitiativen und anderen (basisdemokratischen) Interessenvertretungen. Sitze sind nicht personengebunden. Sie können von dem jeweiligen Mandatsträger von Fall zu Fall nach dem Kompetenzprinzip besetzt werden. Die Volkskongresse haben entscheidend über soziale, ökologische, politische und wirtschaftliche Konzepte zu entscheiden, aber auch die Produktion, die Verteilung, die Medien und den Sicherheitsapparat zu überwachen. Hier sind auch die demokratischen Strukturen unserer Gesellschaft weiterzuentwickeln.
(6) VOLKSBEFRAGUNGEN und VOLKSBEGEHREN sind zu ermöglichen. Ihre Ergebnisse sind verbindlich.
(7) Wie in der Politik, so muß auch für die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Ausbildungsbereiche, die Verwaltungen und den Sicherheitsapparat ein hohes Maß direkter Mitbestimmung gesichert werden. Die Gestaltung der internen Demokratie wird wesentlich durch die Mitarbeiter selbst und ihre gewählten (Betriebs-)Räte vorgenommen. Die Mitbestimmung muß in allen Bereichen bereits ab der Planungsphase wirksam werden können.
(8) Eine Verwaltungsreform hat die Aufwendungen für den gesellschaftlichen Überbau drastisch zu verringern und neu zu verteilen.

Nationale Fragen

(1) Die offene nationale Frage ist im europäischen Rahmen zu klären. Lösungen unter politischem und wirtschaftlichem Druck aus der BRD darf es nicht geben.
(2) Bestrebungen zur (Wieder-)Vereinigung mit der BRD ist am wirkungsvollsten mit einer praktikablen, demokratischen Konzeption für die Zukunft der DDR zu begegnen.
(3) Alle ausländischen Kräfte, die an der deutschen Zweistaatlichkeit interessiert sind, sollten dies öffentlich begründen und vertreten.
(4) Mit der BRD müssen wir uns völkerrechtlich einigen, doch nicht vereinigen.
(5) Wirtschaftlichem Ausverkauf und wirtschaftlicher Vereinnahmung ist dringend entgegenzutreten.
(6) Die DDR ist militärisch nicht zu sichern. Daher ist eine kurzfristige Demilitarisierung geboten, die die Ausgaben für den Sicherheitsapparat um mehr als 50% verringert. Dies Mittel sind unmittelbar für die politische, ökologische und wirtschaftliche Sicherung der DDR einzusetzen.
(7) Mit einer sozialen und ökologischen Alternative zur "freien Marktwirtschaft" sollte sich die DDR als weltoffenes Einwanderungsland, frei von nationaler Verengung profilieren.

Potsdam, 8.Jan.90

Kontakte:
"Vereinigte Linke"
O.-Nuschke-Str.
Potsdam
1560

6.1.1990

Mitbestimmung!

Ereignisse überschlagen sich. Unser Bewußtsein hat es schwer, ihnen zu folgen. Aber dennoch wird uns immer klarer, daß der Prozeß in unserem Lande echt revolutionären Charakter hat. Hören wir zu und denken wir nach: Was ist das eigentlich, was die Menschen auf die Straße treibt, was sie auf den Plan ruft in Diskussionen, in den Medien? Hören wir zu! Bleiben wir nicht stehen bei den Losungen - sie können auch falsch sein. Klammern wir uns nicht fest an der Einzelmeinung - sie sollte individuell sein. Aber was steht dahinter?

Das Streben, mitzureden.
Das Streben, gesellschaflich akzeptiert zu werden.
Das Streben, nach tatsächlicher, nicht formaler Mitbestimmung.

Dieser Drang schafft sich Raum in der Losung:"Mehr Demokratie!". Wir wissen jetzt sehr genau, was wir nicht wollen. Den zerstörerischen Teil erfüllt die Bewegung vorbildlich. Aber was wollen wir schaffen? Wie soll der Mechanismus aussehen, der die unzähligen Meinungen, die die üblichen Kanäle verstopft und zum Überlaufen gebracht haben, verarbeitet und umsetzt in Beschlüsse, Handlungen, Resultate?
Bis jetzt klingt die Antwort so:"Freie Wahlen!", "Parlamentarisches System!", "Rechtsstaat!", "Machtteilung!". Das ist zugkräftig und sammelt Punkte. Aber reicht die wirklich aus? Bringt uns das die Resultate, die Mitbestimmung, die wir wollen? Bei näherem Hinsehen fällt auf, daß diese Losungen doch schon beträchtlich Schimmel angesetzt haben. Sie riechen penetrant nach altem Käse. Der Weg erscheint als der nächstliegende, vertraute Weg. Aber gerade diese Vertrautheit sollte uns warnen. Schon mehrfach haben in der deutschen Geschichte "Freie Wahlen" bewiesen, daß sie ungeeignet, die Souveränität des Volkes zu verwirklichen. Die demokratische Weimarer Republik ging nahtlos in den Faschismus über. Die demokratische Ordnung nach 1945 konnte nicht verhindern, daß letzlich eine kleine Gruppe in der Parteiführung der SED die Macht usurpierte. Man schlägt uns also vor, zu Zuständen zurückzukehren, die zu der heutigen Misere führten. Wir sollen wieder jemand auswählen, an den wir unsere Verantwortung, unser Recht auf Mitbestimmungfür den Wahlzeitraum weiterdelegieren. Das Spektakel soll von vorn beginnen. Die Welt will betrogen sein!
"Man soll sich nicht durch andere vertreten lassen!"-wußte schon Konfuzius vor mehr als 2000 Jahren. Wir dürfen nicht bei freien Wahlen stehenbleiben. Wenn wir wirklich weiterkommen wollen,dürfen wir nicht auf Altes zurückgreifen, sondern müssen wir Neues, noch nicht Dagewesenes schaffen.
Stellen wir der Losung "Freie Wahlen" eine andere gegenüber: "Selbstverwaltung!". Ist das nicht der Sinn der Bürgerinitiative? Natürlich ist das unbequemer. Da reicht es nicht, seine Stimme abzugeben oder eine Losung zu tragen. Hier muß es Verantwortung und Mitarbeit geben. Das ist unbequem. Das müssen wir noch lernen. Wählen können wir schon, regieren noch nicht. Aber erst dann ist es doch wirkliche Mitbestimmung! Dann brauchen wir nicht mehr Schuldige für Fehler oder Machtmißbrauch zu suchen-wir selber haben alles zu verantworten.
Es wird nicht von heute auf morgen gehen. Wir werden Formen suchen, finden und einige auch verwerfen müssen. Aber wenn wir <u>wirklich</u> mitbestimmen wollen, wenn wir <u>wirklich</u> "mündige Staatsbürger" sind, dann wollen und müssen wir es schaffen. Wir haben die Wahl, zu Altem zurückzukehren oder Neues zu beginnen. Wir stehen zwischen Revolution und Konterevolution.

Freiberg, 15.11.1989 Klaus Halke

Konzeptionelle Vorstellung eines Studentenrates an der BAF

Die Neuorganisation des Studiums, der demokratischen Mitbestimmungs- und Rechtsverhältnisse und die Veränderung der Hochschulbestimmungen bedeuten überall an den Hochschulen den Aufbau einer wirksamen neuen Vertretung der Studenten.
Die Vertretung der Studenten auf Hochschulebene ist der Studentenrat, als gewähltes und basisdemokratisch legitimiertes Gremium an der Hochschule.
Das Grundkonzept bzw. die Aufstellung und der Inhalt von Arbeitsrichtlinien dieses Rates stimmen prinzipiell mit denen anderer Hochschulen überein. Spezifische Modalitäten werden allerdings berücksichtigt (Strukturen der Facheinrichtungen, Anzahl der Studenten usw.). Der Studentenrat der Bergakademie kann auf frühere Traditionen zurückgreifen, so auf Berichte des Studentenrates, der bis 1953 existierte.
Der Prozeß der Gewinnung der Studenten für diese neuen Strukturen und ihre Vertretung ist allerdings langwierig und wird von vielen Mißverständnissen (Rat-Bund) beeinflußt. Hinzu kommt, daß das Verständnis für den Rat, die Handhabung demokratischer Wahlen, die Organisation und Durchführung von Diskussionen - allgemein das Bewußtsein der Studenten, Rechte wahrzunehmen und sie durchzusetzen, äußerst gering entwickelt ist. Die "Handhabung" von Demokratie trat dabei als Hauptschwierigkeit zutage, der Rätegedanke ist aufgrund früherer Erfahrungen (FDJ) vielen nur eine zusätzliche Belastung hinsichtlich individueller Tätigkeit (deren Entfaltung).Die Fähigkeit über diese Räte eigene Interessen wirksam durchzusetzen und durchführbar zu machen, bleibt oft in eigener Bequemlichkeit stecken. Die Bereitschaft bei ~~bei~~ der Übernahme von Verantwortung und das Selbstverständnis der eigenen Macht ist schwach ausgeprägt.
Notwendig ist aber diese Vertretung jetzt schon, da damit begonnen wird,Entscheidungen, die die Studenten betreffen, zu fällen und somit das entstandene „Loch" des Überganges von FDJ zu Studentenrat ausgenutzt wird, um bestimmte Sachlagen (Wohnheime) und Fakten herzustellen.
Deshalb wird sich im Januar ein provisorischer Studentenrat an der Bergakademie bilden, der bis zur Wahl eines legitimierten Studentenrates (voraussichtlich Februar-März) in den Gremien der Hochschule (wissenschaftlicher Rat, gesellschaftlicher Rat) die Interessen der Studenten vertreten wird.
Die Zielstellung des Studentenrates liegt in der Vertretung der Interessen der Studenten (Wohnheime, Absolventenvermittlung, Lehrplangestaltung, Mitbestimmung über Verwendung von Studentenfonds usw.) und unterliegt somit keiner Einschränkung hinsichtlich weiterer Aufgabenstellungen, die sich aus den Interessen der Studenten ergeben.

Thomas Fechner
Student 3.Studienjahr
Initiativgruppe Studentenrat
Bergakademie Freiberg

(wegen mangelnder Reproduzierbarkeit abgetippt /red)

WAS DIE VEREINIGTE LINKE IN DEN BETRIEBEN WILL

(Vereinigte Linke Leipzig - Böhlener Plattform)

Für die Überwindung der Krise in unserem Land werden inzwischen die vielfältigsten Lösungsvorschläge unterbreitet. Eines haben sie alle gemeinsam: Die Arbeitenden werden nicht gefragt. Wieder soll Politik über die Köpfe der Menschen hinweg durch die alten und neuen Politprofis entschieden werden. Ein Unternehmerverband formiert sich, wetliches Management gilt als Zauberformel, die Angebote für joint ventures sind da, die Verhandlungen laufen auf Hochtouren.
Aber wo bleiben die ARBEITENDEN? Ist ihre Kompetenz, die 40 Jahre lang ignoriert wurde, wieder nicht gefragt?
Natürlich sind auch wir, die VL , der Meinung, daß sich unsere Wirtschaft nicht wie auf einer Insel entwickeln kann. Deshalb sind auch wir für die Unterstüzung durch westliches Management und für joint ventures. Aber Bedingung dafür ist, daß dieser Prozeß unter Kontrolle der Arbeitenden, der Arbeiter in der Produktion und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz erfolgen muß. Schluß mit der Geheimdiplomatie in wirtschaftlichen Angelegenheiten! Was wir jetzt brauchen ist nicht die "paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer", sondern die ÜBERNAHME DER PRODUKTION DURCH DIE ARBEITENDEN !
Lassen wir uns nicht in Arbeitgeber und Arbeitnehmer spalten "
Die VL engagiert sich für die Wahl von BETRIEBSRÄTEN. Sie sollen Organe der Werktätigen sein, mit deren Hilfe sie die Umgestaltung der Produktion zu einer höheren Effizienz vorantreiben. Diese Umgestaltung hat dem Umweltschutz, der sozialen Sicherheit der Werktätigen (einschließlich des Rechts auf Arbeit), der territorialen Infrastruktur und der Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu entsprechen. Dafür sind durch die Betriebsräte Perspektivpläne (Stabilisierung und Veränderung der Produktion, Sozialmaßnahmen für die notwendigen Qualifizierungen der Werktätigen, Beteiligung von ausländischem Kapital, Neuregelung der Beziehungen zum Territorium usw.) zu erarbeiten. In die Betriebsräte sollten Kollegen unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Parteien oder anderen Organisationen gewählt werden. Der Betriebsrat ist mit umfassenden Rechten, einschließlich des Vetorechts bei der Planung der Produktion zu versehen. Die Mitglieder der VL engagieren sich <u>innerhalb</u> der alten und neuen Gewerkschaften.
Die Gewerkschaften dürfen nicht zum "A&V" der "Ware Arbeitskraft" werden. Sie haben die volle Verantwortung für die ökonomische, soziale und politische Interessenvertretung der Werktätigen zu tragen. Durch das Vorhandensein von Betriebsräten müssen sich die Gewerkschaftsfunktionäre in Zukunft eine doppelte Kontrolle durch die Werktätigen gefallen lassen. Zum einen durch die Wahl innerhalb der Gewerkschaften, zum anderen durch die Wahl zu den Betriebsräten (Wahl durch die Gesamtbelegschaft). Wir müssen gemeinsam verhindern, daß bei der Neufassung des Arbeitsgesetzbuches die Rechte der Werktätigen beschnitten werden. (Mindestanforderungen müssen die, wenn z.Z. auch nur formal bestehenden Rechte des AGB, insbesondere der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, sein.)
Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit sollten sein:
- Kampf um DIREKTE GEWINNBETEILIGUNG der Werktätigen und die Durchsetzung des Leistungsprinzips für alle (jedoch dürfen subjektivistische Einschätzungen der Leistungen nicht zugelassen werden, Leistungseinschätzungen müssen innerhalb der Kollektive getroffen werden, die Kriterien für Leistungen und Löhne müssen für alle durchschaubar sein
- Kampf um gerechte NORMEN in allen Bereichen (d.h. die Normen dürfen nicht unter künstlich hergestellten Optimalbedingungen abgenommen werden)

- Kampf um SOZIALE SICHERHEIT der Werktätigen (insbesondre für kinderreiche und/oder alleinstehende Mütter/Väter, gesundheitlich benachteiligte Werktätige, Absicherung bei Krankheit)
- Kampf um die Zurückdrängung gesundheitsgefährdender Arbeit (Veröffentlichung aller Angaben über Materialien und Arbeitsprozesse mit gesundheitsschädigendem Einfluß, Regelung der Entschädigung, Erschwerniszuschläge, Neuregelung der Anerkennung von Berufskrankheiten...) und die Beseitigung der geistig monotonen und körperlich schweren Arbeiten
- Kampf für die GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAUEN im Arbeitsprozeß (insbesondre bei Entlohnung und Übernahme von Leitungsfunktionen)
- Kampf für die volle INTEGRATION DER AUSLÄNDISCHEN WERKTÄTIGEN in den Arbeitsprozeß (gleiche Rechte wie Bürger der DDR innerhalb der Produktion, einschließlich der Wahlen und Wahlfunktionen in Gewerkschaften und Betriebsräten, Überwindung der Isolation in gesonderten Arbeiterwohnheimen, Integration in das sozial-kulturelle Leben der Stadt)

Für die Gegenwart steht die Stabilisierung und Modernisierung der Produktion unter voller Berücksichtigung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Faktoren im Mittelpunkt. Perspektivisch müssen jedoch auch solche Bedingungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verlängerung des bezahlten Urlaubs, die Neuregelung der Altersversorgung usw. erreicht werden.
Organisiert Euch in Basisgruppen der VL für eine demokratische, ökologisch und sozial ausgerichtete Alternative in den Betrieben.
Die Basisgruppen sollten fünf bis zehn Mitglieder umfassen, die ihre Organisationsform selbst bestimmen.

Kontaktadressen der VL Leipzig: Annett Soege, 7030 Lpz., Simildenstr.10
Lutz Graf, 7031 Lpz., Erdmannstr. 5
Mathias Kramer, 7010 Lpz., Str.d.18. Oktober 25/413

Die BÖHLENER PLATTFORM ist der Versuch, linke progressive Kräfte auf der Grundlage folgender Minimalpositionen :
- gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln als vorherrschende und perspektivische Grundlage sozialistischer Vergesellschaftung,
- Ausbau der Selbstbestimmung der Produzenten in Verwirklichung realer Vergesellschaftung der gesamten ökonomischen Tätigkeit.
- der konsequenten Verwirklichung des Prinzips der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder,
- der politischen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, konsequenter Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte und freie Entfaltung der Individualtiät jedes Gesellschaftsmitgliedes und
- ökologischer Umbau der Industriegesellschaft

für die weitere Entwicklung unseres Landes in einer

V E R E I N I G T E N   L I N K E N

zusammenzufassen.
(Erklärung der Böhlener Plattform Anfang September 89)

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

ERKLÄRUNG

Die VEREINIGTE LINKE erklärt ihren Austritt aus der Regierung. Das Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu einem "Deutschland einig Vaterland" überschreitet gleich dreifach Grenzen linker Politik.
Erstens ist eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft nicht machbar, ohne sofort zwei Drittel der Betriebe zu ruinieren, Massenarbeitslosigkeit auszulösen und das politische Gleichgewicht in Europa zu zerstören. Selbst Westeuropa hat, trotz des viel geringeren Produktivitätsgefälles nach 40 Jahren noch keine Währungsunion erreicht.
Zweitens verstärkt diese wirtschaftsstrategisch unsinnige Position die Illusionen von Millionen Bürgern, daß ein Direktanschluß an die BRD und die D-Mark als Binnenwährung bundesdeutschen Lebensstandard sichern könnte, statt sachkundig gegen diese Illusionen aufzutreten. Damit wird der Wirtschaftsreform weiter der Boden entzogen und glaubwürdige Politik weiter zerstört. Der jetzt vorgelegte Plan von Modrow läuft wirtschaftspolitisch nicht auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus, sondern auf den bloßen Anschluß der DDR an die Wirtschaftsmacht Bundesrepublik Deutschland.
Drittens hat die Regierung diese Position wiederum ohne Austausch, Beratung und Abstimmung mit den am Runden Tisch organisierten Kräften entwickelt. Sie hat damit die Unfähigkeit demonstriert, Basisdemokratie als notwendige Stütze parlamentarischer Demokratie gerade in Krisenzeiten anzuerkennen, anzunehmen und zu praktizieren.
Umso dringender ist jetzt ein Bündnis aller Linkskräfte in diesem Land - nicht nur zur Wahl, sondern zur Wahrung der Chance eigenständiger Entwicklung. Das ist besonders nötig, um Entmilitarisierung und nicht nur Neutralität durchzusetzen, als wirkliche Grundbedingung dafrü, daß jede Art von deutsch-deutscher Zusammenarbeit und deutschem Zusammenschluß eine europäische und Weltbedrohung sicher ausschließen.

Berlin, den 2.Februar 1990 VEREINIGTE LINKE

Berliner Zeitung 3./4.02.1990 Seite 1

Vereinigte Linke erklärt ihren Regierungsaustritt

VL: Premier überschritt die Grenzen linker Politik

Berlin. ADN/BZ

Die Vereinigte Linke erklärt ihren Austritt aus der Regierung. Das Bekenntnis des Ministerpräsidenten zu einem „Deutschland, einig Vaterland“ überschreitet gleich dreifach Grenzen linker Politik, wurde gestern von der VL mitgeteilt.

Erstens sei eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD im Rahmen einer Vertragsgemeinschaft nicht machbar, ohne sofort zwei Drittel der Betriebe zu ruinieren, Massenarbeitslosigkeit auszulösen und das politische Gleichgewicht in Europa zu zerstören.

Zweitens verstärke diese wirtschaftsstrategisch unsinnige Position die Illusionen von Millionen Bürgern, daß ein Direktanschluß an die BRD und die D-Mark als Binnenwährung bundesdeutschen Lebensstandard sichern könnte. Der jetzt vorgelegte Plan von Modrow laufe wirtschaftspolitisch nicht auf eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten hinaus, sondern auf den bloßen Anschluß der DDR an die Wirtschaftsmacht BRD.

Drittens habe die Regierung diese Position wiederum ohne Austausch, Beratung und Abstimmung mit den am Runden Tisch organisierten Kräften entwickelt. Sie habe damit die Unfähigkeit demonstriert, Basisdemokratie als notwendige Stütze parlamentarischer Demokratie gerade in Krisenzeiten anzuerkennen, anzunehmen und zu praktizieren.

20-A

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

Stellungnahme der "Vereinigten Linken" Berlin zum Besuch Modrows in Bonn

Ministerpräsident Modrow hat in seiner Erklärung zu Beginn der Bonner Pressekonferenz in dankenswerter Offenheit zum Ausdruck gebracht, worüber er verhandelt hat: Über die Substanz der DDR, also ihre Bevölkerung und das Nettonationalvermögen von 1,4 Billionen Mark einschließlich des Staatseigentums von 980 Milliarden Mark und 6,2 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dies, so sagte Modrow, hat die DDR in ein künftiges Deutschland einzubringen. Bundeskanzler Kohl blieb in seinem Sinne nichts schuldig; er kündigte seitens der BRD an, daß immerhin die DM als schnellstes Pferd im bundesdeutschen Stall in's Wiedervereinigungsrennen geschickt wird. Modrow nützte die Gelegenheit, um vorwurfsvoll anzumerken, daß die, welche heute rasch und gern von einer instabilen DDR oder deren schwieriger Wirtschaftslage sprächen, den Preis der Vereinigung zu Lasten des Volkes drücken wollten. Wer fragt da noch, wer der Käufer und wer der Verkäufer ist? Ist noch immer nicht klar, wer den Preis macht und was verkauft werden soll? Hier wird mit einer BRD-Regierung verhandelt, deren Chef sich wiederum weigerte, die Nachkriegsgrenzen definitiv anzuerkennen und kurz darauf sogar verlauten ließ, mit ihm sei ein neutrales Deutschland nicht zu haben, selbst wenn eine Mehrheit dafür wäre. Angesichts dessen ist wohl auch die Antwort auf die Frage klar, was uns hinsichtlich des Prozesses der Angleichung der Rechts- und Sozialsysteme beider Staaten erwartet, wenn es nach der CDU geht: Legalisierung der Republikaner in ganz Deutschland, permanente Berufsverbotsandrohung für Linke und anpassungsunwillige Demokraten, Werktätige als Arbeitsmarkt-Freiwild mit allen bekannten Konsequenzen usw.
Baden-Würthenbergs Ministerpräsident Lothar Späth hat die Sache brutal auf den Punkt gebracht: Es geht um die *bedingungslose Kapitulation* der DDR zu den Bedingungen des wirtschaftlich Mächtigeren. Berghofer fordert in Stuttgart postwendend im Chor mit Späth, daß die DDR schnellstmöglichst die BRD-Wirtschaftsordnung übernehmen solle. Wer all dies ernst nimmt, versteht auch, warum die vollmundigen Hilfsankündigungen Kohls in Dresden schnöde Rhetorik geblieben sind und die Bonner Verhandlungen in Absichtserklärungen zur Bildung von Expertengremien für die Herbeiführung einer Wirtschafts- und Währungsunion "gipfelten". Es geht ganz einfach um die Verbesserung der Geschäftsbedingungen zum Sofortanschluß der DDR nach Wahlen am 18.März, wenn eine neue Regierung womöglich noch bereitwilliger darauf einzugehen bereit ist. Solange wird gewartet. Um so mehr, als man es mit einer DDR-Regierung zu tun hat, die wie ein Kaninchen vor der hilfsbereiten Schlange zurückweicht, bis endlich die Vereinigung im Magen der Schlange erfolgen kann. Mit Recht denkt sich Kohl, so wird sich die DDR schon selbst übergabereif zerrütten.
Bis auf einige Minister ohne Geschäftsbereich haben kaum noch Leute Grund, sich über die Strategie der CDU/CSU zu wundern. Wer jetzt seiner Enttäuschung Luft macht, muß lernen, daß er sich getäuscht hat, ohne getäuscht worden zu sein. Denn deutlicher, als mit fingierten Bankrottzuweisungen aus BRD-Regierungskreisen an die Adresse der DDR, wie vor der Modrow-Reise geschehen, kann man gar nicht die eigenen Absichten offenlegen.
Was ist zur Entwicklung Modrow'scher Regierungspolitik zu sagen? Nach Bekräftigung des Willens für einen eigenen Weg der DDR in der Antrittserklärung bedurfte es nur einiger Monate inkonsequenter Wirtschaftsreformspielchen, halbherziger Vergangenheitsbewältigung und steten Zurückweichens vor den ausufernden Konsequenzen selbst verschuldeten Rechtsdrucks, bis Modrow im Alleingang seinen 3-Punkte-Plan zur Wiedervereinigung zum Maßstab von Regierungspolitik machte. Das fragwürdige Wirtschaftsreformkonzept von Frau Luft hängt nun vollends in der Luft: Sobald alles nur noch von der Währungsunion spricht, sind selbst ihr die Grundlagen entzogen und die stellvertretende Ministerpräsidentin beschwert sich fassungslos bei Bonner Regierungsstellen, daß ihr Fortschritte in Sachen Währungsunion über die Presse bekanntgegeben werden. Die DDR-Regierung macht schon geraume Zeit keine "Reformpolitik" mehr, sondern handelt in "Nationaler Verantwortung" die Konditionen der Übergabe aus. Die beschwörenden Appelle der DDR-Regierung an die Adresse der BRD, den sozialen Besitzstand der DDR-Bevölkerung sichern zu helfen, sind falsch plaziert. Das Kapital hat nichts zu verschenken und wird seinen Schnitt machen - und sich dabei der Mitwirkung neuer alter Manager der DDR-Wirtschaft versichern, die als ehemalige Betriebs- oder Kombinatsdirektoren sicher schon auf Staatsbankkredite warten, um sich als Hauptgesellschafter bald reprivatisierter VEB's den neuen Herren anzubieten. Warum sollte hier ein der DDR zustehender Kompensationsbetrag für die gewaltigen Reparationsleistungen, welche die DDR auch anstelle der Marshall-Plan-gepäppelten BRD nach dem Krieg zu zahlen gezwungen war (und den Modrow jetzt verschämt "Solidarbeitrag" nennt) noch gezahlt werden? Einen solchen Lastenausgleich wird es nicht geben, wohl aber dosiertes Kapital zu genau kalkulierten Verwertungsbedingungen.
Langsam wird überall in der Bevölkerung klar, was da auf uns zurollt. Und klarer wird auch, auf wessen Kosten die Sanierung der DDR a la Anschlußpolitik gehen wird: Eigentumsansprüche alter und neuer Boden-, Grundstücks- und Immobilieneigner, Enteignungsdruck und Reprivatisierungskurs bei Massenbankrotten und explodierenden Arbeitslosenraten, Sozialabbau bis hin zur Schulspeisung und Reallohnsenkungen für die werktätige Bevölkerung auch in der BRD.
Dafür ist die Bevölkerung der DDR im Oktober nicht auf die Straße gegangen. Auch die Menschen, welche heute infolge des Fehlens jeder greifbaren Alternative bei Massendemonstrationen die Wiedervereinigung als Sofortlösung befürworten, werden sich vielleicht bald mit den anderen vom Oktober auf der Straße wiedertreffen, wenn gegen den Sozialabbau demonstriert werden muß. Schließen wir alle uns zusammen, um uns zu wehren! Lassen wir uns nicht einreden, es gäbe für uns keine andere Chance, als uns bedingungslos neuen Ausbeutern zu unterwerfen! Eine konsequente Wirtschaftsreform bei Stärkung der Werktätigen-Mitspracherechte ist nur von der Regierung, nicht aber durch uns von der Tagesordnung gestrichen worden! Die internationale Wirtschaftskooperation nicht auch auf andere Partner zum gegenseitigem Vorteil auszudehnen hat keinen anderen Grund, als den der Kapitulation vor bundesdeutscher Wirtschaftübermacht! Die Regierung wird weder den sozialen Besitztstand des werktätigen Volkes, noch unser Recht auf einen besseren Weg als den des uns offerierten gediegenen BRD-Kapitalismus verteidigen! Vor der Einheit Deutschlands zu *bundesdeutschen Bedingungen* hat die Einheit der Werktätigen bei der solidarischen Verteidigung ihrer Rechte *unter allen Bedingungen* Vorrang.

Berlin, den 16.2.1990

20-B

Büros der INITIATIVE VEREINIGTE LINKE

Erfurt	Büro der VL	Lutherstr.5	Erfurt 5020	
Dresden	Büro der VL	K.-M.-Platz 2d	Dresden 8060	Tel.:598 28 44
Güstrow	Büro der VL	PSF 153	Güstrow 2600	
Halle	Büro der VL	Röpziger Str.14	Halle 4020	Tel (nur Mo.) 2987
	Büro der VL	im Reformhaus	Halle 4020	Tel.: 25537
Karl-Marx-Stadt	Büro der VL	K.-M.-Allee 12	K.-M.-Stadt 9020	Tel.: 6552064/96
Leipzig	Büro der VL	Bernhard-Göring-Str.152	Leipzig 7030	Tel.: 39 111 49
Mühlhausen	Büro der VL			Tel.: 6771
Potsdam	Büro der VL	Otto-Nuschke-Str.53	Potsdam 1560	Tel.: 22092
Rostock	Büro der VL	Ernst-Barlach-Str.2	Rostock 2500	Tel.: 22184
Berlin	Büro der VL	Friedrichstr.165	Berlin 1080	Tel.: 2202091/41, 2292962, 2291190
Magdeburg	Büro der VL	AWH KWZ/409	Zielitz 3215	Tel.: 42883
Neubrandenburg	Büro der VL		Neubrandenburg 2000	Tel.: 5131
Gera	Büro der NELKEN	Pl. d. Thälmannpioniere 1		Tel.: 22708
Cottbus	Büro der VL	postlagernd	Cottbus 7500	
Eisenach	Büro der VL	Georgenstr.52 - PSF 74	Eisenach 5900	
Frankfurt/Oder	Büro der VL	PSF15	1260 Strausberg 2	Tel.: 422884

Ergänzungen nach Drucklegung!

Aufgrund eines Übermittlungsfehlers mußten noch nach Drucklegung einige Ergänzungen vorgenommen werden. Insbesondere die Erklärung zum Austritt aus der Regierung sollte nach der Eintritts-Erklärung eingefügt werden. Aus technischen Gründen wurden alle Ergänzungen auf dem selben Druckbogen angeordnet.

Die Ergänzungen sind:

Ergänzungs-Seite 20-A: Erklärung (Austritt aus der Regierung). 2.2.1990
Ergänzungs-Seite 20-B: Stellungnahme der VL Berlin zum Besuch Modrows in Bonn. 16.2.1990
Ergänzungs-Seite 02-A: Inhaltsverzeichnis (mit Ergänzungen)
Ergänzungs-Seite 02-B: Büros der Initiative Vereinigte Linke / Ergänzungen nach Drucklegung

die Ergänzungs-Seiten können bei Bedarf an die entsprechenden Stellen eingefügt werden.

Inhalt (mit Ergänzungen)

GEMEINSAM GEGEN RECHTS

WAS WILL DIE „VEREINIGTE LINKE"?

AKTIONSEINHEIT GEGEN:

– „Teutschtümelei", Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
– moralischen und wirtschaftlichen Ausverkauf unseres Landes
– eine Diktatur der Intoleranz

AKTIONSEINHEIT FÜR:

– zwei friedliebende deutsche Staaten im gemeinsamen Haus Europa
– eine entstalinisierte demokratische Alternative in der DDR
– Erhalt sozialer Grundwerte aller Menschen in einer gesunden Wirtschaft
– Humanismus und Antifaschismus

Die „VL" hat sich am 19. Dezember 1989 in Erfurt konstituiert.

Wir sind offen für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung.

TUN WIR ETWAS, BEVOR UNS WAS GETAN WIRD!

RsG 16/636/89

(wg. mangelnder Reproduzierfähigkeit abgetippt /red)

ERKLÄRUNG DER INITIATIVGRUPPE ERFURT
"FÜR EINE VEREINIGTE LINKE"
ZU DEN WAHLEN AM 6.MAI 1990

Die Initiativgruppe Erfrut "Für eine Vereinigte Linke" spicht sich f ü r e i n e W a h l b e t e i l i g u n g der "VL" sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene aus. Das bedeutet, daß wir die Zulassung auch von politischen Gruppen und Organisationen zu den Wahlen fordern und gegen einen ausschließlich parteienorientierten Parlamentarismus sind. Die "VL" sieht sich als a l t e r n a t i v e W a h l p l a t t f o r m für alle sich links verstehenden Gruppen und Personen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Parteien oder anderen Organisationen. Sie wird zu den Wahlen mit eigenem Profil und eigenem Programm auftreten. Die Arbeitsgruppe Programm/Struktur wird bis zur nächsten Vollversammlung Grundzüge eines Wahlprogramms ausarbeiten und vorstellen. Dieser Entwurf wird nach der Abstimmung darüber dem Zentralen Sprecherrat zugeleitet.
In Abhängigkeit vom Wahlgesetz sehen wir zwei prinzipielle Möglichkeiten der Beteiligung an Parlamentswahlen: Entweder mit eigenen Kandidaten aufzutreten (ähnlich dem Wahlkreis-System in der Sowjetunion) oder sich als politische Gruppierung insgesamt mit unserem Programm den Wahlen zu stellen. Eigene Kandidaten der "VL" müßten unabhängig sein, d.h. dürften keinen anderen zur Wahl zugelassenen Organisationen angehören.
Für W a h l b ü n d n i s s e ist die "VL" grundsätzlich o f f e n. Über solche Wahlbündnisse auf DDR-Ebene muß aber unbedingt und in jedem Fall von der Basis derjeweiligen Initiativgruppen abgestimmt werden. Zu späteren Kommunalwahlen können auch territorial unterschiedliche Bündnisse eingegangen werden: die territorialen Gruppen entscheiden darüber in Eigenverantwortlichkeit.

I.f.VL Erfurt
10.1.1990

ANTRAG DER INITIATIVGRUPPE ERFURT
" FÜR EINE VEREINIGTE LINKE "
AN DEN "RUNDEN TISCH DER DDR " IN BERLIN
(beschlossen am 10.1.90)

Wir setzen uns für eine sich radikal erneuernde, souveräne DDR ein. Wir halten den Konsens am "Runden Tisch" in folgender Frage für gegeben:
Die innere Stabilität der DDR ist durch faschistische und stalinistische Aktivitätem im Untergrund gefährdet. Wir erachten aus diesem überlebenswichtigen Grund die Schaffung eines staatlichen Organs für notwendig, das im Zeitraum bis zum 6.Mai 1990 Gründe, Interessenten und Methoden solcher Aktivitäten aufklärt. Seine Arbeitsweise und Zusammensetzung sind durch den Ministerrat u n d den "Runden Tisch" festzulegen sowie streng und sicher zu kontrollieren. Für dieses Organ müssen geeignete, unbescholtene Bürger herangezogen werden; man darf die Einbeziehung einschlägiger Akten und kompetenter Mitarbeiter des ehemaligen MfS nicht von vornherein grundsätzlich ausschließen.
Die bisherige Rechenschaftslegung der Regierung und ihre Maßnahmen auf diesem Gebiet sind nicht überzeugend. Wir fordern daher den schon mehrfach angemahnten, detailierten Bericht der Regierung zur innenpolitischen Lage, aus dem einleuchtend die Konsequenzen eines andauerden Vakuums auf dem Gebiet der inneren Sicherheit für unser Land und jeden seiner Bürger hervorgehen müssen.

I.f.VL Erfurt

(wg. Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

POSITIONSPAPIER DER VEREINIGTEN LINKEN ROSTOCK

Die Vereinigte Linke Rostock begrüßt die nun endlich endgültige Auflösung des MfS, AfNS und die Ü*bernahme der Positionen der Opposition zur Neubildung der Dienste erst nach den Wahlen am 6.Mai durch Regierung und Volkskammer. Die unzureichende Informationspolitik der Regierung zu dem Sachverhalt - Auflösung der beiden Ämter - sehen wir als mitverantwortlich an der Eskalation der Gewalt. Gleichzeitig kritisieren wir auch die derzeitige Konzeption der Regierung Modrow, insbesondere die durch Ministerin Luft verfolgte Wirtschaftpolitik. Es scheint so, daß die politische Phantasie der Regierung nur zur Übernahme eines in der BRD existierenden Wirtschafts- und Staatsmodells reicht, ohne die Kritik in der BRD an diesem Modell sowie unsere eigenen wirtschaftlichen und historischen Voraussetzungen zu berücksichtigen. Dieser "Umbau" wird hinter dem Rücken des Volkes vorgenommen, wie die Veränderungen des Artikels 12 der Verfassung zeigen. Die Entwicklungen in Ungarn und Polen zeigen deutlich an, daß diese Art von Wirtschaftskonzeption einer sozialen Marktwirtschaft nur noch tiefer in die wirtschaftliche und damit politische Krise führt. Mit der jetzt von der Regierung Modrow durchgeführten Wirtschaftsreform kommen wir zwangsläufig in einseitige unumkehrbare Abhängigkeiten vom BRD-Kapital. Verstärkt wird diese Diskrepanz zwischen den Regierungsaktivitäten auf rein wirtschaftlichem Gebiet und der demokratischen Erneuerung in den Betrieben.

Wir stellen fest, daß der FDGB nicht in der Lage ist, die Interessen der Werktätigen authentisch zu vertreten. In einer zukünftigen ausdifferenzierten Wirtschaft müssen starke Betriebsräte und Gewerkschaften Hand in Hand gehen. Die Polemik gegen den Betriebsrätegedanken ist unzeitgemäß und politisch schädlich. Deshalb fordern wir die sofortige Schaffung eines Betriebsrätegesetzes, in dem die demokratische Wahl von Betriebsräten durch die Belegschaft garantiert ist und deren Rechte und Pflichten festgelegt sind.

Gleichzeitig fordern wir ein Gesetz, das die Existenz von Bürgerräten und -/kommitees auch über den 6.Mai hinaus garantiert. Diese basisdemokratischen Formen der Volksvertretung können als Korrektiv zu einseitigen Parteiinteressen und zunehmend kommerziellen Interessen wirken und geben den Bürgern die Möglichkeit direkter Interessenvertretung. Darum ist es wichtig, daß noch vor den Wahlen ein Volkskongreß der Betriebsräteinitiativen, Bürgerräte bzw. -/kommitees, Studenten- und Soldatenräte und Bürgerbewegungen zusammentritt. Wir bitten alle Einzelpersonen, Parteien, Bürgerbewegungen und Bürgerkommitees, die basisdemokratische Formen direkter Demokratie zu unterstützen, die Vorbereitung und Realisierung eines solchen Volkskongresses über alle politischen Unterschiede hinweg mitzutragen und sich an der Vorbereitung zu beteiligen. Zu den Wahlen am 6.Mai erwarten wir, daß politische Bürgerbewegungen zugelassen werden. Außerdem verlangen wir die Nichtzulassung von Parteien und Gruppen mit rechtsradikalem, rechtsextremistischem oder faschistischem Gedankengut.

Wir verurteilen die immer noch schleppende Entstalinisierung und Säuberung der SED-PDS. Die derzeitige Politik der SED-PDS bzw. ihres Apparats hinkt immer noch hinter den Erfordernissen einer Partei des demokratischen Sozialismus hinterher. Wir fordern die SED-PDS auf, ihre Mandatsträger im Partei- und Staatsapparat in Hinsicht auf Amtsmißbrauch, Stalinismus und Korruption zu überprüfen und wenn nötig, sie zurückzuziehen und durch den Ideen des demokratischen Sozialismus verpflichtete Genossen zu ersetzen. Im Augenblick sehen wir in der SED-PDS einen innenpolitischen Krisenfaktor, der die gesamte Linke der DDR diskreditiert.

Von den ehemaligen Blockparteien LDPD, CDU, DBD, NDPD und von der SED-PDS erwarten wir eine Offenlegung der Parteifinanzen und ein deutliches Schuldbekenntnis bzw. Selbstkritik betreffs ihrer Mitschuld an der jetzigen Krisensituation.

Unser Standpunkt ist: Um erneute Mitverantwortung zu tragen, reicht es nicht aus, neue Ziele zu formulieren und den politischen Schwarzen Peter allein der ehemaligen SED zuzuspielen. Die Blockparteien rehabilitieren sich auch nicht, indem sie jetzt schleunigst Positionen der Opposition übernehmen bzw. Bündnismöglichkeiten angieten. Wir erwarten von diesen Parteien eine eindeutige Position zur jetzigen Koalitionsregierung auf allen Ebenen.

Wir bitten die im Wahlbündnis 90 verbündeten Parteien und Bürgerbewegungen, bei aller, auch von der Vereinigten Linken Rostock getragenen Kritik an der derzeitigen offiziellen Politik der Regierung und der SED-PDS, diese nötige politische Auseinandersetzung sachlich zu führen. Die Anzeichen von Progrom- und

6.1.1990

Kreuzzugstimmungen bei von ihnen organisierten Demonstrationen und Kundgebungen nehmen immer schärfere Formen an. Diese Stimmung, so meinen wir, stabilisiert lediglich die konservativen, stalinistischen Kräfte im Staats- und Sicherheitsapparat sowie im Parteiapparat. Außerdem etablieren sich auf diesem undifferenzierten Hintergrund zunehmend rechtsextremistische Kräfte.

Die Vereinigte Linke Rostock appelliert an alle linken, nichtstalinistischen, baisisdemokratischen und ökologisch orientierten Kräfte im ganzen Land, sich zusammenzuschließen, um eine gerechte Gesellschaft in unserem Land zu errichten.

Rostock, 17.1.90
Vereinigte Linke Rostock

(wegen Nichtreproduzierbarkeit abgetippt /red)

An die Regierung der DDR

Die Vollversammlung der Vereinigten Linken Rostocks betrachtet mit zunehmender Sorge die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung in der DDR. Einerseits bedarf die jetzige Situation zur Rettung unserer Wirtschaft rascher Entschlüsse, andererseits besteht die Gefahr, daß Leitungen ohne rechtliche und demokratische Legitimation Verträge abschließen, deren Folgen wir alle tragen müssen, aber derzeit für uns nicht absehbar sind.

Das betrifft vor allem die Regelung zum Verkauf von Volkseigentum an private Gesellschaften und Einzelpersonen und die Ermutigung zu Joint Ventures. Deshalb fordern wir:
- Die Veröffentlichung der "vorläufigen Regelungen" für die Bildung privater Betriebe sowie von Klein- und Mittelbetrieben auf halbstaatlichen und genossenschaftlicher Grundlage
- die Offenlegung des derzeit in zweiter Lesung befindlichen Gesetzentwurfes zur Bildung und Tätigkeit gemeinsamer Unternehmungen auf DDR-Territorium sowie deren Diskussion

Gleichzeitig bedarf es einer verantwortungsbewußten Informationspolitik, die nicht nur die Entscheidungen mitteilt, sondern es ermöglicht, auch die Folgen abzuschätzen. Hier wäre für den im Prozeß der Erneuerung befindlichen FDGB ein wichtiges Arbeitsfeld, dessen Bearbeitung von den Interessenvertretern der sozialistischen Eigentümer dringend erwartet wird.

Dieser Brief soll dazu beitragen, das Vertrauen zwischen der Regierung Modrow und der Öffentlichkeit unseres Landes durch Transparenz zu erhalten und zu vertiefen. Er ist außerdem an die Vertreter der VL in Berlin gerichtet, um unseren Forderungen am Runden Tisch noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Vereinigte Linke (Rostock)

trägt die VL Rostock mit und wurde von VL-Mitglied mit erarbeitet

Für Demokratie an unseren Schulen

Brief des Rostocker Bürgerrates an alle Pädagogen und Eltern der Stadt

Im Januar 1990

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Als Arbeitsgruppe „Bildungswesen" des Rostocker Bürgerrates wenden wir uns mit diesem Schreiben an Sie und erbitten Ihre Aufmerksamkeit.

Im Bürgerrat haben wir uns die Aufgabe gestellt, die Stadtverordnetenversammlung und den Rat der Stadt – die aus zumindest fragwürdigen Wahlen hervorgegangen sind – und ihre Organe bei der nötigen konsequenten Demokratisierung des Lebens in unserer Stadt durch basisdemokratische Mitwirkung zu unterstützen und zu kontrollieren.

In seiner Erklärung vom 7. Dezember 1989 hat sich der Rat der Stadt zu einer demokratischen Kontrolle durch den Rostocker Bürgerrat bekannt.

Was wollen wir?

Wir wollen als Vertreter der verschiedenen neuen demokratischen Bewegungen, Parteien und Initiativen die konsequente Demokratisierung des bisherigen ideologisch indoktrinären und zentralistisch-administrativen Schulwesens unserer Stadt vorbereiten und durchsetzen. Dazu wollen wir die verschiedenen Vorschläge und Konzepte bündeln, aus ihnen praktische Konsequenzen ableiten und ihre Einlösung von der immer noch in alten Denkweisen befangenen Leitung des Schulwesens unserer Stadt, dem Stadtschulrat, der Abteilung Volksbildung und der Ständigen Kommission „Bildungswesen", fordern.

So lange es noch kein allgemein akzeptiertes und demokratisch legitimiertes Bildungskonzept für unsere Gesellschaft gibt, richten wir unsere gegenwärtigen Bemühungen auf den konsequenten Abbau der stalinistischen Strukturen in unseren Schulen, den Abbau der Strukturen der Bevormundung, der Gängelei und der Heuchelei, damit unsere Kinder möglichst schnell die Möglichkeit erhalten, den aufrechten Gang als mündige Bürger zu lernen.

Was haben wir bisher getan?

In einer ersten Zusammenkunft am 3. Januar 1990 mit dem Stadtschulrat Gustav Bendlin haben wir folgende Forderungen erhoben:

— Sofortiger Abbau der alten zentralistisch-administrativen Strukturen und zügiger Aufbau von Strukturen der demokratischen Mitwirkung an den einzelnen Schulen und am Bereich Bildungswesen der Stadtregierung

31

— [illegible] Begrenzung des ausschließlichen Weisungsrechtes der Direktoren auf die [illegible]nisatorische Leitung der Schulen

— [illegible] die Entscheidung konzeptioneller, pädagogischer und fachlicher Fragen ist [illegible] Direktorat ein entscheidungsberechtigter Rat aus Schüler-, Lehrer- und Eltern[illegible] zuzuordnen

— [illegible] Freigabe der Lehrpläne für die besonders ideologieintensiven Fächer — [illegible] Geschichte und Staatsbürgerkunde bereits teilweise geschehen — und [illegible] Demokratisierung der Erziehungsziele und Bildungsinhalte unter basis[illegible]kratischer Kontrolle der Schüler-, Lehrer- und Eltern-Räte

— [illegible] Sicherung der notwendigen Weiterbildung und Umschulung der Lehrer [illegible] diese demokratische Umgestaltung, einschließlich der Umschulung der Ru[illegible]-Lehrer

[illegible] wir [illegible]?

[illegible] Schülern, Lehrern und Eltern, die an einer unverzüglichen Entstalinisierung [illegible] Schulen interessiert sind, schlagen wir vor, an den Schulen sofort verschie[illegible] Formen der basisdemokratischen Mitwirkung und Kontrolle zu bilden.

[illegible] insbesondere Räte von Schüler-, Lehrer- und Elternvertretern [illegible] Räte sollten an jeder Schule existieren und eine [illegible] erhalten als die bisherigen Formen (Elternaktive, -beiräte, Pädagogischer [illegible]) an der führenden Rolle der SED beherrscht wurden und ja auch nur [illegible] hatten.

[illegible]

— [illegible] für die wichtigen Informationen freien und ungehinderten Zugang haben.

— [illegible] Probleme der eigenen Schule gemeinsam diskutieren können und gemeinsam [illegible] der staatlichen Leitung eine echte Entscheidungsbefugnis haben, so wie die [illegible] Leitung (der Direktor) nur im Einvernehmen mit diesen Räten ent[illegible] können soll; dies sollte auch für den Schuljahresarbeitsplan und für [illegible]entscheidungen gelten,

— [illegible] Entscheidungen über den Rahmen der eigenen Schule hinaus wirksame Mit[illegible]rechte wahrnehmen.

[illegible]

— [illegible] Vertretern der Schüler, der Lehrer und der Eltern bestehen,

— [illegible] demokratisch gewählt werden, daß sie tatsächlich Interessenvertreter und nicht [illegible]glich ihre eigenen Sprecher sind,

— [illegible] öffentlicher Ansprechpartner für ihre Wähler und durch Mehrheitsbeschluß [illegible] wieder absetzbar sein.

[illegible] wollen wir besonders die Eltern ermutigen, sich intensiv an der demokrati[illegible]rung der Schule zu beteiligen.

Was erwarten wir?

Wir erwarten, daß solche basisdemokratischen Aktivitäten gegenwärtig auch zur Sicherung der Stabilität des Unterrichts beitragen.

Damit wir unsere Aufgabe wirklich erfüllen können, damit wir gegenüber dem Rat der Stadt die Interessen der Bürger, der Schüler, Lehrer und Eltern unserer Stadt wirklich durchsetzen können, erwarten wir

— von Schülern, Lehrern und Eltern,

— von den verschiedenen Schüler-, Lehrer- und Elternvertretungen

— sowie von den zu bildenden Schüler-, Lehrer- und Elternräten an den einzelnen Schulen

Informationen und Meinungen

über Schwierigkeiten, Ver- und Behinderungen bei der Entstalinisierung unserer Schulen sowie über Initiativen, Vorschläge und Erfahrungen bei der Demokratisierung unserer Schulen.

Wir bitten um Ihre Mitarbeit und grüßen Sie.

Rostocker Bürgerrat
— Arbeitsgruppe Bildungswesen —
Rathaus
Rostock, 2500

Weitere Kontaktadressen sind:

für den Nordosten — Jürgen Penthin, Villis-Lacis-Straße 10

für den Nordwesten — Elisabeth Krummacher, Lichtenhagen-Dorf, Admannshäger Weg A, PF 112

für die Südstadt — Klaus-Dieter Blanck, Platz der Freundschaft 9

für die Innenstadt — Dr. Heinz-Jürgen Staszak, Friedrich-Engels-Platz 2

Satzung der vereinigten Linken Halle

Die Initiative "Vereinigte Linke" geht zurück auf ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, das Anfang September 1989 in Böhlen stattfand. Die Teilnehmer erarbeiteten sich eine vorläufige Plattform zum gemeinsamen Handeln gegen die stalinistische SED-Führung später aber auch stärker gegen den Rechtsdruck in der DDR. Ziel der Initiative blieb, die Zersplitterung der Linken zu überwinden und gemeinsam nach einer sozialistischen Alternative im Interesse der Werktätigen zu suchen.

In der "IVL" können unterschiedliche linke Gruppen und Einzelpersonen (Marxisten, Trotzkisten, Anarchisten, religiöse Sozialisten) mitarbeiten, ohne ihre Autonomie zu verlieren. Sie ist offen auch für enttäuschte linke Mitglieder der SED sowie anderen Parteien und Bewegungen, lehnt aber die Einbeziehung von Stalinisten, Terroristen und Opportunisten ab. Sollte eine linke Plattform innerhalb der SED entstehen, sieht die "VL" Möglichkeiten zu deren Einbeziehung bzw. zur Zusammenarbeit. Es muß aber deutlich darauf hingewiesen werden, daß die "VL" weder eine Geburt der SED noch gar deren Anhängsel oder Blitzableiter darstellt oder darstellen wird. Im Gegenteil dazu ist sie als integraler Bestandteil der Oppositionsbewegung der letzten Monate und Jahre zu verstehen - sich dabei allerdings immer auf eine sozialistische Alternative orientierend.

Die "VL" betrachtet sich als Zweckbündnis und nicht als Partei. Trotzdem wird sie sich im Rahmen ihres Selbstverständnisses auch an einer Wahl beteiligen. Das heißt zunächst, die rechtliche Möglichkeit zu erkämpfen, daß nicht nur Parteien, sondern auch Wählerinitiativen oder Einzelgruppen kandidieren können. Darüber hinaus wird ein konkretes Wahlverhalten abgestimmt werden, das auf Empfehlung, Koalition oder eine eigene Wahlplattform hinauslaufen kann.

Aus bisherigen Diskussionen in Halle ergeaben sich folgende Gemeinsamkeiten verschiedener linker Gruppen - Positionen:

- das Ziel, die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der DDR aufrechtzuerhalten,
- das Bestehen auf Dominanz gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln als wichtigstem Schutz vor Ausbeuterwillkür,
- konsequentes Auftreten gegen Rassisten, Faschisten, Militaristen sowie gegen Stalinisten,
- Schutz und Verwirklichung der ungeteilten Menschenrechte nach UNO-Definition,
- konsequente Basisdemokratie innerhalb der "VL" unter Beibehaltung ihrer Arbeitsfähigkeit,
- die Entwicklung dierekt demokratischer Strukturen in allen Bereichen der Gesellschaft (u.a. Rätedemokratie)

Diskutiert werden weiterhin:

- konzeptionelle Überlegungen zur Gestaltung einer sozialistischen Wirtschaft,
- die Einberufung eines unabhängigen Volkskongresses als verbindliche Grundlegung für die Programme zukünftig Regierender,
- die Bündnispolitik der "VL"
- Schritte zur Unterstützung und Propagierung alternativer Lebensformen und linker Bildungskonzepte,
- die Entwicklung gesellschaftsstrategischer Alternativen mit dem Ziel, unsere natürliche Umwelt zu erhalten bzw. wieder herzustellen,
- Möglichkeiten zur Unterstützung der Völker in ihrem Kampf gegen kapitalistischen Raubbau und Neokolonialismus,
- Schritte zur Entwicklung Europas,
- konkrete politische Aktionen.

Die "Initiativgruppe" Halle wird folgendermaßen arbeiten:

1. Wir führen zunächst wöchentlich Vollversammlungen durch. Die Vollversammlung ist das Gremium, in dem alle grundlegenden Entscheidungen getroffen werden und dem gegenüber alle autorisierten Personen, Gruppen usw. rechenschaftspflichtig sind.

2. Stimmberechtigt sind alle, die sich an der Arbeit der "IVL" beteiligen und die sich mit Name + Adresse in die Verteiler liste eintragen, Gäste haben stets beratende Stimme.

3. Die Vollversammlung wählt einen Sprecherrat, der die "IVL" Halle nach außen vertritt. Die Sprecher sind gegenüber der Vollversammlung rechenschaftspflichtig und können mit einfacher Mehrheit abgewählt werden. Alle sechs Monate kann ein neuer Sprecherrat gewählt werden.

4. Die beteiligten Gruppen behalten volle Autonomie, müssen aber, wenn sie im Namen der "IVL" sprechen, von der Vollversammlung autorisiert sein. Ihre Veröffentlichungen (Flugblätter, Aufrufe etc.) unterzeichnen die Gruppen mit ihrem eigenen Namen und verweisen zugleich auf ihre Mitarbeit im Bündnis "Vereinigte Linke".

5. Kontakte zu anderen Parteien und Organisationen im In- und Ausland sollten in der Vollversammlung koordiniert werden.

6. Die Finanzierung gemeinsamer Projekte (u.a. Druckerzeugnisse) erfolgt durch wöchentliche Spenden. Die Vollversammlung autorisiert eine oder mehrere Personen zur Verwaltung der Finanzen, trifft Entscheidungen über deren Verwendung und nimmt Rechenschaft darüber entgegen.

7. Die "IVL" ruft regionale Arbeitsgruppen ins Leben und beteiligt sich an den überregionalen (nationalen und internationalen) Aktivitäten sowohl der "IVL" selbst als auch anderer Initiativen.

8. Die "IVL" schafft sich eine regionale und überregionale informelle Struktur. Angestrebt werden eine eigene Zeitung und ein eigenes Büro, für das auch als Zentrales Büro der "IVL" geworben werden soll.

Die "IVL" Halle ist unter folgender Adresse erreichbar:

Büro der VL

Röpziger Straße 19

Halle

4.0 2 0

Von hier aus werden Informationen an einzelne Mitarbeiter, Arbeitsgruppen etc. weitergereicht.

FÜR EINE SOZIALISTISCHE RÄTEREPUBLIK

In Sorge, um die Zukunft unseres Landes wenden wir uns als Marxisten an ALLE! die einen demokratischen Sozialismus wollen. In der DDR, die ihre Existenzberechtigung aus ihrer sozialistischen Entwicklung erklärt, steht die Überlebensfrage des Sozialismus. Partei- und Staatsapparat haben uns in die schwierigste gesellschaftliche Krise geführt. Diese Krise ist keine Krise des Sozialismus schlechthin, sondern die des bisherigen, des stalinistischen.

Die Chance für einen Neubeginn hat das Volk mit der Oktoberrevolution 1989 eröffnet.
Um sie zu nutzen, müssen wir uns vom stalinistischen Modell radikal trennen. Seine administrativ-zentralistischen und bürokratischen Säulen sowie das darauf beruhende System der Angst vor Konsequenzen bei wahrhaft demokratischer Willensbildung müssen hinweggefegt werden. Schaffen wir neue, wirklich demokratische Strukturen, die Machtfülle und -mißbrauch sowie Disziplinierung und Entmündigung des Volkes durch Einzelne oder Gruppen unmöglich machen!
Besinnen wir uns der revolutionären, basisdemokratischen Traditionen, beleben wir diese mit zeitgemäßen Inhalten, und beginnen wir endlich einen wahrhaft demokratischen Sozialismus aufzubauen.
Solche Traditionen sind in der Rätebewegung zu suchen. Diese blieb in der Novemberrevolution 1918/19 auf halbem Wege stehen und auch nach dem Neuanfang, in den Jahren nach 1945, wurde sie durch den Stalinismus beseitigt.
Führen wir die Rätebewegung endlich zum Erfolg, indem wir auf allen Ebenen, von unten nach oben, eine sozialistische Rätedemokratie aufbauen. Das Volk muß der wahre Souverän seines Handelns werden.
EILE TUT NOT! Die Zeit arbeitet gegen uns. Je später wir anfangen, desto größer wird die Gefahr, auch die letzte Chance zu vertun.

Ausgangspunkt für Leben und damit für den Sozialismus bleibt die Erhaltung des Friedens und des natürlichen Lebensraumes der Menschen. Bisher existierende Gesellschaftsmodelle, ob Kapitalismus noch stalinistischer Sozialismus, haben es nicht vermocht, diese Lebensfragen zu lösen.

Wir unterbreiten daher als Diskussionsgrundlage unsere Plattform, die Hauptrichtungen einer demokratischen Erneuerung des Sozialismus umreißen will.

DIE "FÜHRENDE ROLLE" DES VOLKES

Alle Macht muß vom Volk ausgehen. Deshalb sind auf allen Ebenen Räte zu bilden, über die die Interessen der Menschen durchgesetzt werden. Räte sind betrieblich und kommunal durch Vollversammlung direkt und geheim zu wählen. Alle Mitglieder der basisdemokratischen gewählten Räte sind jederzeit rechenschaftspflichtig und durch die Vollversammlung abwählbar. Die Arbeit der Räte ist öffentlich und damit ständig kontrollierbar.
Die Räte organisieren regelmäßig öffentliche Arbeitsgruppen. Damit haben sie ständigen Zugriff zu den Ideen des Volkes. Räte sind organisationsunabhängig. Parteien und Organisationen können nur über gewählte Vertreter in den Räten wirken.
Die rätebewegung wird einen national koordinierenden Volksrat hervorbringen. Konkrete Strukturen entwickelt die Rätepraxis - wir können diese nicht als Modell vorwegnehmen.
Das Volk ist der Souverän, alle Gewalt ist unteilbar.
Der Volksrat in der DDR ist, wie jeder Rat, beschließende und ausführende Körperschaft, die die Gewaltenteilung aufhebt.

Halle

VERNÜNFTIGE WIRSCHAFT - GESUNDE Umwelt

Der Produzent muß der Hauptnutznießer des gesellschaftlichen Reichtums werden.

Folgende Eigentumsformen sind möglich:

Das gesamtgesellschaftliche Eigentum, mit dem die Interessen jedes einzelnen gewährt werden sollen, angefangen von Gesundheit, Bildung, Wissenschaft bis hin zu Verkehr und Kommunikation.
Das Gruppeneigentum und der hier erwirtschaftete Nettogewinn sind Besitz der Produzenten in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk. Der Nettogewinn der Betriebe allen bestimmt das Einkommen der Produzenten.
Das gemischte Eigentum ist die Verbindung verschiedener Eigentumsformen.
Dem Privateigentum ist breiter Spielraum im Dienstleistungssektor zu gewähren.

In allen Eigentumsformen garantiert das Rätessystem ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und verhindert Unternehmungswillkür. Die Produktion und deren Planung müssen sich am Markt orientieren. Der Gewinn realisie sich über den Markt. Dafür ist effektive Produktion Voraussetzung. Über das Rätesystem bestimmen die Produzenten der materiellen und geistigen Güter, letztlich was und wie produziert und verteilt wird. Ein schlecht arbeitender Intellektueller wird genauso schlecht bezahlt wie ein schlecht arbeitender Arbeiter, Bauer oder Handwerker. Der Hervorragende leistende Arbeiter wird ebenso entlohnt wie ein Spitzenleistung bringen der Wissenschaftler, Künstler, Arzt und Ingenieur. Auf Basis breitester Aufklärung über konkrete ökologische Gefahren entscheiden die Produzenten, was ökologisch nötig und möglich ist. Es ist ein ökologisches Bewußtsein zu schaffen, daß in Zukunft ausschließt, Verbrechen an uns selbst zu wiederholen.

Wir bekennen uns zum Prinzip: "Global denken, lokal handeln!"

34

GRUNDWERTE DES RÄTESOZIALISMUS SOLLTEN SEIN:

* verfassungsmäßige Anerkennung aller Menschenrechte
* Dominanz gemeinschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln
* Antimilitarismus, Antifaschismus, Gleichheit aller Rassen, Völker und Nationalitäten
* Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung
* Aufrechterhaltung der staatlichen Selbständigkeit der DDR bei freundschaftlichen Beziehungen zum Volk der BRD
* ökonomische, soziale und ökologische Gesundung der "Dritten Welt", auch durch frei werdende Rüstungsausgaben.

Halle im November 1989 - Plattform Rätebewegung

Frank Baier, Forschungsstudent, Halle, Leitergasse 1
Lutz Bien, Lehrer, Halle-Neustadt, Bl. 581/5
Bernd Boese, Lehrer, Halle-Neustadt, Bl. 374/8
Dr. Werner Dietrich, Historiker, Halle, Libenauer-Str. 5
Thomas Dietrich, Kfz-Schlosser, Halle, Leninallee 275
Gerd Habel, Forschungsstudent, Halle, Cantsteinstr. 7
Martin Kühl, wiss. Assistent, Halle

Andreas Müller, Aspirant, Halle Preßlersberg 4
Hartmut Wildermuth, Lehrer, Halle-Neustadt
Dr. Manfred Zimmermann, Historiker, Halle, Röpziger Str. 14

Volksräte oder Parlamentarismus??

Flugblatt 1 der
Plattform Mitgliederbewegung

Parteigründungen jagen sich - noch 20 mehr oder 20 weniger bringen nicht mehr und nicht weniger Demokratie.
Die Volksmacht ist nicht abhängig von der Zahl der in einem Land arbeitenden Parteien.
Wahlkampf, Originalitätssucht, Kulissenschieberei, Verbonzung bestimmen das Bild jeder parlamentarisch orientierten Parteienlandschaft.
Reale Programmunterschiede werden verwischt.

Wir stellen die Frage anders:

R Ä T E B E W E G U N G oder P A R L A M E N T A R I S M U S ? ?

VOLKSSOUVERÄNITÄT oder PARTEIEN-PARLAMENTSGESETZ??

statt einem nun mehrere Parteiapparate?? oder souveräne VOLKSRÄTE auf allen Ebenen?

Der Parlamentarismus wird die Zeit der Schönredner, der Advokaten, der selbsternannten Fachleute. Ein Parlament aufzurichten hieße eine Macht zu schaffen, die sich notwendigerweise aller gesellschaftlichen Tätigkeit, aller Dinge des Volkes zu bemächtigen versucht.
DAS VOLK BRAUCHT KEINE VERTRETUNG; DAS VOLK VERTRITT SICH SELBST!

Parlamentarismus heißt: Kampf der Parteien um die Hirne der Menschen.
Die Parteien werden versuchen, jedes Individiuum von früher Jugend an zu beeinflussen und an sich zu ziehen.
Parteien und Parlament heißen: den Menschen zum Wähler der jeweiligen Parteilinie zu degradieren. DAZU SAGT: NEIN!!

Deshalb wählt Arbeiterräte, Schülerräte, Soldatenräte, Studentenräte!

In jedem Betrieb einen Arbeiterrat!
In jeder Schule einen Schülerrat!
In jeder Hochschule einen Studentenrat!
In jeder Kaserne einen Soldatenrat!

Rätebewegung Nov./Dez. 1989

Halle

WÄHLT RÄTE IN DEN BETRIEBEN

Die Betriebsräte wurden während der November-Revolution durch die deutschen Arbeiter erkämpft. Nachdem mit der Machtergreifung der Faschisten die Betriebsräte aufgelöst wurden, bildeten sie sich 1945 wieder neu und erfüllten wichtige Aufgaben bei dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, bei der Interessenvertretung der Arbeiter und bei der Zerschlagung der faschistischen Machtstrukturen. Bis 1950 wurden die Betriebsräte in unserer Gesellschaft erneut abgeschafft, um den administrativ kommandierenden Leitungsstil auch in der Wirtschaft voll durchsetzen zu können.

Betrachten wir unsere heutige Situation:

Die Wirtschaft der DDR wurde durch immer wieder neue Erfolgsmeldungen und die Mißachtung des gesundes Verstandes der arbeitenden Menschen ruiniert. Mit der neuen Selbständigkeit der Betriebe sehen die Leiter die Chance, endlich eine uneingeschränkte Macht zu errichten. Der Ruf nach westlichem Kapital und schonungsloser Rationalisierung ertönt immer lauter. Wir fragen uns, wird das auf Kosten der Belegschaft erfolgen? Die Interessenvertretung durch die Gewerkschaft war früher nicht gegeben und ist jetzt durch die Zersplitterung der Kräfte gelähmt. Kollegen, laßt Euch nicht weiter an der Nase herumführen, Ihr müßt jetzt die Verantwortung für den ganzen Betrieb, für sein gutes Funktionieren übernehmen.

Wie ist das zu tun?

1. In unseren Betrieben sind ohne Zeitverzug Räte zu wählen. Konkret könnte das so erfolgen, daß die Arbeitskollektive in Vollversammlungen ihre Vertreter benennen. Oder die Vertrauensleutevollversammlung wählt aus ihrer Mitte heraus durch Hinzuziehung aktiver Werktätiger einen solchen Rat. Wichtig ist, daß alle Werktätigen, damit auch alle politischen Strömungen im Betrieb vertreten sind und daß im Betriebsrat die nötige Sachkunde vorhanden ist.
In den Betrieben Bergmann-Borsig Berlin, Fritz-Heckert Karl-Marx-Stadt, im Tierpark Berlin arbeiten bereits solche Räte. Sie heißen Sprecherrat, Arbeiterrat oder Betriebsrat.

2. Es ist erforderlich, zur Verwirklichung der demokratischen Rechte der Belegschaft Rechenschaft über die gegenwärtige Lage und die Entwicklung in den letzten Jahren von der Leitung zu fordern. Durch den Betriebsrat ist das kritisch zu prüfen und es sind Schlußfolgerungen zu nötigen Veränderungen zu ziehen. Dabei sind alle Möglichkeiten zur Information aller Werktätigen, zur Erreichung einer großen Offenheit zu nutzen.

3. In der nächsten Zeit sollte sich der Betriebsrat zu einem Kontrollorgan der Betriebsleitung entwickeln, das dafür sorgt, daß über alle wesentlichen Fragen wie z. B. Investitionen, Veränderungen der Erzeuger-Strukturen, Kontrolle der Verhandlungen mit ausländischem Kapital, Verbesserung der Lebensbedingungen demokratisch durch Einbeziehung aller Werktätigen entschieden wird. So werden die Betriebsräte zu einem wichtigen ersten Schritt in Richtung der Machtausübung durch die Werktätigen selbst.

Betriebsgruppe der Initiative für eine Vereinte Linke

Rainer Blum (Kombinat Ausbau Tel. 5253152)
Wolf-Peter Huth (KWO Tel. 6332303)
Werner Jahn (Deutsche Post ORZ) 1035 Gabriel-Max-Str. 19 Seitenfl.,
Frank Täubner (WF Tel. 63832862)

ARBEITSPAPIER ZUM THEMA BETRIEBSRÄTE IM PROZESS DER ÜBERFÜHRUNG VON STAATS- IN VOLKSEIGENTUM

1. Grundsätze

Die Betriebsräte realisieren die *Eigentümerfunktion* der Werktätigenkollektive. In der ersten Etappe ihrer Tätigkeit verwirklichen sie schrittweise die *Kontrolle und Mitbestimmung der Werktätigen im Betrieb*. Die Perspektive ihrer Tätigkeit ist die qualifizierte Vermittlung des Übergangs zur *betrieblichen Selbstverwaltung*.

1.1. Betriebsräte und sozialistisches Eigentum

Sozialistisches Eigentum der Produzenten an ihrem Betrieb ist weder individueller Besitz der Arbeitsmittel, noch anteiliger Aktienbesitz am Betrieb, sondern die mit Formen *kollektiven Eigentums* (Fondsübergabe an Arbeitskollektive) verbundene Teilhabe am ganzen Betrieb. Das daran gebundene Eigentümerbewußtsein entwickelt sich jedoch durchaus individuell als anteilige Haftung für übergebene Fonds und individuelles (leistungsabhängiges) Entgeld für deren Nutzung. Die Eigentümerfunktion der Produzenten ist aber nicht einfach nur an solche Formen kollektiven Eigentums gebunden, sondern hauptsächlich mit der von Kollektiven gewählten und in ihrer Tätigkeit auf den ganzen Betrieb gerichteten *Betriebsräten* durchsetzbar.

2. Betriebsräte, Gewerkschaften und Betriebsleitung

Damit der Betriebsrat die Eigentümerfunktion *aller* Betriebsangehörigen auch real ausüben kann, muß mit dem Beginn seiner Tätigkeit auch Klarheit hinsichtlich seiner Rechte und Befugnisse insbesondere gegenüber der Betriebsleitung und seines Verhältnisses zu den Gewerkschaften erreicht werden. Solange dies noch nicht allgemein durch ein *Betriebsverfassungsgesetz* geregelt ist, müssen diese Fragen betrieblich (zum Beispiel im Betriebskollektivvertrag) vereinbart werden.

2.1. Betriebsräte und Gewerkschaften

Das Recht auf Eigentum der Werktätigen an ihrem Betrieb darf nicht mit dem Recht jedes einzelnen Werktätigen auf kollektiv zu organisierenden *Schutz seiner Interessen gegenüber dem Betrieb* identifiziert werden! Der zwiespältige Charakter jedes Produzenten als *Eigentümer* und als vom Betrieb *abhängiger Werktätiger* findet seinen institutionalisierten Ausdruck in *Betriebsrat* und *Gewerkschaft*. Das individuelle Interesse jedes Werktätigen auf Schutz vor dem Betrieb realisiert er durch seine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Indem die Gewerkschaft als kollektiver Organisator dieses Interesses dem Betriebsrat gegenübertritt, tritt der einzelne Produzent sich selbst (der abhängige Werktätige dem kollektiven Eigentümer) gegenüber. Dies ist im Kern die Entäußerung des Widerspruchs zwischen kommandierter und assoziierter Arbeit in Betrieben des Übergangs vom Staats- zum Volkseigentum. Tendenziell wird er aufgelöst im Übergang von der Mitbestimmung zur Selbstverwaltung.

Anmerkung: Weil die *Interessenvertretung* der (gewerkschaftlich organisierten) Werktätigen gegenüber dem Betrieb durch den FDGB infolge der Vertrauenskrise gegenwärtig auf sehr unterschiedlichem Niveau gesichert ist, wird heute mitunter ein Betriebsrat den Schutz der Beriebsangehörigen (Einhaltung des AGB, Gesundheitsschutz, soziale Ansprüche gegenüber dem Betrieb ect.) mitwahrnehmen müssen und damit über seine eigentlichen heutigen Aufgaben (Kontrolle der Betriebsleitung und Mitbestimmung) hinausgehen. Es gibt daher ein wohlverstandenes Interesse der Räte in staatseigenen Betrieben an funktionsfähigen Gewerkschaften. Andererseits gibt es ein Interesse der Gewerkschaften, gewisse ihnen zugebilligte und bis heute nur formal eingelöste betriebswirtschaftliche Mitbestimmungsrechte an die Betriebsräte abzugeben, um sich auf die Interessenvertretung der Belegschaft (auch hinsichtlich der Folgen solcher von den Räten mitverantworteten Entscheidungen) konzentrieren zu können. Insofern sind bis zur Verabschiedung eines Betriebsverfassungsgesetzes die Zuständigkeiten innerhalb des BKV neu festzulegen.

2.2. Betriebsräte und Betriebsleitung

Die Rechte des Betriebsrats auf Kontrolle der Betriebsleitung und Mitbestimmung bei den strategischen Entscheidungen berührt nicht die Weisungskompetenz der Leitungsarbeit. Die Kontrollaufgaben der Räte bauen auf der Informationspflicht der Betriebsleitung auf.
Die strategischen betriebspolitischen Entscheidungen der Leitung gelten mit dem Zustimmungsvorbehalt des Betriebsrats (Mitbestimmung, aufbauend auf dem Vetorecht).
In den großen staatseigenen Betrieben ist heute ebenso über ein Mitbestimmungsmodell in Gestalt eines Verwaltungsrats aus Vertretern des Betriebsrats, des Staates (u.a. der vom Staat eingesetzten Betriebsleitung), der Gewerkschaften und der territorialen Körperschaften (kommunale Räte) nachzudenken (erweiterte Mitbestimmung).
Mitbestimmungsrechte über Betriebsräte sind in Richtung betrieblicher Selbstverwaltung auszubauen. Aus dieser Perspektive ist der Betriebsrat das höchste Organ des selbstverwalteten Betriebs. Dies bedeutet u.a., daß die Betriebsleitung vom Betriebsrat eingesetzt oder vom Betriebsrat bestätigte Kandidaten (Ausschreibung und Kandidatenvorprüfung) von der Belegschaft bestätigt werden.

3. Betriebsratswahlen

Die einzelnen Kollektive der Arbeiter und Angestellten wählen ihre Vertreter in den Betriebsrat. Der Wahlmodus hat zu gewährleisten, daß die Mitgliedschaft von KollegInnen in Parteien oder Massenorganisationen (einschließlich Gewerkschaft) weder Hindernis, noch Voraussetzung ihrer Kandidatur (Wählbarkeit) für den Betriebsrat ist. Kriterien ihrer Wahl sollen ausschließlich das Vertrauen der Kollektive in sie und ihre Eignung für an sie gestellte Anforderungen sein. Dies schließt jederzeit die Möglichkeit ihrer Abberufung durch die Kollektive (mit einfacher Mehrheit) und die Neuwahl ein.
Bei Selbstbeschränkung der Zuständigkeit der Räte auf die Kontrolle betrieblicher Leitungsentscheidungen ist die Wahl von Betriebsleitungsmitgliedern in die Räte ebenso unzulässig, wie die sonstige Einflussnahme der Betriebsleitung auf die Zusammensetzung und die Arbeit der Räte.

4. Die Arbeit des Betriebsrats in der gegenwärtigen Situation

Die jährlichen und längerfristigen Entwicklungspläne der Betriebsleitung sind dem Betriebsrat vorzulegen und sind von ihm zu bestätigen. Die Mitbestimmung bei strategischen betrieblichen Entscheidungen (neue Technologien, einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen, Strukturveränderungen in Produktion, Sortiment, Absatz, Finanzierungsstrategien ect.) auf der Grundlage der Offenlegung der Bilanzen und Eckdaten und in Personalfragen (insbesondere Bei der Besetzung der Leitungsfunktionen) ist zu sichern. Heute ist dabei den Aufgaben der Entbürokratisierung, der Ablösung inkompetenter Kader und der Durchsetzung von Produktionsdemokratie auf allen Ebenen Vorrang zu geben. Dem Betriebsrat sind innerhalb des Betriebs von der Betriebsleitung die notwendigen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und der Schutz seiner Mitglieder zu verankern.

5. Konstituierung und Arbeitsweise.

Der Betriebsrat soll in seiner Zusammensetzung die Beschäftigtenstruktur (Arbeiter, Angestellte [darunter Verwaltungskräfte], wissenschaftliche Mitarbeiter ect.) qualitativ wie quantitativ repräsentieren, Ausschüsse bilden oder Kommissionen zu speziellen Fragen bilden bzw. berufen können. Nach dem zu bildenden Schlüssel werden in den betrieblichen Strukturen anzupassenden Wahlbereichen separat und geheim die (kandidierenden) Kollegen gewählt. Die Belegschaftsversammlung muß den Wahlmodus, eine Wahlkommission und die Amtszeit (vorbehaltlich der vorfristigen Abwahl von gewählten Betriebsratsmitgliedern durch das wählende Kollektiv) bestätigen. Neben den Regelungen seines eigenen Arbeitsregimes (Statut, Geschäftsordnung9 muß er auf Antrag der Betriebsleitung (des Leiters) oder einer qualifizierten Belegschaftsmehrheit zusammentreten.

Dr. Thomas Klein

Rechtliche Grundlagen für Betriebs- (oder Arbeiter-) Räte

In Artikel 41 ist einer der im vollen Umfang ignorierten Grundsätze der Verfassung formuliert. Er legt den Selbstverwaltungsanspruch von Betrieben, Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden fest. Sie werden als eigenverantwortliche Gemeinschaften charakterisiert. Sie sollen die Wahrnehmung der Grundrechte der Bürger sichern. Sie stehen unter ausdrücklichem Schutz der Verfassung; ausschließlich über Gesetz kann der Eingriff in ihre Rechte erfolgen[1].

Für die Betriebe ergibt daraus, daß die Kombinats-Verordnung verfassungswidrig ist. Handlungen auf ihrer Grundlage sind unrechtmäßig. Dies betrifft insbesondere Entscheidungen der Generaldirektoren und Verhandlungen mit anderen, auch ausländischen Wirtschaftseinheiten. Die Verwirklichung dieses entscheidenden Verfassungsartikels kann nur darin bestehen, Betriebe und Kombinate direkt der Bestimmung der Werktätigen zu unterstellen. Die Mißachtung dieses und des folgenden Artikels ist der rechtlich fixierte politökonomische Grund für die Trennung der Werktätigen von ihrem Eigentum.

Artikel 42 gibt den Werktätigen das Recht, mit Hilfe ihrer gewählten Organe an der Leitung mitzuwirken. Dies bedeutet, daß die Bildung gewählter Organe der Werktätigen sowie deren Forderungen verfassungsrechtlich begründet sind. Wie oben dargestellt ist das Gegenteil, die Ignorierung solcher Organe, Verfassungsbruch. Hier ist zu beachten, daß die Verfassung unmittelbar geltendes Recht ist (Artikel 105). Gibt es keine Gesetze, die die konkrete Verwirklichung verfassungsrechtlicher Bestimmungen, die Art und Weise ihrer Umsetzung regeln, sind ausschließlich die Bestimmungen der Verfassung Handlungsgrundlage.

Es sei betont, daß eine Verfassung, ein Grundgesetz nur in der Gesamtheit seiner gültigen Bestimmungen existiert. Es ist also mit der Vorstellung von einem Rechtsstaat unvereinbar, nur einzelne Teile eines Grundgesetzes in Anwendung zu bringen. Nicht die fortgeführte Ingnorierung der Verfassung kann der Ausgangspunkt für eine neue Rechtsordnung sein sondern nur deren Achtung und unbedingte Verwirklichung.

Michael Czollek, DIE NELKEN

---

[1] Satz 3 und 4

Material für Betriebsrätekonferenz am 3.02.90

AUFGABEN UND RECHTE DER BETRIEBSRÄTE
(Diskussionsgrundlage für den Inhalt eines Betriebsverfassungsgesetzes)

Vorbemerkungen

Nach der Zerstörung des administrativen Kommandosystems in der Geselischaft und in der Wirtschaft ist erstmalig die Schaffung von wirklichem Volkseigentum möglich.
Damit verbunden sind schwierige Aufgaben. Die Ablösung inkompetenter Kader, die Entbürokratisierung und die Umstellung der Betriebe auf Marktbedürfnisse ist onne die breite aktive Mitwirkung der Werktätigen nicht realisierbar. Es kommt darauf an, eine Produktionsdemokratie zu entwickeln, in der alle wesentlichen Fragen der Entwicklung des Betriebes durch alle Werktätigen in großer Offenheit und mit einem hohen Grad von Sachkunde beraten werden, in der Entscheidungen entgegen dem gesunden Menschenverstand ausgeschlossen werden, in der der gewählte Entwicklungsweg in gemeinsamer Verantwortung von allen getragen wird und in der zu einer neuen Qualität effektiver, nutzlicher, ökonomischer Arbeit gefunden wird.
Bei der Verwirklichung dieser Ziele kommt der Bildung von Betriebsräten eine große Bedeutung zu.
Zunächst werden die Betriebsräte die Kontrolle der Betriebsleitung verwirklichen und mit einem Vetorecht verhindern, daß Entscheidungen an der Mehrheit der Beschäftigten vorbei getroffen werden. Das berührt nicht die Weisungskompetenz der Leitung.
Mit wachsender Sachkunde werden die Betriebsräte zunehmend in der Lage sein, Verantwortung für die Entwicklung des Betriebes gemeinsam mit der Betriebsleitung zu tragen und die Mitbestimmung auf alle strategischen Entscheidungen auszubauen. In der Perspektive können sich die Betriebsräte zum höchsten Organ der selbstverwalteten Betriebe entwickeln.

Nicht nur in den Betrieben mit kollektivem Eigentum sind Betriebsräte notig, ebenso werden sie in Betrieben mit privatem Eigentum und in Einrichtungen und Institutionen zur Verwirklichung einer entwickelten Form der Mitbestimmung und zur Interessenvertretung benötigt.
Die folgenden Punkte sind als Vorschlag für ein Gesetz über die Betriebsräte zu verstehen, sie sollten aber auch als Grundlage für die Ausarbeitung von betrieblichen Vereinbarungen über die Arbeit von Betriebsräten Verwendung finden.

Bestimmung

1. Der Betriebsrat ist das höchste demokratisch gewählte Gremium des Betriebs. Er vertritt die Interessen der Arbeiter, Techniker, Wissenschaftler, Angestellten und des Personals.

Die Wahl des Betriebsrats

2. Für die Arbeit im Betriebsrat sind besonders aktive und verantwortungsbewußte Mitarbeiter vorzuschlagen, die das Vertrauen der Werktätigen haben. Das können Arbeiter, Techniker aber auch Leiter sein. Diese müssen mindestens 6 Monate dem Betrieb angehören.
Die Mitgliedschaft in Parteien oder Massenorganisationen (einschließlich der Gewerkschaft) sollte weder ein Hindernis noch eine Bedingung sein.

3.Je nach Struktur des Betriebes ist der Schlüssel für die Wahl von Kandidaten auszuarbeiten. Für Betriebe, in denen große Unterschiede zwischen einzelnen Beschäftigtengruppen bestehen, z.B. Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler, sind aus jeder Gruppe etwa gleichgroße Anzahl Ratsmitglieder vorzusehen.
Sofern der Betrieb in unterschiedliche Produktionslinien geteilt ist, sollten für jede Linie entsprechende Plätze im Betriebsrat vorgesehen werden.

4. Für territorial getrennte Betriebsteile bzw. für große Betriebe werden Betriebsteilräte gewählt, die dann Mitglieder für den Betriebsrat vorschlagen.

5.Die Wahl erfolgt durch alle Werktätigen des Betriebes in Wahlbereichen entsprechend der getroffenen Einteilung, so daß jeder Werktätige nur ihm bekannte Kollegen wählt.

6.Die Mitglieder des Betriebsrats sind allen Werktätigen rechenschaftspflichtig und jeder Zeit in ihren Wahlbereichen wieder abwählbarbar.

Aufgaben und Rechte

7.Der Betriebsrat hat die Aufgabe im Auftrage der Belegschaft die Tätigkeit der Betriebsleitung zu kontrollieren und die Rechenschafts- und Informationspflicht einzufordern.
Dazu muß es ihm möglich sein, in alle Unterlagen und Daten des Betriebes einzusehen.

8.Dem Betriebsrat obliegt die Kontrolle der Preisbildung, der Gewinnberechnung und der ökonomischen Rechnungsführung im Betrieb.

9. Regelmäßige Berichte der Betriebsleitung zum aktuellen Geschehen im Betrieb (etwa 4 Mal im Jahr) und der jährliche Geschäftsbericht werden entgegengenommen, geprüft und Schlußfolgerungen werden abgeleitet.

10. Der Betriebsrat muß in der Lage sein, durch ein Vetorecht Entscheidungen der Betriebsleitung an der Mehrheit der Werktätigen vorbei zuverhindern.

11. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die demokratische Entscheidungsfindung mit Berücksichtigung der Vorschläge der Werktätigen für alle grundsätzlichen Fragen der Planung und Entwicklung des Betriebes zu sichern. Das betrifft insbesondere:
- Entscheidungen zur Veränderung der Eigentumsform
- Festlegung des Produktionsprofils
- Investitionen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung
- Einbeziehung von ausländischen Kapital
- Änderungen der Struktur des Betriebes
- Aufstellung der Entlohnungsgrundsätze einschließlich der Gewinnbeteidigung
- Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen
- grundlegende Kaderfragen

In diesen Fragen sowie für den jährlichen Produktionsplan und den Plan zur Aufteilung der Fonds hat die Betriebsleitung ihre Vorstellungen den Rat vorzulegen und zu begründen. Erst nach der Bestätigung durch den Rat erhalten die Dokumente ihre Gültigkeit.

12. Bei der Verhandlung mit ausländischen Kapital hat der Betriebsrat das Recht mit einem Vertreter teilzunehmen.

13. Der Betriebsrat übernimmt die direkte Interessenvertretung der Werktätigen, sofern das nicht durch die Gewerkschaft gegeben ist (Einhaltung des AGB, Gesundheitsschutz, sozials Fragen u.a.).

14. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, Interessenkonflikte zwischen den Werktätigen und der Betriebsleitung zu schlichten. Sofern die strittigen Fragen im Rat nicht mit 2/3-Mehrheit gelöst werden können, hat der Rat das Recht Belegschaftsversammlungen bzw. Vollversammlungen der Wahlbereiche (bei größeren Betriebe) einzuberufen. Auf dieser haben beide Seiten des Konflikts die Möglichkeit, ihre Standpunkte zu verteidigen. Der Rat hat dann die nach Diskussion und Abstimmung gewonnene Entscheidung zu vertreten.

15. Der Betriebsrat hat alle Werktätigen über seine Tätigkeit zu informieren.
Die Tagesordnung der Ratssitzung ist vorher bekanntzugeben, sodaß alle Werktätigen Anfragen und Vorschläge einbringen können. Die Sitzungen sollten nach Möglichkeit außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, damit Werktätige als Gast ohne Stimme teilnehmen können. Über die Ergebnisse der Beratungen ist breit zu informieren.

16. Der Rat entscheidet selbst, welche Fragen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verhandeln sind.

17. Der Betriebsrat hat das Recht zur Entscheidungsfindung Arbeitsgruppen zu berufen und Gutachten anzufordern. Diese werden vom Betrieb bezahlt.

18. Die Mitglieder des Betriebsrats müssen Kündigungsschutz genießen und, sofern es die Tätigkeit im Rat erfordert, bezahlt freigestellt werden.

19. Der Betriebsrat enthält sich jeder parteipolitischer Beträtigung.

Arbeitsweise des Betriebsrats

20. Der Betriebsrat wählt zwei Sprecher.

21. Der Bertiebsrat führt in 14 Tagen mindestens eine Sitzung durch. Beschlußfähigkeit liegt vor, wenn alle Mitglieder eingeladen sind und mindestens 2/3 anwesent sind. Von jeder Sitzung wird ein Protokoll angefertigt.

22. Zur Beschlußfassung hat der Betriebsrat die Möglichkeit sich zu einer geschlossenen Sitzung ohne Gäst und ohne Vertreter der Betriebsleitung zurückzuziehen.

23. Beschwerden und Anträge sind vom Betriebsrat entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Innerhalb von vier Wochen ist darauf zu antworten.

24. Mindestens zwei Mal im Jahr ist in einer Vollversammlung der Belegschaft (bei großen Betrieben dem Wahlbereich) Rechenschaft über die Tätigkeit des Betriebsrats zu geben. Auf Verlangen der Betriebsleitung oder von 1/4 der Belegschaft sind außerplanmäßige Vollversammlungen einzuberufen.

Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Das Recht der Werktätigen auf Teilhabe am Geschehen im ganzen Betrieb begründet sich aus der Form des kollektiven Eigentums. Die daraus erwachsende Mitbestimmung der Werktätigen wird mit dem Betriebsrat realisiert.
Der Recht der Werktätigen auf den Schutz seiner Interessen als Produzent gegenüber dem Betrieb findet seinen Ausdruck in der Organisation in Gewerkschaften.
Aus dieser unterschiedlichen Bestimmung ergeben sich die Aufgabenabgrenzungen für Gewerkschaften und Betriebsräte.
Während der Betriebsrat für eine gute Entwicklung des ganzen Betriebs zu sorgen hat, kommt den Gewerkschaften der Kampf um höhere Entlohnung, des Schutzes der Arbeitsfähigkeit und der Gesundheit sowie der Gestaltung guter Arbeits- und Lebensbedingungen zu.
Weitere Unterschiede betreffen den Aufbau der Organisationen. Während der Betriebsrat zu einem Bestandteil des Betriebs wird und alle Werktätigen vertritt, ist die Gewerkschaft ein gesellschaftliche Organisation mit eignen Mitgliedsbeiträgen, eignen Verwaltungsapparat und eignen Leistungen, der das Wirken im Betrieb gestattet ist. Damit diese Organisation tatsächlich für ihre Mitglieder wirken kann, muß sie ihre Unabhängigkeit vom Betrieb bewahren und darf nicht mit der Betriebsleitung verschmelzen.
Die unterschiedlichen Aufgaben von Betriebsrat und Gewerkschaft bedingen, daß Interessenkonfilkte zwischen ihnen entstehen können. Dabei ist es jedoch nötig, diese Konflikte so zu lösen, daß der Konkurrenzkampf mit anderen, auf dem Privateigentum der Produktionsmittel beruhenden Betrieben bestanden wird.
Da inzwischen starke gesellschaftliche Kräfte den Verkauf des kollektiven Eigentums der Werktätigen, d.h. die Privatisierung der Betriebe durch Aktienverkauf fordern, ist es jetzt notwendig Betriebsräte zu bilden und die Existenz der volkseignen Betriebe auch im direkten Konkurrenzkampf mit kapitalistischen Firmen zu sichern.

In Betrieben mit privatem Eigentum werden die Aufgabenteilung zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft nicht so streng erfolgen, da hier die Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Werktätigen gegenüber der Leitung in den Vordergrund rückt.

Wirtschaftsräte

Betriebsräte tragen in sich die Gefahr von betriebsegoistischen Entscheidungen. Deshalb ist es sinnvoll, nach der Schaffung und stabilen Funktion der Betriebsräte insbesondere in großen volkseignen Betrieben Wirtschaftsräte zu bilden (oder in den Veröffentlichungen auch als gesellschaftliche Aufsichtsräte bezeichnet).
In diesen Räten werden die Interessen des Territoriums (Ökologie, Infrastruktur), der Hauptanwender und der kreditgebenden Banken durch entsprechende Vertreter gesichert. Der Betriebsrat und die Betriebsleitung sollte hier natürlich ebenso wie Vertreter der Gerwerkschaft berücksichtigt werden. Der Wirtschaftsrat kann dann bestimmte Aufgaben des Betriebsrats übernehmen und weitergehende Befugnis erhalten, z.B. die Bestätigung strategischer Entscheidungen und das Einsetzen der Betriebsleitung. Die Vorstellungen hierzu lassen sich jedoch sicher erst nach dem Vorliegen von größeren Erfahrungen in der Arbeit der Betriebsräte konkretisieren.

Die Ausarbeitung erfolgte unter Berücksichtigung der Volagen über die Bildung von Betriebsräten im VEB BAE, VBE WF und im ZWG, des Arbeitspapiers zum Thema Betriebsräte im Prozeß der Überführung von Staats- in Volkseigentum von Dr. Thomas Klein, des Entwurfs für ein Musterstatut für Personalvertretungen von Horst Schneider sowie der Materialsammlung über Betriebsräte in der DDR (1945-48) von Roland Höhne.

Als Diskussionsgrundlage erarbeitet:
31.1.1990
Frank Täubner (Gruppe für Betriebsarbeit
Initiative Vereinte Linke)
Tel 63832862 (7-16 Uhr)

S I E B E N   F R A G E N   Z U M   B E T R I E B S R A T

(1.2.90)

Warum brauchen wir einen Betriebsrat ?

Niemand weiß, was uns die Zukunft bringt. Vielleicht erklärt Dir Dein Chef, daß er ab morgen Topmanager ist und Du im Zuge der Reform für die Marktwirtschaft arbeitslos bist ?
Die Gewerkschaft will sich nun stark machen und Dir helfen. Bisher sind jedoch viele Mitglieder ausgetreten und sprechen der Gewerkschaft das Recht ab, als Interessenvertreter für alle Werktätigen aufzutreten.
Jetzt reicht es nicht mehr aus, um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen zu ringen. Jetzt geht es darum, Einfluß zu nehmen auf die Erzeugnisstruktur, auf die Verhandlungen mit westlichen Kapital und auf die Kaderentscheidungen, so daß der Betrieb mit Gewinn in der Marktwirtschaft arbeitet und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dazu brauchst Du einen Rat des Betriebes, der das Mandat der ganzen Belegschaft hat und Deine Interessen tatsächlich verteidigen kann.

Was ist ein Betriebsrat ?

Wählt Eure aktivsten Kollegen, die gut im Betrieb Bescheid wissen und Euch vertreten können, als Betriebsratsmitglieder. Beauftragt Euren Betriebsrat, die Rechenschaftspflicht der Leitung durch regelmäßige Berichte einzufordern. Verpflichtet Euren Betriebsrat, dafür zu sorgen, daß wichtige Entscheidungen nicht mehr im Alleingang der Betriebsleitung an Euch vorbei getroffen werden können. Du bist Miteigentümer des Betriebs, doch die Direktion wird Dir kaum zu hören, wenn Du eine andere Meinung hast. Der Betriebsrat ist Deine Chance, eine demokratische Entscheidungsfindung durchzusetzen, in der die Meinung der Mehrheit der Belegschaft berücksichtigt wird.
Der Rat sollte die Frage der Ablösung von unfähigen, verantwortungslosen, selbstherrlichen Leitern in seine Hand nehmen.
Die Sitzungen des Betriebsrats sollen keine Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen sein. Der Betriebsrat wird eine maximale Öffentlichkeit bei Wahrung der unumgänglichen Betriebsgeheimnisse anstreben. Die Tagesordnung ist rechtzeitig zu veröffentlichen, damit Du Anfragen und Vorschläge über Deinen Vertreter einreichen kannst.
Die Sitzungen sollten außerhalb der Arbeitszeit stattfinden, damit als Gäste alle interessierte Kollegen Deines Betriebs teilnehmen können, jedoch ohne Stimme als Beobachter um mitzuhören, wer was sagt. Über die Ergebnisse der Beratung ist breit an Wandzeitungen u.a. zu informieren.

Die Betriebsleitung wird dadurch nicht arbeitslos, sie bleibt die Regierung. Aber wir bekommen eine demokratisch gewählte Vertretung, ein Parlament des Betriebes.

Wird dadurch die Gewerkschaft überflüssig ?

Die Stärke des Betriebsrats wächst mit der Stärke der Gewerkschaft. Betriebsrat und Gewerkschaften arbeiten eng zusammen, haben jedoch getrennte Aufgaben. Der Betriebsrat hat die Interessen der Werktätigen den ganzen Betrieb betreffend als Eigentümer wahrzunehmen. Die Gewerkschaften vertreten die Interessen ihrer Mitglieder als Produzenten, Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und darüberhinaus allgemeine nicht nur Deinen Betrieb betreffenden Interessen wie Tariffragen.

Welche Rechte und Befugnisse mussen Betriebsräte haben ?

Wenn der Betriebsrat nicht wieder zu einem demokratischen Mäntelchen der Leitung werden soll, so muß Du die Rechte, die Dir in der Verfassung und im Arbeitsgesetzbuch der DDR allgemein zu gesprochen wurden, für den Betriebsrat konkret fordern. Dabei geht es um mehr Rechte, als die der Betriebsräte in der BRD.
Der Betriebsrat muß das Recht haben, Rechenschaft von der Leitung zu fordern. Es muß für ihn möglich sein, in alle Dokumente und Daten des Betriebes Einsicht zu nehmen. Ein Vertreter des Betriebsrats sollte ständig an den Leitungssitzungen der Betriebsleitung teilnehmen (ohne Entscheidungsbefugnis, zur Information).
Der Betriebsrat muß das Recht haben, über die Eigentumsform des Betriebes (Privatisierung) mitentscheiden zu können.
Um mit Sachkunde Entscheidungen treffen zu können und nicht allein von der Klugheit der Leiter abzuhängen, muß der Betriebsrat die Möglichkeit haben, Gutachten von Fachleuten anzufordern und Arbeitsgruppen zu berufen, die vom Betrieb bezahlt werden.
Der Betriebsrat muß ein Vetorecht besitzen, um Entscheidungen an der Mehrheit der Kollegen vorbei zu verhindern.
Die Mitglieder des Rates müssen Kündigungsschutz genießen und, sofern es die Tätigkeit im Rat erfordert, bezahlt freigestellt werden.

Wie bilden wir in unserem Betrieb oder unserer Einrichtung einen solchen Rat ?

Hängt einen Aufruf an der Wandzeitung aus. Sammelt alle Kollegen, die Sorgen um die Entwicklung des Betriebs haben und an der Bildung eines Betriebsrats interessiert sind, in einer Initiativ-Gruppe. Bereitet Versammlungen in der Produktionslinien oder in den ehemaligen Gewerkschaftskollektiven vor, auf denen Ihr die Ziele und Aufgaben Eures Betriebsrats diskutiert. Vielleicht ist es schon möglich, in den Versammlungen Kandidaten für den Rat aufzustellen. Sprecht mit Euren Vertrauensleuten und versucht Euch die Unterstützung durch die Gewerkschaft zu sichern.
Die Wahl des Betriebsrats muß entsprechend der Besonderheiten und der Größe Eures Betriebs erfolgen.
Helft dem Betriebsrat bei seinen ersten sicher unbeholfenen Schritten. Jeder Betriebsrat ist nur stark, wenn sich die Belegschaft hinter ihn stellt.

Welche rechtlichen Grundlagen haben wir ?

Unsere Grundlage ist die Verfassung der DDR und das Arbeitsgesetzbuch. Darin ist das Recht der Werktätigen und ihrer gewählten Organe, aktiv an der Leitung und Planung mitwirken zu können, festgeschrieben (AGB Paragraph 18). Mit der konkreten Ausgestaltung dieses Rechtes sieht es schon etwas schlechter aus. Es gibt zwar die Verpflichtung für die Leiter, die Vorschläge der Kollegen gewissenhaft zu prüfen und darüber Rechenschaft zu geben, aber im Fall der Ablehnung war im bisherigen Kommandosystem nur der Gang zur nächst übergeordneten Behörde möglich. Daher blieb das Mitspracherecht bisher ein Schlagwort ohne lebendigen Inhalt. Mit der Bildung von Betriebsräten kommt es darauf an, das Recht auf Mitbestimmung tatsächlich einzufordern.

Gruppe für Betriebsarbeit der Initiative Vereinigte Linke
Nutzt den Erfahrungsaustausch der Beriebsräte
jeden Dienstag ab 19.00 Uhr in der Friedrichstr.165 !

WF Klg. Täubner

Arbeitsgruppe Werk 1 BAE   Berlin, den 08.01.1990

Konzeption zur Bildung eines Betriebsrates

Der Betriebsrat - die Volkskammer des Betriebes

In letzter Zeit gab es in der Presse Beiträge, die meiner Meinung nach die Vorstellungen über die zu schaffenden Betriebsräte nur ungenügend darstellten. Dort wurden vor allen Dingen Vergleiche mit gleichnamigen Gremien in der BRD gezogen, ohne zu beachten, daß es sich in der DDR um volkseigene, in der BRD aber zum größten Teil um privatwirtschaftliche Betriebe handelt, und damit die Ausgangsbasis eine grundverschiedene ist. Diesen Punkt besonders herauszuarbeiten ist deshalb so wichtig, weil er erst unsere Forderung klar verständlich macht. Der Betriebsbelegschaft muß gezeigt werden, daß ihre Meinung gefragt ist und die Betriebsleitung nicht in der Lage ist an einer mehrheitlichen Meinung der Belegschaft vorbeizuentscheiden. Nur so können wir wieder Interesse und Engagement der Belegschaft an betrieblichen Problemen entwickeln. Profitieren würde davon nicht nur die Mehrheit der Arbeiter und untergeordneten Angestellten, sondern natürlich auch die Betriebsleitung, die ihre Vorstellungen allseitig beleuchtet sieht und damit in Zusammenarbeit der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat effektiver entschieden werden kann. Das würde bedeuten, daß viele Probleme im Vorfeld geklärt werden können und damit nicht mehr das Betriebsklima vergiften. Nur wenn der Betriebsrat das letzte Wort hat, nur dann können wir erhoffen, daß sich echtes Eigentümerbewustsein gegenüber dem Volkseigentum entwickelt. Noch besteht aber ohne einen Betriebsrat die Möglichkeit, daß der Betriebsdirektor seine Entscheidung in aller Stille gegen die Meinung der Mehrheit der Belegschaft trifft, denn er wird nicht demokratisch gewählt, sondern eingesetzt. Wie kann die Belegschaft also sicher gehen, ohne einen Betriebsrat?
Des weiteren wurden Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Betriebsrat und der Gewerkschaft, bzw. ein Wertigkeitsverlust der Gewerkschaft durch Einschränkung ihrer Aufgaben befürchtet. Dazu möchte ich unsere Auffassung klar zum Ausdruck bringen.
In einer Zeit, in der wichtige wirtschaftliche Entscheidungen anstehen, zeigt sich die Gewerkschaft durch die vorangegangenen Ereignisse nicht unbedingt im Zenit ihrer Macht. Außerdem repräsentiert sie aus dem selben Grund nicht unbedingt den überwiegenden Teil der Belegschaft, und hat damit natürlich auch nicht unbedingt das Mandat der Belegschaft. Da die Gewerkschaftsmitgliedschaft kein Hinderungsgrund für eine Betriebsratmitgliedschaft ist, wird sich die dementsprechende Stärke der Gewerkschaft auch im Betriebsrat ausdrücken. Für die Gewerkschaft wird es noch eine Menge Arbeit bedeuten, bis sie zu der Macht gelangt, die sie fordert. Das Gewerkschaftsgesetz ist erst der eine Teil der Arbeit, nach dessen Verabschiedung es erst richtig losgeht, nämlich durch die gute Umsetzung der dann existierenden gesetzlichen Grundlagen zu zeigen, daß es mit der Gewerkschaftsarbeit wieder voran geht. Dann wird auch wieder durch steigende Mitgliederzahlen die Macht der Gewerkschaft sichtbar. Doch bis dahin müssen wir, in dieser doch recht unsicheren Zeit, einen direkteren Weg wählen, um unsere Interessen wirksam schützen zu können. Diesem berechtigten Anliegen soll der Betriebsrat dienen.

Der Betriebsrat - Vorstellungen zu einem Gremium

Um eine allseitige Vertretung der Belegschaft zu sichern, wird der Betriebsrat demokratisch von der Belegschaft gewählt.
Der Betriebsrat soll paritätisch zusammengesetzt sein und das in zweierlei Hinsicht:

- Alle großen Bereiche laut Betriebsstruktur müssen vetreten sein z.B. die großen Prod.-Bereiche (Blei, Rundzelle, alkal. Akkum.) aber auch ökonomie, Technik, Absatz, Grundfond, Hauptbuchhalter / Material
- Gleichzeitig müssen auch alle Klassen und Schichten entsprechend ihrem Anteil an der Belegschaft vertreten sein. Das macht eine Quotierung notwendig
- Der Betriebsrat soll eine Gesamtmitgliederzahl von 12 Kollegen nicht überschreiten (entspricht etwa einem Vertreter auf 100 Kollegen)
- Die Mitglieder des Betriebsrates sollen in den Bereichen kompetent sein, aus denen heraus sie gewählt wurden, gleichzeitig aber auch ein echter Vertreter ihrer Klasse bzw. Schicht sein.

Alle vorabgenanten Dinge müssen in einem Betriebsstatut geregelt sein.

Das Betriebsstatut - die Grundlage der Arbeit des Betriebsrates

Das Betriebsstatut stellt eine augenblicklich noch freiwillige (bis zur Schaffung eines Betriebsverfassungsgestzes) Abmachung der Betriebsleitung mit der Belegschaft dar in der Folgendes verankert werden soll:

- Wahlordnung, um eine demokratische Wahl des Betriebsrates und dessen paritätische Zusammensetzung zu gewährleisten
- Zusammensetzung des Betriebsrates (Quotierung)
- Festlegung der Wahlperiode
- Abgrenzung der Zuständigkeiten des Betriebsrates
  - wichtige Strukturveränderungen
  - große Investitionsvorhaben
  - Kooperationsvorhaben, bzw. Austritt aus solchen Verträgen
  - Rationalisierungsmaßnahmen größeren Umfangs
  - Umfangreiche Kreditaufnahmen
  - Vorhaben im Zusammenhang mit ausländischen Firmen
- Entscheidungskompetenzen des Betriebsrates (Verbindlichkeit für die Betriebsleitung)
- Möglichkeiten des Betriebsrates zur Entscheidungsfindung
  - Einforderung von Konzepten der Leitung zu Sachthemen
  - Einholen von Expertenmeinungen (betrieblich und unabhängig)
  - Einberufen von Arbeitsgruppen zu Sachthemen
  - Allgemeine Diskussion der Belegschaft bei grundsätzlichen Veränderungen im betrieblichen Bereich
  - Abwägen der Interessen der einzelnen Struktureinheiten
- Unterstützung der Betriebsratsmitglieder bei der Ausübung ihrer Tätigkeit durch den Betrieb, vor allen Dingen um Arbeiter in dieser Funktion nicht zu benachteiligen
- finanzielle Absicherung der Betriebsratsmitglieder bei notwendigen Arbeiten innerhalb der Arbeitszeit durch den Betrieb
- Rechenschaftspflicht des Betriebsrates gegenüber der Belegschaft
- Informationspflicht des Betriebsrates gegenüber der Belegschaft, insbesondere der einzelnen Mitglieder gegenüber dem Teil der Belegschaft, von dem sie ihr Mandat erhielten, beim Anstehen grundsätzlicher Entscheidungen, um eine demokratische Meinungsfindung zu ermöglichen

42

Ein solches Betriebsstatut soll überall im Betrieb diskutiert, Vorschläge sollen eingebracht und nach dessen bestmöglichster Erarbeitung durch eine Vollabstimmung angenommen werden.
Danach erfolgt dann die Wahl und die Konstituierung eines Betriebsrates.

Die Betriebsleitung ist von diesem Projekt informiert worden. Man hat uns versichert, daß ein Betriebsrat als zeitgemäß und richtig angesehen wird~~, und man gewillt ist, uns mit den notwendigen Informationen die zur Bildung eines Betriebsrates Voraussetzung sind, zu versorgen~~.

Wir wollen nochmals darauf verweisen, daß wir den Betriebsrat nicht als Konkurenzgremium zur BGL sehen. Der Betriebsrat soll sein Mandat von möglichst allen Belegschaftsmitgliedern erhalten, auch von den anders oder nicht organisierten Beschäftigten. Die Gewerkschaft in ihrer jetzigen Krise, mit dem damit verbundenen Vertrauensverlust, kann sich augenblicklich wohl kaum die Alleinvertretung der Belegschaft anmaßen. Sie ist aber herzlich eingeladen an dem Projekt Betriebsrat mitzuarbeiten, um so den ihrer augenblicklichen Kraft entsprechenden Einfluß auf dieses Gremium auszuüben.
Wir wollen die Zusammenarbeit mit allen Kräften des Betriebes, um so schnell wie möglich den Betrieb wieder flott zu bekommen, im Interesse der Mehrheit der Belegschaft.

Dieses Papier soll lediglich ein Arbeitspaier sein, welches als Grundlage zur Diskussion dienen soll. Es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und absolute Richtigkeit.
Helft uns zu einer gemeinsamen Linie zu kommen, damit ein Betriebsrat so schnell wie möglich seine Arbeit aufnehmen kann.
Wir erwarten also von Euch konstruktive Vorschläge zu den aufgeführten Punkten oder auch Ergänzungen. Ebenfalls interessieren uns zu diesem Thema ablehnende und zustimmende Meinungen. Wir begrüßen auch eine direkte Zusammenarbeit mit anderen Kollegen die sich dem Arbeitsgremium anschließen wollen.

Kontaktpersonen und Anlaufpunkte für Meldungen und Stellungnahmen

Martin Kramp, Werk 1 Abt. FBPP, Tel. App. 333 (Pastiererei), bzw.
App. 329 (Säuremischanlage)

Norbert Wartenberg, Werk 1 Abt. FBP, Tel. App. 330 (Gießerei)

Wir erbitten Eure Stellungsnahmen, im Interesse der Wichtigkeit unseres Anliegens, bis zum 24.01.1990 bei uns abzugeben.

Kolleginnen und Kollegen,

ab dem 19.März werden wir nicht nur eine parlamentarische Demokratie haben, sondern auch eine marktorientierte Wirtschaftspolitik. Wir wissen, daß die Marktwirtschaft nicht nur Gutes bedeuten kann. Sie bringt auch bislang unbekannte Probleme und Gefahren: verschärfte Hieracbie in den Betrieben und Einrichtungen, deutlich beschleunigtes Arbeitstempo, Massenarbeitslosigkeit, Mietwucher, Obdachlosigkeit.

Die neuen/alten Unternehmer organisieren sich bereits überbetrieblich und national. Erste Unternehmerverbände sind schon gegründet worden. Wenn die Werktätigen nicht den Kürzeren ziehen wollen, müssen sie sich ebenfalls national organisieren.

Dazu reichen die Gewerkschaften allein nicht aus. Notwendig ist auch eine DDR-weite Koordination der Betriebsräte. <u>Wir brauchen einen Volkskongreß, in dem sich die Gewerkschaften und Betriebsräte aus der gesamten DDR zusammenschließen.</u>

Grundgedanke eines solchen Kongresses soll sein, daß diejenigen, die den materiellen Reichtum produzieren, auch über die Art des Produzierens und die Verwendung des Produzierten bestimmen können.

Wir dürfen nicht vergessen, daß nach einer Volkskammerwahl auch eine Änderung der Besitzverhältnisse auf der Tagesordnung stehen wird. Werktätige, die dann über ihre Betriebsleitungen Kontrolle ausüben oder über die Produktion/Tätigkeit selbst entscheiden wollen, könnten als "Kriminelle" verfolgt werden - es sei denn, es gibt eine starke organisierte Kraft, die das verhindert: der Volkskongreß.

Doch noch sind laut Verfassung die Betriebe und Einrichtungen Volkseigentum. Noch ist es uns nicht verboten, inkompetente Betriebs- und Abteilungsleiter zu entlassen und über Fragen wie zB Investitionen, Joint Ventures, Verbesserung der Arbeitsbedingungen selbst zu entscheiden.

Der Volkskongreß könnte ein Gremium sein, in den diese Entscheidungen im DDR-weiten Rahmen abgestimmt werden. So könnten parallele Kreisläufe vermieden, die Ökonomie koordiniert und die Gefahr von Arbeitslosigkeit verringert werden. Kommissionen unabhängiger Experten könnten den Volkskongreß beraten.

Ebenfalls im Kongreß vertreten sein könnten auch Gruppen mit spezifischen Interessen, die nicht mehr in der Volkskammer sitzen werden - Frauen und die Jugend. Sie könnten Gesetzesinitiativen einbringen und müßten ein Vetorecht bei allen sie betreffenden Fragen haben.

- Nehmen wir unsere Angelegenheiten in unsere eigenen Hände!
- Schaffen wir eine tatsächliche Volksmacht, der einzigen wirklichen Alternative zu den bisherigen Systemen in Ost und West!

KONTAKT:
Koordinierungsbüro für den Volkskongreß
Objekt MZG
Tschaikowskystr. 13
Berlin
1110
Tel.: 482 40 23
(Dienstags, 14 - 18 Uhr)

MANUSKRIPT 6.7.87

WIRSCHAFT UND PLANUNG IN DER DDR

Vorbemerkung

Die DDR steht wie alle sozialistischen Laender vor der Aufgabe, ihre Volkswirtschaft und das Planungssystem so weiterzuentwickeln, dass deren Leistungsfaehigkeit den erwarteten internationalen Herausforderungen zumindst standhaelt. Nicht nur die zukuenftige internationale Konkurrenzfaehigkeit der DDR-Volkswirtschaft, sondern auch die vielfaeltigen sich periodisch zuspitzenden binnenwirtschaftlichen Probleme lassen einen erheblichen, vor allem qualitativen Entwicklungsschub immer dringlicher werden.
Als besondere Randbedingung bei der Loesung wirtschaftlicher Wachstums-, Struktur- und Modernisierungsaufgaben gilt fuer die DDR, dass die seit dem VIII. Parteitag 1971 proklamierte Maxime der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" als DDR-Strategie zur weiteren "Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" unangetastet bleibt.
Dabei sind der DDR in ihrer Entwicklung eine Reihe aus anderen sozialistischen Laendern bekannte zum Teil dramatische krisenhafte Entwicklungen erspart geblieben. So konnte die DDR anders als die VR Polen rechtzeitig die katastrophalen Folgen einer Aussenwirtschaftsorientierung sozialistischer Laender begrenzen, die vor 74/75 auf zunehmende, zum Teil kreditfinanzierte Technologieimporte aus dem Westen setzte. Dass auch die DDR trotzdem mit Wachstumeinbussen und ansteigender Nettoverschuldung zu kaempfen hatte, ist wohl weniger der alle sozialistischen Laender gleichermassen hart treffende rezessionsbedingten Verengung kapitalistischer Maerkte infolge der weltweiten Konjunktureinbrueche am Ende der Zyklen 1971-75 und 1976-82 oder den Oelpreisschocks 1973 und 1980 geschuldet. Obwohl diese aeusseren Faktoren die hausgemachte Innovations- und Wachstumskrise in den sozialistischen Oekonomien zweifellos verschaerften, zeigen die seit 1974 zwar abnehmenden, aber noch relativ stabilen Zuwachsraten der Industrieproduktion dieser Laender deren relative Widerstandsfaehigkeit gegenueber dem kapitalistischen Krisenzyklus, aber auch die Unfaehigkeit realsozialistischer Volkswirtschaften, ein den hochproduktiven Anlagen angemessenes Wachstum zu erzielen.
Die Probleme der sich in den 80er Jahren auf niedrigerem Wachstumsniveau wieder stabilisierenden europaeischen sozialistischen Wirtschaften liegen in ihrer geringen Produktivitaet, der mangelhaften Qualitaet wichtiger Erzeugnisse, einer im internationalen Vergleich zum Teil noch weiter zunehmenden innovativen Schwaeche, sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Antriebsarmut. Ausdruck dessen ist nicht nur die mangelnde Weltmarkt-Konkurrenzfaehigkeit, sondern sind auch Disproportionen in der Binnenwirtschaft und hartnaeckige Engpaesse in der Versorgung. Eine Ausnahme macht die DDR dabei hoechstens graduell.
Die Ursachen hiefuer liegen zweifellos im Entwicklungsstand des realsozialistischen Wirtschaftsmechanismus begruendet. Jedoch wird eine technokratische Wirtschaftsreform kaum imstande sein, die noetigen Antriebe als "wirtschaftsorganisatorischen Effekt" eines "ausgewogeneren Verhaeltnisses" von Zentralisierung und Dezentralisierung, staatlichem Weisungsrecht und betrieblicher Eigenverantwortung, materieller und finanzieller Planung ect. hervorzubringen, ohne dass ein echter Fortschritt in Richtung realer sozialistischer Vergesellschaftung erfolgt. Insofern allerdings eine Wirtschaftsreform jene Vergesellschaftung zum Ausdruck bringt, koennen wirtschaftsorganisatorische, verwaltungsreformerische oder andere Massnahmen zur Verbesserung oekonomischer Rationalitaet und Effektivitaet von ungeheurer Bedeutung sein. Was hier allen sozialistischen Laendern gemeinsam ist und wo deren nationale spezifische Probleme (insbesondere die der DDR) beginnen, wird noch zu eroertern sein.

Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass die politische Fuehrung der DDR anders als z.B.die Rumaeniens seit Beginn der 70er Jahre die Bedeutung "sozialer Investitionen" fuer innenpolitische Befriedung und auch fuer wirtschaftliches Wachstum erkannt hat.
Die Losung "Alles fuer das Wohl des Volkes" mag auch den Schock des polnischen Winters 1970/71 zum Paten haben.
Angesichts des ebenfalls fuer die DDR immer empfindlicher spuerbar werdenden Investitions- und Intensivierungsbedarfs und der dafuer fehlender Mittel beweisst der Umstand, dass die DDR-Fuehrung etwa die mit dem Wohnungsbauprogramm verbundenen oekonomischen Belastungen oder die mit ihrer Subventions- und Festpreispolitik einhergehenden Verzerrungen weiter in Kauf zu nehmen bereit ist und die Vollbeschaeftigung nicht kurzfristigem Wirtschaftlichkeitsstreben opfert, den "strategischen " Charakter dieser seit 16 Jahren durchgehaltenen Politik.
Die DDR-Fuehrung will auch in Zukunft diesen sozialpolitischen Kurs beibehalten.
Ebenso beharrt sie auf ihrem eigenen wirtschaftsorganisatorischen Konzept der Entwicklung von "Kombinaten" (siehe Abschnitt 1) als Rueckrat der Planwirtschaft und auf ihrem den Zentralismus favorisierenden Planungssystem.
Das Selbstbewusstsein, mit dem die SED Reformprojekte anderer sozialistischer Laender als fuer den DDR-Sozialismus irrelevant einstuft, ist sicherlich dadurch erklaerbar, dass dieses Land "an der Nahtstelle der Systeme" sich bisher im Vergleich mit den anderen sozialistischen Laendern noch am erfolgreichsten "durchgewurstelt" hat. So geraet aus dem Blick, dass alle sozialistischen Laender im Grunde vor der gleichen Entwicklungsschwelle stehen, wenn auch die Probleme in einigen Oekonomien zugespitzter und spezifisch anders gelagert erscheinen.
Es bleibt die Frage, ob das Beharren auf diesem Kurs wohlfahrtsstaatlicher Stabilitaet und zentralistischem Wirtschaftsdirigismus substantiellen wirtschafts- und gesellschaftsreformatorischen Anstrengungen (etwa jenen, die in der UdSSR, der CSSR oder der VR Bulgarien erprobt werden) auf die Dauer ueberlegen sein kann.
Aus der Sicht solcher Wirtschaftsprobleme, wie sie einerseits Rumaenien, andererseits -voellig anders gelagert- die VR Ungarn hat, scheint dies nicht abwegig zu sein. Gemessen am Kriterium "Mehr Sozialismus und hoehere wirtschaftliche Leistungsfaehigkeit" jedoch schneiden alle Laender unbefriedigend ab.
Obwohl gerade aus heutiger Sicht der DDR-Wirtschaftsmechanismus organisch gewachsen erscheint, ist seine Geschichte reich an bezeichnenden Widerspruechen, wie der folgende Abschnitt verdeutlichen soll.

1. Entwicklungsetappen realsozialistischer Wirtschaftspolitik in der DDR

Die offizielle Geschichtsschreibung gliedert die Entwicklung des Landes seit Ende des II. Weltkrieges in mehrere Etappen.
Waehrend der antifaschistisch-demokratischen Umwaelzung sollten die Aufgaben der buergerlich-demokratischen Revolution zu Ende gefuehrt und politisch-oekonomische Voraussetzungen fuer den Uebergang zur sozialistischen Revolution geschaffen werden.
Oekonomisch ist diese Etappe charakterisiert durch
- die Enteignung des Grossgrundbesitzes und die Uebergabe von Boden, Vieh und Geraeten an landarme und landlose Bauern sowie Umsiedler im Herbst 1945.
- die Sequestrierung aller Moropolbetriebe, Ruestungsbetriebe und des Eigentums von Naziaktivisten durch die sowjetische Besatzungsmacht nach Kriegsende, ihre Umwandlung in "Volkseigene Betriebe" (VEB) im Ergebnis des saechsischen Volksentscheids 1946 (gefolgt von gleichlautenden Gesetzen in den anderen Laenderparlamenten), soweit sie nicht als Reparationsleistung demontiert oder zeitweilig in sowjetische Aktiengesellschaften umgewandelt und seitens der UdSSR an die spaetere Regierung der DDR uebergeben wurden.

Die volkseigenen Betriebe waren zunaechst einheitlich laenderverwaltet und wurden spaeter je nach Groesse und oekonomischer Bedeutung den "Deutschen Zentralverwaltungen", den Laenderregierungen oder den Landratsaemtern der Kreise unterstellt.
- den Aufbau zentraler wirtschaftsleitender Organe, wie der erwaehnten Deutschen Zentralverwaltungen (etwa fuer Industrie, Handel und Versorgung Justiz ect.) und wie der Branchenleitungen in der Industrie auf Laender- und zentraler Ebene in Form der "Vereinigungen Volkseigener Betriebe" (VVB Die oekonomisch orientierten Zentralverwaltungen wurden 1947 zur "Deutschen Wirtschaftskommission" (DWK) zusammengeschlossen, die wie ihre Vorgaenger direkt der Sowjetischen Militaeradministration fuer Deutschland (SMAD) unterstellt war und spaeter (nach Gruendung der DDR 1949) in den einzelnen Regierungsministerien aufging, wobei es gleichzeitig zur Bildung eines Planungsministeriums kam.

Parallel dazu bildeten sich Institutionen gesamtstaatlicher Planung heraus. Am Beginn standen sog. "Produktionsbefehle" der Besatzungsmacht, orientiert auf Gebrauchswerte und berechnet auf einen Quartalszeitraum.
1948 erfolgte die Verkuendung des 2. Halbjahrplans und des Zweijahrplans 1949/50 durch den Parteivorstand der SED.
Im Prozess der Uebergabe zentraler Planungs-und Wirtschaftsleitungsbefugnisse an deutsche Organe seitens der Besatzungsmacht formten sich bereits die Invarianten kuenftigen realsozialistischen Wirtschaftens:
Sogenanntes gesamtgesellschaftliches Eigentum wird als Staatseigentum nicht von den Produzenten, sondern durch Beauftragte der Partei und des Staates "im Interesse der Werktaetigen" verwaltet und geplant. Diese erste Etappe, in deren Verlauf die Industrieproduktion auf dem Gebiet der heutigen DDR das Vorkriegsniveau erreichte, endete mit der Gruendung der DDR 1949 und dem Beschluss des "Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus" durch die II. Parteikonferenz der SED 1952.

Die Etappe des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus ist Ausdruck einer politischen Option, die eine deutsche Wiedervereinigung angesichts der Entwicklungen in der BRD langfristig ausschloss und damit den sozialistischen Aufbau fuer das Gebiet der DDR rechtfertigen konnte.
Oekonomisch relevant fuer diese Etappe sind folgende Momente:
- Uebergang zum sowjetischen 5-Jahrplanzyklus (wobei in keinem Falle die Jahresplaene den urspruenglichen "Jahresplanscheiben" des 5-Jahrplans zu entsprechen vermochten)
- schrittweiser Ausbau des volkseigenen Wirtschaftssektors in der Industrie von weniger als 50% 1949 bis auf ueber 90% am Anfang der 60er Jahre (Dabei Entwicklung von Uebergangsformen hin zum "sozialistischen Eigentum" in Industrie, Grosshandel und Einzelhandel).
- genossenschaftlicher Weg in der Landwirtschaft (in Gestalt "landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften")
- mehrfache Modifikation der Wirtschaftsleitungsstrukturen mit dem Ziel einer Effizienzsteigerung zentraler Vorgaben bei Verbesserung der Qualitaet wirtschaftlichen Handelns unterstellter Organe. Insbesondere waren dies der Funktionswandel (und die spaetere voruebergehende Aufloesung) der VVB, der Rueckgang der Bedeutung oertlich und bezirksgeleiteter VEB, die Umwandlung des Planungsministeriums in die "Staatliche Plankomission" (SPK), die spaetere Erweiterung deren gesamtwirtschaftlicher Planungskompetenz durch Ausuebung von Wirtschaftsleitungsfunktionen anstelle der Industrieministerien, wobei diese Funktionen dann wiederum dem "Volkswirtschaftsrat" (parallel mit einem Wiederaufleben der VVB als Industriezweigleitungen) uebertragen und schliesslich mit dessen Aufloesung erneut an die neugebildeten Industrieministerien zurueckgegeben wurden. Begleitet waren diese Strukturexperimente von mehrfachen Kurswechseln infolge oekonomischer Fehlprognosen.

Versuche, die Prozesse der Wirtschaftsleitung unter erweiterter Ausnutzung von Ware-Geld-Beziehungen zu oekonomisieren, scheiterten damals noch weitgehend schon im Ansatz. 1963 verkuendete der VI. Parteitag der SED den "Sieg

der sozialistischen Produktionsverhaeltnisse".

Die Periode der "Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft" wurde von der Parteifuehrung angesichts gravierender Diskrepanzen zwischen realen Produktions- und Herrschaftsverhaeltnissen einerseits und den nominellen Anspruechen an eine sozialistische Gesellschaft andererseits zunaechst als Absolvierung einer Phase des "umfassenden Aufbaus des Sozialismus" (VI.Parteitag) bzw. der "weiteren Errichtung der sozialistischen Gesellschaft" (VII.Parteitag 1967) verstanden, die zudem noch von einer Vorstellung vom Sozialismus als (gegenueber dem Kommunismus) "relativ selbstaendig" begleitet war.
Diese Periode ist charakterisiert durch Versuche, ein optimales Verhaeltnis zwischen zentralen und dezentralen Entscheidungskompetenzen bei der Realisierung aller von der Parteifuehrung formulierten Wirtschaftsziele zu erreichen. Als Hauptinstrumente fuer die planmaessige Umsetzung wirtschaftlicher Zielstellungen galten im 1963 verkuendeten "Neuen oekonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft" (NOESPL) die sogenannten "oekonomischen Hebel". Niemals auch nur annaehernd erreicht wurde Ulbrichts Forderung nach einem "sich selbst regulierenden System" solcher Hebel.Charakteristisch war damals die weitreichende Freizuegigkeit bei der Entwicklung effektiver Methoden technokratischen Managements in bemerkenswerter Affinitaet zu modernen, in kapitalistischen Wirtschaftssystemen erfolgreich angewandten Methoden der Operationsforschung, Netzplantechnik, Optimierung und kybernetischer Modellierung oekonomischer Prozesse. Technokratisches Denken, ein "kybernetisches" Verstaendnis von Oekonomie und die Wahrung der zentralen Strategiekompetenz (hinter deren Ruecken sich aber schon einige Wirtschaftsprozesse zu verselbstaendigen begannen) waren profilbildend fuer diese Etappe. Die technokratische Umverteilung wirtschaftlicher Befugnisse an dezentrale Leitungsinstanzen wurde bei Entstellung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus als "Weiterentwicklung sozialistischer Demokratie" apostrophiert. Allerdings wurde tatsaechlich ein Fortschritt an wirtschaftlicher Transparenz und Effektivitaet erzielt.
Eine Uebergangsloesung zum heutigen Fundament DDR-sozialistischen Industriemanagements war die Aufwertung der VVB, die (horizontal nach Branchen strukturiert) als oekonomische Fuehrungszentren nicht nur viele bisher den entsprechenden Hauptabteilungen der zustaendigen Ministerien bzw.dem Volkswirtschaftsrat obliegenden Kompetenzen uebernahmen, sondern auch selbst der wirtschaftlichen Rechnungsfuehrung folgten, ueber eigene Fonds verfuegten und "oekonomische Hebel" anwenden konnten.
Das NOESPL versuchte sich also an der "konsequenten" Nutzung "sozialistischer Ware-Geld-Beziehungen" im Sinne "optimaler Wirtschaftlichkeit" auf der Grundlage zentralstaatlicher Planung. Verbunden war dies mit einer Umbewertung der Prioritaeten von Plankennziffern. An die Stelle der Bruttoproduktion trat die Warenproduktion und das Betriebsergebnis (Gewinn). Auf rein oekonomischer Ebene war die Zielstellung unstrittig sehr anspruchsvoll, wenn man den Vergleich zu frueheren Methoden des Wirtschaftens zieht.
Es zeigten sich bald die Grenzen der Moeglichkeiten, die Werktaetigen (nach dem Misserfolg ihrer "ideellen Stimulierung" in den 50er Jahren) im Rahmen des neuen Systems "materiell" zu stimulieren. Ende der 60er Jahre vergroesserten sich die wirtschaftlichen Probleme, weil sich vor allem ernsthafte Disproportionen zwischen den Zweigen und ein wachsendes Defizit bestimmter (preiswerter) Konsumgueter einstellten. Trotz euphemistischer Losungen von der "sozialistischen Menschengemeinschaft" verlor der DDR-Sozialismus an Attraktivitaet. Stagnation und Rueckgang im wenig lukrativen Wohnungsbau waren nur eine Folge der Gewinnorientierung des "Oekonomischen Systems des Sozialismus". Der VIII. Parteitag 1971 beendete unter einer zwischenzeitlich veraenderten Parteifuehrung diese Etappe.

"Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" ,verkuendet auf dem VIII. Parteitag, bezeichnet die nominell auch noch heute fuer die DDR gueltige Entwicklungsphase. Ihr soziales Wesen ist gekennzeichnet durch

46

das Zurueckweichen vor der Problematik gesellschaftlicher Zielprojektione was auch durch beschwoerende anderslautende Formulierungen im neuen Parte programm nicht aufzuwiegen ist. Favorisiert werden dagegen zunehmender m terieller Wohlstand, soziale Sicherheit und Wohlfahrt (was zu Recht gros Akzeptanz in der Bevoelkerung geniesst) unter den Bedingungen zunehme zentralisierter Enscheidungsfindung, verstaerkten Durchgriffs und verbesse ter Kontrollen "von oben" mittels Gesetzblaettern und Kennziffervorgaben alles im Namen "gesellschaftlicher Erfordernisse".
Ausgangspunkt war die voellig richtige Feststellung, dass sich sozialist sche gesellschaftliche Zielstellungen und volkswirtschaftliche Proportion litaet nicht im Selbstlauf ueber oekonomische Hebel realisieren. Jedo wurde wie bei allen vorangegangenen Reformphasen auch diese Periode d Experimentierens mit oekonomischen Modellen von der neuen Parteifuehru unter Honecker beendet, ohne die Herausbildung neuer und demokratisch Strukturen fuer die Entscheidung ueber Kriterien sozialistischen Wirtscha tens zuzulassen. Statt dessen suchte man nach Methoden rationeller u wieder mehr zentralistischer Administration, jetzt unter der Losung d "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik". Als neue selbst geschaffe Randbedingung trat eine bisher nicht gekannte Kreditnahme bei kapitalist schen Banken hinzu; unter anderem auch, um die Versorgungsluecken Anfang d 70er Jahre zu stopfen.
Beibehalten wurde der Gedanke von nach dem Eigenerwirtschaftungsprinz arbeitenden Wirtschaftszweigleitungen aus dem NOESPL. Er schien besonde geeignet, den Leitungsweg von der Zentrale zum Betrieb abzukuerzen u bestimmte administrative Aufgaben der Zentrale ueber oekonomische Instrume tarien an die Wirtschaftseinheiten weiterzureichen. Als Mangel erwies si die einseitige Leitungsinstanz-Charakteristik der VVB. Die Alternati schien in der durchgaengigen Umformierung der Industrie auf "Kombinate" liegen. Charakteristisch waren hier

- die (problematische) Bindung der Kombinatsleitung an einen "Stammbetrieb
- die Einbindung bisher zentral geleiteter Forschungs- und Entwicklungsei richtungen in die Kombinate (bei gleichzeitiger Oekonomisierung der Ergel nisse)
- die Erweiterung der alten horizontalen Branchenstrukturen und die Scha fung finalerzeugnisseitiger Zusammenschluesse mit geschlossenem Kreisla aus Zulieferern (auch aus "fremden" Branchen), Produktion und Absatz.

Mit der Durchsetzung eines zweigliedrigen Systems der Wirtschaftsleitu (Ministerium als wirtschaftsleitendes Organ / Kombinat mit seinen von i geleiteten Betrieben) entsteht der Eindruck einer verbesserten Leitungse fektivitaet, da die signifikanten wirtschaftlichen Entscheidungsknotenpunk den Massgaben der Zentrale organisatorisch unmittelbar nachgeordnet sind. Hintergrund steht sicherlich der Gedanke eines zentralistischen Planungspe fektionismus.
Vom Standpunkt objektivierbarer Wirtschaftlichkeit ausgehend zeitigt jedo eine solche Buendelung administrativer und oekonomischer Instrumentari erhebliche Probleme. Fehlende Moeglichkeiten fuer Effektivitaetsverglei ueber die Kombinatsgrenzen hinweg (selbst zwischen gleichgelagerten, abe verschiedenen Kombinaten zugeordneten Betrieben), die Kombinatshoheit uebe das Industriepreisniveau im brancheneigenen Sortiment und die volkswirt schaftliche Bilanzhoheit bei Importen aus dem Branchensortiment des jeweili gen Kombinats liegen dem zugrunde.
Die Kombinate waren zwar imstande, spektakulaere Kriseneinbrueche mit Rueck wirkungen auf das Lebensniveau der Bevoelkerung gerade in der Zeit enorme aussenwirtschaftlichen Drucks und mangelnder wirtschaftlicher Potenzen An fang der 80er Jahre zu verhindern, da ueber sie schell und relativ reibungs los zu operieren ist. So koennen sie einfach zur (wenn auch noch so uneffek tiven) Konsumgueterproduktion verpflichtet werden, selbst wenn dies, gemes sen an ihrem Produktionsprofil, absurd erscheint.
Andererseits provozieren die Eigengesetzlichkeiten kombinatlichen Wirtschaf tens geradezu Innovationsfeindlichkeit. Da die Planerfuellung nach dem ne gestalteten Kennziffernsystem Nettoproduktion / Nettogewinn / Export / Kon

sumgueter einzig relevantes Orientierungskriterium geblieben ist und natuerlich nach wie vor wenig mobilisierende Impulse bei den Werktaetigen ankommen, geschweige denn von ihnen ausgehen, bleibt die "oberste Befehlsebene" (Politbuero, Ministerrat ect.) als einziger Motor unentwegt taetig, um ueber neue Gesetzblaetter und diverse Auflagen den noetigen Schwung zu erzeugen. So wird gleichzeitig nicht nur ihre Unentbehrlichkeit staendig "praktisch nachgewiesen", sondern auch der bestehende Wirtschaftsmechanismus gerechtfertigt. Gerade jetzt zeigt sich das Beharrungsvermoegen dieses realsozialistischen Konservatismus besonders deutlich.

2. Die DDR und der Rat fuer gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Der 1949 gegruendete RGW war damals in allererster Linie die Antwort der UdSSR und der Volksdemokratien im sowjetischen Einflussbereich auf die Handelsboykottpolitik der USA und des unter anglo-amerikanischem Einfluss stehenden Westeuropa im Namen des MARSHALL-Plans. Bis 1952 war weniger die gemeinsame Loesung oekonomischer Probleme Aufgabe des RGW, sondern die Normierung der Randbedingungen fuer eine Industrialisierung oder wirtschaftliche Umorganisierung der osteuropaeischen Volkswirtschaften nach dem sowjetischen Modell. Dies geschah unter Bedingungen der wirtschaftlich schmerzhaften Abloesung von zum Teil traditionell stark mit westlichen Maerkten verflochtenen Oekonomien. Die RGW-Gruendung war Element der Blockbildung, des kalten Krieges und folgte der These Stalins vom "Zerfall des einheitlichen Weltmarktes". Der RGW drueckte bis 1956 vor allem den Prozess der politischen und oekonomischen Angleichung an die UdSSR aus und erreichte bald die durch das Prinzip des "einheitlichen Wegs" beim oekonomischen Neuaufbau gesetzten Grenzen. Konkurrenzschwaeche und Rohstoffabhaengigkeit von der UdSSR sollten chronisches Merkmal bleiben, waehrend ungleiche Wirtschaftsbeziehungen zugunsten des nationalstaatlichen Souveraenitaetsprinzips mehr und mehr abgebaut wurden. Bis 1952 konnte der RGW bei all dem gar keine echte oekonomische Funktion erfuellen, da wirtschaftliche Zusammenarbeit kaum stattfand und bilateral gehandelt wurde.

Mit Beginn der Neuorganisation der Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis der wirtschaftlichen Gleichberechtigung ab 1956 aenderte sich dies.

Die "Grundprinzipien der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung" (1962) und das "Komplexprogramm fuer die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit der sozialistischen oekonomischen Integration der Mitgliedslaender des RGW" (1971) waren erste Ergebnisse des Ringens um mehr Multilateralitaet im Spannungsfeld nationalstaatlicher Interessendivergenzen sowohl im Intra-RGW-Handel, bei der oekonomischen Kooperation und spaeter auch bei den Versuchen des Ausbaus der Beziehungen zur EG.

Dabei ist der RGW keine supranationale Behoerde, seine Organe fassen zu inhaltlichen Fragen keine bindenden Beschluesse und es gibt keine Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip. Sicherungen im Interesse nationalstaatlicher Souveraenitaet sind vielfaeltig. "Groesstmoeglicher Nutzeffekt" als Integrationsziel ist eine ebenso widerspruechliche Groesse, wie der ungleiche oekonomische Entwicklungsstand der RGW-Mitgliedslaender, ihre unterschiedlichen Systeme der inneren Planung und der Handhabung des Aussenhandelsmonopols einschliesslich der nicht angepassten verzerrten Binnenwaehrungs-, Preis- und Finanzsysteme seit eh und je unueberwindliche Huerden supranationaler Wirtschaftskooperation geblieben zu sein scheinen.

Die nationalen Parteifuehrungen koennen offenbar das Instrument "nationaler Staatsplan" als Ausdruck ihrer Kompetenz bei der Vergesellschaftung nur sehr beschraenkt relativieren und nehmen lieber die damit verbundenen Effektivitaetsverluste in Kauf. Anders gesagt: Die Bereitschaft zur multilateralen Arbeitsteilung hat die Aufrechterhaltung dieser Kompetenz als ein wesentliches Kriterium. Jene Bereitschaft duerfte bei den Partnerlaendern der UdSSR auch durch das objektiv vorhandene grosse sowjetische Uebergewicht im RGW gedaempft worden sein. Dieses Uebergewicht drueckt sich nicht nur im sowjetischen Rohstoffmonopol aus, sondern erscheint ebenfalls als quantitatives Warenuebergewicht: Die UdSSR produziert ca. 65 % des RGW-Gesamtprodukts, ihr Anteil am Intra-RGW-Handel ist am groessten, jedoch ist dieser, bezogen auf ihren sowieso relativ schwach entwickelten Gesamthandel, im RGW nach Rumaenien am kleinsten.

Das Komplexprogramm 1971 orientierte vor allem auf die Koordinierung der nationalen Plaene vor ihrer endgueltigen Festlegung in den Laendern mittels "abgestimmter Plaene multilateraler Integrationsmassnahmen". Das neueste "wissenschaftlich - technische Programm des RGW bis zum Jahr 2000" soll in der Kontinuitaet dieses Denkens die Zusammenarbeit im RGW den aktuellen Erfordernissen anpassen. Doch schon heute wird vor allem von ungarischer Seite befuerchtet, dass "die alten Probleme", insbesondere die buerokratischen Zuege der RGW-Kooperation Hemmnisse bleiben. Solche Probleme werden angesichts des sich verlangsamenden Wirtschaftswachstums der RGW-Laender und der Schwaechung ihrer weltwirtschaftlichen Position immer gravierender. Die Unterentwicklung internationaler Kooperation und des Mechanismus der Arbeitsteilung (einschliesslich gemeinsamer Investitionen und Unternehmen) im RGW sowie das permanente Aufschieben solcher Fragen, wie einer Reform des Finanz-, Preis- und Kreditsystems, der Schaffung einer tatsaechlich Geldfunktionen ausuebenden RGW-Waehrung duerften besonders den Interessen der CSSR, der DDR und Ungarns zuwiderlaufen.

Obwohl der RGW sich schon 1957 eine Verrechnungskammer fuer das "Clearing" (multilaterale Verrechnung gegenseitiger Forderungen aus dem bilateralen Handels- und Zahlungsverkehr) schuf und ab 1964 die "Internationale Bank fuer wirtschaftliche Zusammenarbeit " (IBWZ) den Handel ueber den "transferablen Rubel" (TR) multilateral verrechnen sollte,ist bis heute der TR als "kollektive RGW-Waehrung" weder echt transferabel, noch wirkliche Verrechnungseinheit, noch allgemeines Wertmass, noch Akkumulationsmittel. Dagegen wurden seit 1975 rd. 9 % des Intra-RGW-Handels und 10 % des ein zulassiges Maximum im Handelssaldo ueberschreitenden Betrages in US-Dollar abgewickelt. Ebenso ist die schwache Rolle der 1971 gegruendeten "Internationalen Investitionsbank" bei der oekonomischen Integration im Vergleich zu bilateralen Kooperationsvorhaben sprichwoertlich.

Fuer die DDR gilt, dass ihr Handelsaustausch (wie auch der der anderen RGW-Laender) mit dem Haupthandelspartner UdSSR eine komplementaere Struktur (Austausch von Defiziten) und nicht die eines auf Arbeitsteilung innerhalb derselben Warengruppe basierenden Austauschs aufweist. Dies gilt trotz zum Teil weitgehender Spezialisierungsabkommen zum Beispiel im Maschinenbau, zudem die auf Spezialisierung aufbauende Kooperation schwach entwickelt blieb. Konkret heisst dies zumeist Lieferung von Rohstoffen seitens der UdSSR gegen Konsumgueter und oft materialintensive Ausruestungen aus der DDR. Basierend auf mehrteiligen Rahmenverpflichtungen der Jahre 1980/81 und Abkommen von 1984/85, die in multilaterale RGW-Uebereinkuenfte eingebettet sind, soll die Plankoordination sowie die Spezialisierung und Kooperation weiterentwickelt werden.

Der 1985 erreichte Handelsumsatz von 66 Milliarden TR zu laufenden Preisen 1981-85 weist gegenueber 1976-80 eine betraechtliche Steigerungsrate vor allem als Folge von Preissteigerungen bei Ennergietraegern und Rohstoffen auf. Wie die DDR waren die meisten RGW-Laender ausserstande, ihre Exporte wesentlich zu erhoehen, um die Preisanstiege fuer Oel und Gas auszugleichen, so dass die UdSSR einen Teil ihrer Lieferungen kreditierte und die Importeure ihre Energiebezuege kuerzten. Die enormen Handelsbilanzdefizite der DDR in ihrem SU-Handel 1981/82 druecken auch dies aus. Die Verschlechterung der Terms of Trade im Handel mit der UdSSR zeigen sich auch im deutlichen Rueckgang der bis 1984 alljaehrlich ansteigenden Zuwachsraten im Handel. Insgesamt hat aber die Verflechtug gegenueber 1980 zugenommen.

1984 schlug nach der im RGW vereinbarten Preisberechnungsformel die zweite Oelpreiswelle von 1979/80 voll auf die RGW-Preise durch. Der Anteil der sowjetischen Oellieferungen am Gesamtwert der DDR-Importe aus der SU stieg gegenueber 1981 um ueber 10 % auf 41,8 % , wogegen der mengenmaessige

gesammelte Flugschriften DM 5.-

DDR '89/90

Originaldokumente der DDR-Opposition

Heft 1: Grundsatzdokumente von Oppositionsgruppen
erstellt vom herausgeberkollektif

soeben erschienen:

Heft 2: Lilo - Dokumente der Frauenbewegung in der DDR
erstellt von Lila Offensive (Lilo)

erscheint in Kürze:

Heft 3: Dokumente der Vereinigten Linken
erstellt von der Initiative Vereinigte Linke

herausgegeben vom AStA der Technischen Universität Berlin (West) Marchstr. 6 , D-1000 Westberlin 12
Redaktion und inhaltliche Gestaltung: Aktive aus Ostberlin
Technische Gestaltung, Produktion und Vertrieb: AStA TU
V.i.S.d.P: Claus Vogt c/o AStA TU

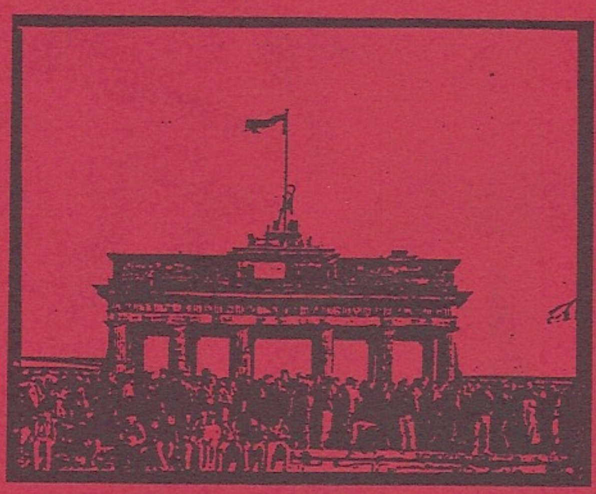
Einzelheft 5.- DM - Bearbeitungspauschale 5.-DM - Händleranfragen erwünscht
Bestellungen nur per Vorüberweisung auf Konto:
D. Sternel Sonderkonto Nr.514306-104, PostGiro Berlin BLZ 100 100 10
Auf dem Einzahlungsformular: Absender, wieviel und welche Hefte.
Auch spätere Hefte können schon bestellt werden.

in Westberlin erhältlich an folgenden Stellen:
AStA TU, 1/12, Marchstr.6. Öffnungszeiten 11-14.00 Uhr.
fast alle anderen Asten
AL-Basisbüro, 1/62, Badensche Str. 29, 12-18.00 Uhr
JuSo-Landesbüro, 1/65, Müllerstr.163. 9-13.00 Uhr
Mehringhof (Buchladen "Schwarze Risse") 1/61, Gneisenaustr. 2

herausgegeben vom AStA der TU Berlin (West)



Impressionen von der Arbeitskonferenz der Vereinigten Linke am 25./26.11.1989



Der Umbruch in der DDR

Meinungen, Analysen, Dokumente und Planspiele
Band I und II

Fachschaftsrat Geschichte
der Westfälischen Wilhelms-Universität
4400 Münster, Domplatz 20-22

Januar 1990

51

DDR

INHALT: WIR

BITTE NICHT WEGWERFEN !

... denn nur wo DDR draufsteht
ist auch DDR drin !

RECYCLING